DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

268 24. JAHRGANG Januar 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

RENTNERKOMMUNE IN ITALIEN

Pflege- und Altersheime sind die letzte Station für viele betagte Menschen. Ein Beipiel aus der Emilia-Romagna beweist, dass es auch anders gehen kann. Ein kleines, verlassenes Dorf wurde in den letzten zwei Jahren zur größten Landkommune Europas für 70- bis 90-jährige. Ihr Motto: Tun und lassen, was man will und noch kann und – das Leben geniessen. Seite 3

VENEZUELA

Anders als in Argentinien werden soziale Experimente wie etwa übernommene oder besetzte Fabriken von der Regierung unterstützt. Unser Bericht entlang eines neuen Dokumentarfilms zeigt auf, dass es bei den besetzten Fabriken in Venezuela um mehr geht, als um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Gewinne werden auch in die soziale Infrastruktur außerhalb der Fabriken investiert und es entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Die Betriebe wollen Teil einer »sozialen Produktion« werden. Seite 4/5

ARGENTINIEN

Im ganzen Land entdecken ArbeiterInnen die Selbstverwaltung. Vierzig VertreterInnen von den »Fabricas Recuperadas«, den zurückeroberten Fabriken wollen vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires die Öffentlichkeit informieren – und Druck auf den Senat ausüben, damit dieser die letzte Hürde auf dem Weg zur Reform des Konkursrechts, das Fabrikbesetzungen legalisieren soll, nimmt. Seite 6

HANDWERK

WandergesellInnen begegnen einem/r immer wieder in linken Strukturen und Häusern. Viele Linke sehen in der Walz die Verwirklichung von Freiheit, Ungebundenheit und Kosmopolitismus und unterstützen daher die WandergesellInnen. Unser Text versucht dieses romantisch verklärte Bild zu brechen und eine grobe linksradikale Analyse der GesellInnenschaft zu liefern. Seite 12

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENO

Mitte der 70er-Jahre hat sich in Deutschland eine handlungsorientierte Bewegung aufgetan rund um die Themen gesunde Ernährung, ökologische Landwirtschaft, regionale Wirtschaftskreisläufe. Unterschiedlichste Konzepte wurden seitdem erprobt. Eines der Konzepte aus dieser Zeit wurde unter dem Namen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft (EVG) bekannt. Sie stellt direkte Handelsbeziehungen zwischen regionalen Erzeugerbetrieben und ihren Kunden her. Diese Direktvermarktung kommt ohne Großhandel aus und spart so die Großhandelsmarge. Heute ist das Bio-Segment auf dem Markt heiß umkämpft. Es ist aber abzusehen, dass am Ende nur wenige Konzepte überleben werden. EVG's haben gute Chancen, dazu zu gehören. Seite 13

www.contraste.org

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Aufbruchssignal aus Berlin

In einer Welt, in der nicht nur Lebensmittel oder Kleidung sondern zunehmend auch zwischenmenschliche Beziehungen zur Ware (und zu Kapital) werden und ein individualisierender Konkurrenzkampf das Leben bestimmt, wird von vielen Menschen Solidarität (gegenseitige Hilfe zu beiderseitigem Nutzen) als bedeutsam und dringend nötig erlebt.

Auf dem Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« in Berlin wurde deutlich, dass viele Menschen, die sich bisher in der globalisierungskritischen Bewegung oder an der Gewerkschaftsbasis und in anderen Bereichen engagierten, mehr praktische Solidarität in ihren Alltag holen wollen. Das Stichwort »Solidarische Ökonomie« brachte dieses Bedürfnis treffend auf den Punkt.

Foto: Matthias Breiter/Antenberger

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Auf dem Kongress scheint es tatsächlich gelungen zu sein, die in den letzten Jahrzehnten entstandenen Versuche und Ansätze »alternativen« Wirtschaftens (Kommunen, Lebensgemeinschaften, Wohn- und Hausprojekte, Energieinitiativen, Regiogeld-Initiativen, Tauschringe, Umsonstläden, Genossenschaften der einen oder anderen Art und andere Projekte) einen Schritt aus ihrer gesellschaftlichen Isolation heraus zu holen und mit den Bewegungen gegen die Auswirkungen eines globalisierten Kapitalismus in Gespräche zu bringen. Diese Begegnung machte auch einen Teil der positiven Stimmung auf dem Kongress aus. Man sprach »fraktionsübergreifend« miteinander.

Wo ein Bedürfnis da ist und die Begriffe zunächst fehlen, da stellt ein neues Wort sich ein: »Solidarische Ökonomie«? Was aber könnte »Solidarische Ökonomie« für Menschen bedeuten, die sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse wehren und den von der allgemeinen Privatproduktion angetriebenen Konkurrenzkampf »jeder gegen jeden« nicht mehr mitmachen wollen?

Eine große Mehrheit der in Berlin Anwesenden neigte wohl dazu, zunächst kollektiv, unter Hintanstellung des Gewinnmotivs, auf den Markt zu gehen. Dabei wird zwar das Kapital, nicht jedoch Waren und Geld in ihrer Nützlichkeit in Frage gestellt. Eine Minderheit hingegen machte auf die praktischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte aufmerksam, wonach tausende Projekte und Betriebe, die »kollektiv« »auf den Markt« gegangen waren, sich binnen weniger Jahre zu ganz »normalen« privatwirtschaftlichen und hierarchisch strukturierten Gebilden zurückentwickelt hätten. In der Mehrzahl hätten sie – in ihren Bemühungen, sich konkurrenzfähig auf dem Markt zu bewegen – nicht einmal mehr die Zeit genommen, über ihre eigene Rückentwicklung nachzudenken. Verständlich ist es daher, wenn nun die in Berlin neu in Richtung Ware, Geld und Markt Aufbrechenden gefragt wurden, ob sie diesen wiederum höchst wahrscheinlichen Anpassungsprozess noch einmal durchleben wollten.

Positiv für eine Weiterentwicklung der zahlreichen in Berlin vertretenen Projekte ist die erkennbare Bereitschaft vieler einzelner Menschen, unabhängig davon, wie »antikapitalistisch« oder »wertkritisch« man sich begreifen könnte, sich für Initiativen solidarischen Wirtschaftens in ihrem Alltag zu öffnen.

Deshalb ist es auch nach dem Kongress wichtig, von allen anerkannte Orte der Information über die Projektvielfalt, der Erfahrungsvermittlung und solidarischer Diskussion zu schaffen. Der »Serviceknoten für ein Kommunikationsnetz von Solidargemeinschaften« (siehe Seite 7) soll ein erster Ansatz dazu sein.

CONTRASTE greift die Debatte mit Beiträgen in dieser Ausgabe auf. Wir hoffen auf weitere Beiträge zu der Frage, wie der Ansatz solidarischer Ökonomie sowohl weiter mit Praxis als auch mit kritischem Verständnis gefüllt werden könnte. Die zwei Artikel zu Umsonstläden sollen für eine »neue Ehrlichkeit« beim Berichten über selbstorganisierte Projekte stehen.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 11

REDAKTIONELLE BEMERKUNG

Aus aktuellem Anlass hat die CONTRASTE-Redaktion den für diese Ausgabe geplanten Schwerpunkt über »Umsonstläden – wie weiter« in eine Berichterstattung vom Kongress »Solidarische Ökonomie« vom 24. bis 26. Nov. 2006 in Berlin umgestaltet. Weitere Berichte und Artikel zur Entwicklung von Umsonstläden folgen deshalb später. Auch weitere Berichte vom offensichtlich anregenden Kongress sind der CONTRASTE willkommen.

D 8008

ZENSUR BEI DER TAGESZEITUNG (TAZ) – KRITISCHE GENOSSiNNEN GRÜNDEN UNABHÄNGIGE MAILINGLISTE

ACHTUNG, ACHTUNG: Forsmark ist Überall

Vor einiger Zeit haben taz-Genossenschaftsmitglieder wegen der Zensur der taz-Genossenschafts-Mailingliste durch die Geschäftsführung eine unabhängige Mailingliste »taz-Geno-selbstverwaltet« eingerichtet. Zensiert worden waren damals Mails von GenossInnen über Unregelmäßigkeiten bei der Nord-taz und über die Kooperation der taz mit EnBW/Naturenergie.

Marianne Bäumler, Köln ● Jetzt bringt erneut EnBW die kritischen taz-LeserInnen und -GenossInnen auf die Palme und die taz hoffentlich ins Schwitzen.

LESERBRIEF an die taz: Anzeigenkampagne Atom 8.12.2006

»Verkehrte Welt
Was ist denn in die taz gefahren? *Mini–nukes in Altona, verräterisch frühlingswarme Lüfte im Dezember künden unheilvoll vom Kippen des Klimas, und die »linksalternative Tageszeitung« wirbt unverstört in farbenfrohen Bildern für Atomstrom. Klasse, so schamlos, das passt irgendwie zum Dreiteiler von Bütikofer, und zum drittklassigen Kirmesgebaren der hyperaktiven Plaudertasche Roth. Ich dachte, ich seh nicht richtig. Wie viel habt Ihr für diesen Verrat an Judaslohn kassiert? Wer trifft bei Euch noch die Entscheidungen? Hoffentlich kündigen wenigstens in spürbarer Anzahl die Genossen Miteigentümer. Jetzt wäre ein öffentliches Statement der Chefin dringend vonnöten. Darauf bin ich wahrhaftig gespannt.*

Marianne Bäumler,
Köln 10 Dec 2006«

Und nun die Antwort der Anzeigenabteilung, ein Serienbrief in Auszügen, denn an das Marketing dasselbst werden solche unliebsamen Briefe innerhalb des Hauses direkt weitergeleitet:

*Liebe Marianne Bäumler,
Wir können Ihren Ärger verstehen und möchten Ihnen kurz erläutern, warum wir Anzeigen, auch wenn deren Message nicht die »Meinung der taz« widerspiegelt, trotzdem veröffentlichen.*

Der Anzeigenverkauf ist seit langen Jahren eine der Ertragssäulen der taz. Er trägt mit ca. 20-25% zum Gesamtumsatz bei. Die taz als Anzeigenmedium zu verkaufen ist mitunter eine sehr schwierige Aufgabe. So gesehen sind Anzeigen von EnBW (oder auch ExxonMobile) für uns ein großer Erfolg. Auf bestimmte Anzeigen zu verzichten oder nur »kleine« oder »gute« Anzeigenkunden zu akzeptieren, ist auch kein gangbarer Weg.

Text der Anzeige: »Wer Neckarwestheim 1 abschaltet, schaltet den Treibhauseffekt ein. Das Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 steht seit 30 Jahren für zuverlässige und sichere Energieversorgung. Es liefert klimafreundliche Energie ohne CO_2 – wie sonst nur die Erneuerbaren Energien.«

Hätten wir gesagt, EnBW kommt nicht ins Blatt, hätte sich diese Information wie ein Lauffeuer in der Branche verbreitet und keine große relevante Werbeagen-

Fortsetzung auf Seite 2

KONGRESS SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Immer was los am CONTRASTE-Stand

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Gut besucht war der Kongress in Berlin, als auch die dortige Projektemesse. Mittenmang dabei war auch der große CONTRASTE-Infotisch, wo es zusätzlich noch Flyer und Literatur zur Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim und zu Kommunen gab.

Einige hundert CONTRASTE fanden als aktuelle Probenummer oder als ältere Ausgabe gegen eine kleine Spende neugierige LeserInnen. Viele waren überrascht, dass es schon eine Monatszeitung für Solidarische Ökonomie gibt; und dass schon seit 1984. Kenner und Abonnenten waren erfreut, Gesichter der CONTRASTE-Redaktion kennenzulernen, Elisabeth Voß, Thomas Lehmann und myself.

Zwölf Schnupperabos, ein Abo und eine Fördermitgliedschaft konnten wir vermitteln. Ich wiederum war überrascht über die sehr große Nachfrage nach unserer Zeitung, gerade bei jüngeren TeilnehmerInnen. In vielen Gesprächen konnte ich ein handfestes Interesse an alternativen Projekten feststellen. Da ist sie wieder einmal, die Dialektik der Geschichte: Sozialabbau und Hartz IV sorgen für den Aufschwung der Selbstorganisation. Dieser wird auch an der CONTRASTE nicht vorbeigehen.●

Foto: Redaktion Köln

AKTION 2007

Redaktion Heidelberg ● Nach dem tollen Andrang und der großen Nachfrage während des Kongresses am CONTRASTE-Stand über die Heinz oben berichtet, ist bei uns wieder der Alltag eingekehrt. CONTRASTE wird auch in diesem Jahr wieder ein Defizit einfahren, dass nur über Spenden und/oder einen entsprechenden Zuwachs an Abos verhindert werden kann. Im Monat Dezember wurden vier Abos und eine Fördermitgliedschaft gekündigt. Neu hinzu kamen vier Abos, so dass das Ziel der Abokampagne nun bei 163+ Abos liegt.

Auf unserem Spendenkonto gingen weitere Spenden in Höhe von 201 Euro ein. CONTRASTE benötigt somit in diesem Jahr 5.772 Euro, um ein Defizit zu vermeiden.

Nachfolgend die im Monat Dezember eingegangenen Spenden:

- Jürgen Lützel, Neustadt/Weinstr. (38 EUR)
- Nico Schindler, Mannheim (8 EUR)
- Bernd Maier-Staud, Frankfurt/Main (125 EUR)
- Elmar Still, Erfurt (30 EUR)

Allen SpenderInnen und Fördermitgliedern herzlichen Dank!

Erkennbar erfolgreich sind auch gezielt gespendete Schnupperabos, die oftmals zu normalen Abos führen.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon hierzu auf dieser Seite links unten). Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

FORTSETZUNG VON SEITE 1

tur würde die taz auch nur noch mit der Kneifzange anfassen.

Ich hoffe, Sie finden meine Argumentation nachvollziehbar.

Jan Kniggendorf (jk@taz.de) Tel. 25902-130

Wie sich die Zeiten ändern! Nein: ich finde diese Argumente keineswegs berechtigt, ich finde sie nur noch zynisch!

So oder so: Die taz blockt alle Kritik ab. *»Es wurden und werden keine Leserbriefe zur Kampagne veröffentlicht, denn es ist immer das gleiche Blabla.«* So der O-Ton der Leserbriefredaktion in Basta-Manier. Es wurde die knallbunte EnBW-Werbung »30 Jahre Neckarwestheim – 30 Jahre Klimaschutz«, insgesamt drei mal 1/4-Seiten Annoncen im Dezember in »unserer« ach so unabhängigen Tageszeitung abgedruckt. Für jede Anzeige kassierte die Taz 3.874.50 Euro plus Mehrwertsteuer.

Abgewandelte Anzeige

Liebe Contraste-Mitstreiter:
»Was tun?« – diese Frage stellt sich für die Zukunft, denn in einem fast lautlos schleichenden Prozess werden die Grenzen auch von Seiten der taz verschoben. Das Klima – nicht nur meteorologisch – des politisch Zumutbaren verändert sich kaum spürbar, aber folgenschwer. So, als ob – weil bei uns bisher kein größerer Störfall bekannt wurde – die Gefahr der todbringenden Strahlen sich irgendwie aufgelöst hätte, nach dem Motto »Aus dem Auge, aus dem Sinn«, werden wir allüberall medial beschwichtigt, als naive Tagträumer denunziert, die sich dem Fortschritt »immer noch« pubertär in den Weg stellen.

Ich finde diesen Prozess des Verfalls öffentlicher Wahrnehmung von Gefahren durch eine nach wie vor totalitäre Monster-Technologie in der Tat verhängnisvoll. Robert Jungk sagte in den Achtzigern: »Es gibt keine friedliche Atomenergie.« Warten wir nicht auf bessere Zeiten, sondern bemühen wir uns um eine souveräne Gegenöffentlichkeit! Fordern wir die taz heraus. Ihr und also unser Erfolg lag in frecher Basis-Demokratie. Also – back to the roots, der Widerstand von Unten ist wieder gefragt! Bitte schreibt uns eure Vorschläge.●

Die Liste taz-Geno-selbstverwaltet findet Ihr auf listen.jpberlin.de – macht mit!

PETER HESS TOT

Peter Hess ist am 1. Dezember 2006 gestorben. Er wird so manchem/r CONTRASTE-LeserIn als Urgestein der Nürnberger Selbstverwaltungs- und Netzwerkszene sowie als KOMM-Mensch bekannt sein. In einem ausführlichen Artikel werden Freunde und Wegbegleiter über sein schillerndes und wechselvolles Leben berichten, aus Platzgründen jedoch erst in der Februarausgabe...

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 5.772 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 163+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Bouncing Souls: The Gold Record (Epitaph Records 6808-2)

Das amerikanische Plattenlabel *Epitah* ist neben *Fat Wreck Chords* ein szeneinternes Markenzeichen für melodiösen und poppigen, amerikanischen Punkrock. Es ist verbunden mit Namen wie *Bad Religion* oder *No FX*. Auch die seit knapp 20 Jahren existierenden *Bouncing Souls*, die mit »The Gold Records« ihr dreizehntes Album auf den Markt gebracht haben, gehören zu der altbewährten Garde des Labels. Wie die meisten anderen Bands aus diesem Genre kreisen die Texte ihrer Songs vorwiegend um private Angelegenheiten und unpolitische Betrachtungen der Umwelt. Es ist die typische Musik, die mensch hört, um sich bei einem Bierchen schon mal einzustimmen, um etwas später zu einem Konzert zu gehen oder einfach nur um an einem Sonntag Nachmittag in gemütlicher Runde das Wochenende ausklingen zu lassen.

Exemplarisch hierfür stehen Songs wie »Lean on Sheena«, »The Messenger« und »For all the unheared«. Es sind melodiöse, gefühlvolle z.T. sehr melancholische Punksongs. Für den Track »The Pizza Song« wurde noch Unterstützung von *Vic Ruggiero,* Musiker der Ska-Combo *The Slakers*, angefordert. Auf ihrem aktuellem Album findet sich allerdings eine interessante Ausnahme – der Song »Letter from Iraq« ist ein deutliches politisches Statement. Der Text des Songs stammt aus der Feder des amerikanischen Irakkriegsveteranen *Garett Reppenhagen*, der als Scharfschütze bei einer Infanterie Division im Irak stationiert war. Die *Bouncing Souls* geben damit einem Angehörigen einer nur selten wahrgenommenen sozialen Bewegung die Möglichkeit sich öffentlich zu äußern. »Hot sunni sun passes moaning mosque spire b-company is pinned down under heavy fire[...] smart bombs are coming, see the children running, the dead they are all laughing but we don't get the joke / they lost another friend today [...] all that's left of bullet billy is a pair of bloody boots / his mom is on the phone, his girl is alone / we all stand in the rain for a twenty one gun salute.« Der Song klingt mit ersterbenden Schreien aus. »Letter from Iraq« ist von musikalischer Seite sehr einfach gestrickt, bekommt aber durch einen stilistischen Bruch von der ersten zur zweiten Strophe und durch das Outro eine interessante Note. Leider finden sich keine weiteren Infos über den Hintergrund des Songs im Booklet. Auf der Homepage der Band findet sich allerdings der folgende Eintrag bezüglich ihrer Tour: »Also, we have invited our good friends Iraq Veterans Against the War to come along on the gold tour and educate us all a little more on this important subject. They will have literature and volunteers at each show. Learn more at the show or visit: www.ivaw.org. Okay, I guess that's it for now brothers and sisters. Enjoy the cooler weather, and we look forward to seeing you out there somewhere.«

Insgesamt ist das ganze Album leicht melancholisch angehaucht. Es ist die Musik für die dunkleren Jahreszeiten, wo mensch zu Hause sitzt und einer leichten Herbstdepression fröhnt. Hierfür bildet das Album »The Gold Record« den richtigen Soundtrack. In erster Linie sind und bleiben die *Bouncing Souls* eine sehr gute und spielfreudige Liveband. Das aktuelle Album dürfte in jedem gut sortierten Plattenladen bzw. einschlägigen Mailorder erhältlich sein.●

DJ Chaoz

Infos zur Band: www.bouncingsouls.com
Infos zum Label: www.epitaph.com

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

WIE EIN ITALIENISCHES DORF UNSER LEBEN VERÄNDERN KANN

Das Wunder im Wald

Vor zwei Jahren entstand in einer abgelegenen Region der Emilia-Romagna ein ungewöhnliches Altenprojekt, das eine neue Perspektive für viele europäische Regionen zeigt: Hier hat man versucht, eine bessere und finanzierbare Betreuung alter Menschen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung für die junge Generation zu verbinden. Der Modellversuch findet, in verschiedenen Phasen der Umsetzung, in weiteren Kommunen des Gebiets statt.

Renovierte Häuser des Seniorenwohnprojekts »Le Case di Tiedoli«

Von Dorette Deutsch ● Tiedoli: Ein winziger Ort in der norditalienischen Emilia-Romagna, in den Ausläufern des Apennin. Noch vor zwei Jahren war es ein verlassenes Dorf auf fast siebenhundertfünfzig Metern Höhe. Es war zu urwüchsig und zu unbequem, um touristisches Reiseziel zu sein und hatte keinerlei Perspektive, die das Leben hier möglich machen konnte. Schon in den dreißiger und vierziger Jahren waren viele Menschen von hier ausgewandert, weil es außer in der Landwirtschaft keine Arbeitsmöglichkeit gab. Viele haben sich als Minenarbeiter in der Schweiz oder Frankreich verdingt oder im Ausland Restaurants eröffnet. Es war absehbar, wann das Dorf Tiedoli durch Überalterung und Abwanderung der jungen Bevölkerung aussterben würde. Die Jungen würden in die nächste Kreisstadt oder gleich nach Mailand gehen, die alten Menschen im Altenheim verschwinden. Über die Hälfte der Bewohner waren über siebzig Jahre alt. Würde diese alte Kulturlandschaft irgendwann ganz verschwinden? Doch zwischen den großen Römerstraßen, die über hohe Pässe hinunter zum Meer führten, blickte die gesamte Apennin-Region auf eine große Geschichte zurück.

Bevor das Altenprojekt begann, war der Ort völlig vom Aussterben bedroht. Genau dreißig, meist alte Leute, lebten hier. Initiator Mario Tommasini (geb. 1928, gest. April 2006) war in den sechziger Jahren Sozialdezernent in Parma und wurde durch seine Zusammenarbeit mit dem Psychiater Franco Basaglia über die Grenzen Italiens hinaus bekannt. Auf der politischen Ebene und in der Provinz Emilia-Romagna hat er maßgeblich zur Umsetzung des Gesetzes zur Psychiatriereform beigetragen und war einer der wichtigsten Mitstreiter von Franco Basaglia. Nach der Psychiatriereform hatte er sich erfolgreich der Schließung von Waisenhäusern und Sonderschulen gewidmet.

1998 hatte Mario Tommasini innerhalb der Provinzverwaltung sein »Laboratorio Anziani«, eine Art Versuchsstation für innovative Altenpolitik, geschaffen und in Parma eine Bürgerbewegung begründet, die engagierte Sozialpolitik zu ihren vorrangigsten Inhalten machte. Er hat sich in eigener Person zum Träger der Idee gemacht. Sicher ist es kein Zufall, dass das Projekt Tiedoli gerade in der Emilia-Romagna entstand: Seit den sechziger Jahren agierten Sozialpolitiker wie Tommasini auf der Basis einer breitgestreuten »Kultur der Partezipation,« in deren Geist sich breite Gesellschaftsschichten zum Träger neuer sozialer Ideen machten. Diese Bewegung war Vorbild vieler engagierter Projekte in Italien.

In dem kleinen Ort Tiedoli verfolgte man auch ein weiteres Ziel: Der ganze Ort war, wie weite Teile des Landstrichs, vom Aussterben bedroht – ein Problem, das in vielen ehemals von der Landwirtschaft geprägten Provinzen Europas droht. Doch durch die bessere und adäquatere Betreuung alter Menschen sollte in dem Versuchsdorf auch eine neue Urbanisierung geschaffen werden, die das Leben hier für die Jungen wieder möglich machte: Auch dieser Versuch ist gelungen.

Panoramablick von Tiedoli

Club Tiedoli

Natürlich suchte Mario Tommasini, ein überaus charismatischer Politiker, der in seinen Projekten seiner Zeit manchmal weit voraus war, auch die Herausforderung, als die Entscheidung für den winzigen Ort fiel: Tiedoli war in jeder Hinsicht benachteiligt, es fehlte jede Anbindung und jede Infrastruktur. Doch der Ort bot gute architektonische Voraussetzungen: Eine Reihe halbverfallener Häuser um die Kirche, die man in altengerechte, d.h. behindertegerechte Appartements umwandeln konnte. Natürlich fehlte das Geld. Durch die Unterstützung der früheren Emigranten, die es in London oder New York zu Wohlstand gebracht hatten, wurden die Häuser von der Pfarrgemeinde zurückgekauft. Für die Sanierung der geplanten sechs Appartments für je 1-2 Bewohner wurde die Stiftung Cariparma gewonnen, die in Parma in soziale Projekte investiert. Die Sanierung war billiger als der Bau jedes Altenheims: 500 Euro etwa wurden pro Quadratmeter in die Sanierung investiert.

Die Kreisstadt Borgotaro, unter deren Verwaltung auch Tiedoli fiel, band die Kooperative Aurora mit in das Projekt ein. Deren Pflegepersonal sollte die Betreuung der alten Menschen übernehmen. Als Pflegesatz wurden 550 Euro pro Person und pro Monat festgelegt, für Miete, Nebenkosten, hauswirtschaftliche Hilfe und Grundpflege. Dazu zählt zum Beispiel Hilfe beim Baden oder die Verabreichung von Medikamenten. Dieser sehr niedrige Preis entsteht einmal durch die relativ niedrige italienische Sozialmiete (hier zwischen 100 und 150 Euro pro Person monatlich), aber vor allem auch durch die hohe Flexibilität: Jeder Bewohner entscheidet individuell über die Hilfe, die er in Anspruch nehmen will. Die Pflegestation ist rund um die Uhr besetzt: Morgens von Pflegerin Katia, die das besondere Vertrauen der Bewohner genießt, am Nachmittag von zwei Kräften im Schichtdienst, nachts von einem ehrenamtlichen Mitarbeiter aus dem Dorf, der das obere Stockwerk der Pflegestation bewohnt.

Von Anfang an ging es den Initiatoren darum, nicht zwischen pflegebedürftigen und selbständigen Bewohnern zu unterscheiden: Zwei Bewohner, die im Rollstuhl sitzen und vierundzwanzig Stunden Pflege brauchen, haben darüberhinaus eine persönliche Betreuerin. Selbst wenn man diese Kosten von etwa achthundert Euro für die Betreuerin – in Italien mit halblegalem Status und teilweise durch staatliche Beihilfe ersetzt – dazurechnet, ist das Modell Tiedoli immer noch konkurrenzlos billig.

Ziel von Anfang an war es vor allem, dass die alten Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und weitgehend selbständig leben sollten. Zuvor hatten die meisten der alten Menschen allein auf entlegenen Höfen gelebt. Das selbstbestimmte Leben sollte auch in den neuen Wohnungen erhalten bleiben. Darin unterscheidet sich Tiedoli von allen anderen Projekten. So bereitet sich jeder das Essen in der eigenen Küche zu und wird, nach Wunsch und Bedarf, von Pflegerin Katia dabei unterstützt. Die weitläufigen Terrassen, in die die Wohnungen – behindertengerecht – übergehen, bieten sich als soziale Treffpunkte an; jedoch fehlt in Tiedoli jede Künstlichkeit, wie sie eine Seniorenanlage kennzeichnet.

Es ist geplant, das Projekt zu erweitern: In den kommenden Monaten wird ein Wintergarten als sozialer Treffpunkt gebaut, zur Zeit wird darüber diskutiert, das große Pfarrhaus teilweise in Appartements zu verwandeln. Tiedoli befindet sich, zwei Jahre nach seiner Entstehung, in einer Umgangsphase. Wichtig war es daher auch, die Anbindung an das – vorbildliche – Altenheim in Borgotaro aufrechtzuerhalten. Da nicht Platz für alle 38 derzeitigen Bewohner ist, kommen die alten Menschen aus Borgotaro zweimal in der Woche nach Tiedoli, um gemeinsam im Garten zu arbeiten, Karten zu spielen, gemeinsam zu essen. So werden auch in dieser Übergangsphase wichtige Akzente für die zukünftige Entwicklung gesetzt.

Doch das neue an der Erfahrung Tiedoli war nicht nur die bessere und kostengünstigere Betreuung von alten Menschen, sondern dass man hier die Lösung der drei Hauptprobleme unserer Zeit versucht hat: eine andere, billigere und würdigere Art der Altenbetreuung zu schaffen, die Entvölkerung ganzer Landstriche zu verhindern und längerfristig Arbeitsplätze oder einen sozialen Zusammenhalt für die junge Generation zu garantieren. Mit den alten Bewohnern sind auch ihre Familien zurückgekehrt, die in den umliegenden Städten berufstätig waren. Die Generation der heute Fünfzig- bis Sechzigjährigen zieht es zusehends nach Tiedoli. Aufgegebene Gärten und Felder werden wieder bestellt, halbverfallene Häuser der Familien werden wiederhergerichtet. Die meisten können sich ihr eigenes Alter gut hier vorstellen, manche sind bereits hier hergezogen. Es fällt auf, wie erleichternd es für die einzelnen Familien ist, dass die Pflege der alten Menschen nicht auf ihnen lastet: In Tiedoli besucht man sich gegenseitig, die Jungen die Alten, die alten Menschen ihre jungen Verwandten, was erheblich zur Entspannung der Beziehungen beigetragen hat. Im stark familienbewussten Italien ist es immer noch ein relativ starkes Tabu, alte Menschen im Altenheim unterzubringen.

Die verbesserte Infrastruktur hat nun auch das Leben junger Leute wieder möglich gemacht. Seitdem die alten Menschen zurückgekehrt sind, gibt es einen »Pronto-Bus« in die zwanzig Minuten entfernte Kreisstadt, es gibt einen Kulturverein mit kleiner Bar, der bei den zahlreichen und bewusst gepflegten Festen beliebter sozialer Treffpunkt und mittlerweile sogar Ausflugsziel geworden ist.

Inzwischen ist die Einwohnerzahl um über hundert Prozent gestiegen, 78 Einwohner hat der Ort heute, weil auch junge Familien hier hergezogen und sogar die ersten Kinder hier geboren sind. Eine neue Urbanisierung um das Altenprojekt zu schaffen war von Anfang an wichtigstes Ziel. In diesem Sinn könnte das Modell Tiedoli eine Perspektive für viele Regionen Europas aufzeigen.

Hierhergezogen ist Steinmetz Paolo mit seiner Familie, der ein Haus nach dem anderen renoviert und hoffentlich sogar bald selbst neue Arbeitsplätze schaffen kann. Die beiden Kinder sind hier geboren. Da sind Fabio und seine Familie, die seit Monaten aufgebenes Land roden. Hier will die Familie bald mit alternativer Landwirtschaft, Ferien auf dem Bauernhof und der Zucht der in der Gegend typischen schwarzen Schweine beginnen. Auch weitere Familienmitglieder sind nach Tiedoli gezogen. Auch andere sind zurückgekehrt, die von ihrem Schreibtisch in Tiedoli aus für ein Kommunikationsunternehmen oder eine Werbeagentur arbeiten: Mit seiner einmaligen Hügellandschaft, eine Stunde in die größere Stadt Parma und eine Stunde vom Meer entfernt, bietet der Ort sehr viel Lebensqualität.

Die Entvölkerung eines ganzen Landstrichs wurde durch das Altenprojekt erfolgreich verhindert und dieser unterentwickelten Bergregion nach Jahren der Regression wieder zum Leben verholfen.

Natürlich hätte er sein Projekt ebenso in der Stadt realisieren können, davon war Initiator Mario Tommasini überzeugt. Das Konzept von Tiedoli ist nicht an eine ländliche Region gebunden, es ist genauso in der Stadt umsetzbar. Hier könnte man zum Beispiel eine Pflegestation einrichten, die für mehrere Häuser oder ein ganzes Stadtviertel zuständig ist und alte Menschen je nach Bedürftigkeit betreut.

Mario Tommasini, einer der engagiertesten Sozialpolitiker Italiens, hatte sich in eigener Person zum Träger dieser Idee gemacht. Das Beispiel zeigt dadurch auch, dass der politische Wille notwendig ist, um ein solches Projekt zu initiieren. Um sein »Laboratorio Anziani« haben sich alle anderen zentriert: die Kommune, der Leiter des Kulturvereins ACLI oder der Verein »La Montagna che vive«, der eigens als Gegenbewegung zur Abwanderung ins Leben gerufen wurde, ebenso die Pfarrgemeinde und die Stiftung »Cariparma.« Inzwischen interessiert sich auch die nationale Politik für das Projekt.

In der näheren und weiteren Umkreis ist das Dorf zum Symbol des Aufbruchs zur Verwirklichung einer neuen Altenpolitik geworden: im Sinne einer »Kultur der Partezipation,« wie sie in der Emilia-Romagna jahrzehntelang erfolgreich war. Tiedoli ist ein Mikrokosmos, der in der ganzen Umgebung ein wichtiges Zeichen gesetzt hat.●

www.lecaseditiedoli.it

Dorette Deutsch: Schöne Aussichten fürs Alter. Wie ein italienisches Dorf unser Leben verändern kann. Piper, München 2006, 16,90 EUR

Quelle:
www.iba-stadtumbau.de

MEHR ALS EINE FILMBESPRECHUNG – ANNE ALLEX ÜBER BESETZTE FABRIKEN IN VENEZUELA

»Parallelgesellschaft« – aber anders

Entlang eines neuen Dokumentarfilms von Dario Azzellini und Oliver Ressler stellt Alle Allex fünf von Arbeitern kontrollierte Fabriken in Venezuela vor. Anders als in Argentinien werden diese sozialen Experimente von der Regierung (noch) unterstützt.

Seit 2003 hält die so genannte »bolivarische Revolution« langsam auch Einzug in die Fabriken. Venezuela gehört nicht zu den hochindustrialisierten Ländern, es besitzt zwar Rohstoffe, verfügt aber nicht über eine entwickelte materiell-technische Basis, um diese selbst zu veredeln. Entsprechend muss z.B. Rohöl billig exportiert werden, da hinreichende Raffineriekapazitäten zur Weiterverarbeitung fehlen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat die venezolanische Ökonomie in einen Torso verwandelt, entsprechend ungeschützt ist das Land Weltmarktschwankungen ausgesetzt. Rund 80 Prozent der Bevölkerung galten vor 2003 als arm, doch 72 Prozent der im Lande hergestellten Lebensmittel wurden exportiert.

Diesen Weg will Venezuela nicht mehr weitergehen und versucht, eine unabhängige eigene Ökonomie aufzubauen. Der venezolanische Staatspräsident Hugo Rafael Chávez Frias rief 2003 dazu auf, die Produktion per Arbeiterkontrolle selbst in die Hand zu nehmen, stillgelegte Betriebe zu besetzen, Missmanagement aufzudecken und zu beenden, sowie kapitalistische Unternehmer zu enteignen.

Dies sei die einzige Möglichkeit, aus dem, was die VenezolanerInnen haben, mehr zu machen, meint der Filmemacher Dario Azzellini. Er hatte seinen Film über besetzte Fabriken in Venezuela am »Roten Abend« der »Internationalen KommunistInnen« im traditionsbehafteten Versammlungslokal der Autonomen »Zielona Gora« vorgestellt. Zur Filmpräsentation im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain waren am 5. Juli 2006 mehr als 60 vor allem jüngere Leute gekommen, darunter viele Frauen. Trotz 36 Grad Hitze und in Konkurrenz zum WM-Halbfinale galt ihre bemerkenswerte Aufmerksamkeit der Arbeiterkontrolle in Venezuela. Ein gutes Zeichen.

Teil einer »sozialen Produktion«

Der Film zeigt den neuen ökonomischen Weg der venezolanischen Gesellschaft. Am Beispiel der Reaktivierung so unterschiedlicher Betriebe wie einer Aluminiumhütte, eines Textilunternehmens, einer Tomatenfabrik, eines Kakaoprojektes und eines Papierbetriebes, die unter Arbeiterkontrolle in Selbstverwaltung bzw. unter »Mitverwaltung« geführt werden, wird deutlich, dass und wie venezolanische ArbeiterInnen sich von einer überwiegend exportorientierten Wirtschaftspolitik ab- und einer »endogenen« Entwicklung zuwenden. Letzteres bedeutet die Entwicklung von regionalen Potenzialen rund um die jeweiligen Betriebe herum. Was zunächst wie – auch hierzulande propagierte – Wachstumskonzepte der »Regionalisierung« klingt, geht doch über diese hinaus: Auf der ökonomischen Ebene fördern die Betriebe die Produktion von Rohstoffen, deren Verarbeitung im regionalen Umfeld durch entsprechende Kooperationsbeziehungen sowie Vertriebsnetze. So werden z.B. stillgelegte Flächen neu bepflanzt und Nahrungsmittelrohstoffe produziert, die als Lebensmittel für die lokale Versorgung dienen, regionale und überregionale Kooperationsbeziehungen werden nicht nur für die Verarbeitung, sondern auch für den Vertrieb genutzt, und es entstehen neue Arbeitsplätze.

Den im Film vorgestellten Betrieben geht es jedoch um mehr: Sie wollen Teil einer »sozialen Produktion« werden. Die Gewinne sollen nicht einfach zur Akkumulation und Effektivierung der Produktion genutzt werden, sondern zur Entwicklung der Gemeinden rund um die jeweiligen Betriebe. So finanzieren die Betriebe die kostenlose Gesundheitsversorgung, die Bildung und Ausbildung, sie kümmern sich um die Versorgung für die Kinder der ärmeren Gemeindemitglieder, und sie leisten solidarische Hilfestellung für neu besetzte Betriebe und deren Belegschaften.

Die neue Ökonomie beginnt mit der Besetzung von stillgelegten Unternehmen, die inzwischen von ihren Belegschaften betrieben werden. Und was dort vor sich geht, soll im Folgenden vorgestellt werden:

»Politische Unternehmenskultur« in der Aluminiumhütte

Die Aluminiumhütte *Alcasa*, die *der Corporación Venecolana de Guayana* (CVG) Holding, einem Konglomerat von 16 Unternehmen angehört, ist dem neuen Ministerium für Bergbau unterstellt und beschäftigt etwa 2.700 ArbeiterInnen. 2004 forderte Chávez die Mitverwaltung der Unternehmen und bestellte Carlos Lanz zum Präsidenten von *Alcasa*. Mitverwaltete Unternehmen sollen mit der jahrzehntelang zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften praktizierten Klassenkollaboration brechen und andere Produktionsverhältnisse entwickeln. Ausdruck dessen sind die neu gewählte Leitung, die gemeinsame Entscheidung über die Produkte und die gemeinsame Organisation der Produktion. Auf diese Weise entsteht eine neue, politische Unternehmenskultur.

Drei gewählte Personen stellen die Betriebsleitung. Sie arbeiten mit »offener Tür« zu den ArbeiterInnen, nehmen Vorschläge etwa zum Produktionsgeschehen auf und stellen damit Entscheidungen auf eine breitere Basis. Das »Triumvirat« wird von unabhängigen Komitees kontrolliert und ist jederzeit abwählbar. In der Aluminiumhütte gibt es 300 gewählte Kollektivsprecher, die gemeinsam arbeiten, forschen, entwickeln und Vorschläge aus den Kollektiven vorstellen. Sie sind das Bindeglied zwischen der Arbeiterversammlung, den Komitees und der Leitung. Leslie E. Turmero aus der Betriebsleitung berichtet, dass sie nach der Wahl zunächst zu einer Situationsanalyse des Werkes aufgerufen hätten. Mit den daraus entstandenen Entscheidungen und dieser Form der Selbstverwaltung habe das Werk bisher hohe Produktionserfolge erzielt.

Gonzales Maestre, erster Sprecher und Supervisor, berichtet über die Verbesserung des Arbeitsumfeldes: Seit der Selbstverwaltung werde weniger Chlor verwendet, die Produktion sei umweltfreundlicher geworden, neue Maschinen, z.B. Kühltürme, wurden gekauft. Auf Grund der Bildungsmöglichkeiten für ArbeiterInnen habe sich auch die Arbeitsqualität selbst verbessert. ArbeiterInnen schließen die Mittelschule ab, besuchen Ingenieursschulen oder schreiben sich für anspruchsvollere Studiengänge ein. Maestre meint, dass sie dadurch in der Lage seien, die Verfassung Venezuelas hinsichtlich der Mitbestimmung der Arbeiter an der Produktion zu konkretisieren. Die Beschäftigten sähen sich zwar oft mit Umweltproblemen, technologischen, organisatorischen sowie bürokratischen Schwierigkeiten konfrontiert, doch bei allen überwiege das politische Interesse an der Sache.

Filmszene bei der Aluminiumhütte Alcasa

Die Aufgabe des Präsidenten von *Alcasas* besteht darin, die »endogene Entwicklung« und die »Mitverwaltung« zu unterstützen. Obwohl Carlos Lanz staatlicherseits in sein Amt bestellt ist, unterstützt ihn die neue Betriebsleitung. Zwar hätte er auch selbst die Befugnis, die Betriebsleitung zu benennen, doch Gebrauch machen wolle er davon nicht, weil für ihn die Entwicklung der Arbeiterkontrolle und der Mitverwaltung vorrangig sei. Mitverwaltung beinhaltet Mitbestimmung und Mitverantwortung – und das muss gelernt werden.

Marivit López ist verantwortlich für die Umsetzung der »endogenen Entwicklung«. Das Staatsunternehmen produzierte bis zu 80 Prozent für den Export – diese Entwicklung gelte es umzukehren. Unternehmen und Industrien im eigenen Land sollen mit ihren Produkten unterstützt werden. Das Aluminium soll vor allem in randständige Regionen weitergeleitet werden, um dort die aluminiumverarbeitenden Kooperativen, z.B. zur Produktion von Kleinbussen oder im Energiesektor zu fördern. *Alcasa* versteht sich als »soziales Unternehmen«. Vor den Toren der Fabrik wurde ein Ausbildungszentrum für arbeitslose Bauarbeiter geschaffen. Die Arbeitslosen, die früher mitgekämpft haben, auch in den Gewerkschaften, haben sich in Folge ihrer Armut und der sozialen Ausgrenzung teilweise mafiaartig organisiert. Das Ausbildungszentrum soll ihnen neue Perspektiven bieten.

»Eigene Beziehungen entwickeln« in der Textilproduktion

Das Textilunternehmen *Textileros del Táchire* in San Christobal produziert mittlerweile wieder auf altem Niveau. Dulfo Guerrero, ein Koordinator des Werkes, stellt klar, dass das Unternehmen 1997 nicht etwa wegen wirtschaftlicher Ursachen, schlecht funktionierender Produktion oder Rohstoffmangels geschlossen wurde, sondern in Folge der Vernachlässigung durch seinen Besitzer. Der hatte das Unternehmen als Pfand benutzt, um Darlehen aufzunehmen. Das Geld kam jedoch im Unternehmen nie an, sondern wurde solange umgelenkt, bis die Betriebsschulden das Unternehmenskapital weit überstiegen und unbezahlbar wurden. Anschließend wurde das Unternehmen geschlossen und alle ArbeiterInnen entlassen, ausstehende Löhne wurden nicht gezahlt.

Deshalb, so José del Carmen, Koordinator für Bildung und soziale Entwicklung, sei das Unternehmen als eines von (*damals, d.V.*) 75 Unternehmen von den ArbeiterInnen selbst wieder in Gang gesetzt worden. Der Betrieb hatte vier Jahre lang stillgelegen, aber Chávez' Aufruf, dass sich die ArbeiterInnen in Kooperativen organisieren sollten, ermutigte diese, damit vor Ort zu beginnen. Nun ist das Textilunternehmen ein selbstverwalteter Betrieb. Er läuft, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regierung einen Kredit bewilligt hat. Er soll zwar erst in acht Jahren abbezahlt sein, doch hoffnungsvoll schätzt der Verwaltungsleiter Luís Álvarez, dass dies wohl schon in vier Jahren der Fall sein wird.

Fragen und Probleme werden in der Arbeiterversammlung geklärt. ArbeiterInnen, die auch früher schon im Betrieb tätig waren, betonen einhellig, dass das Arbeiten in der Kooperative freier geworden sei und dass sie mitbestimmen könnten. Sie schätzen es auch, dass sich nun alle ArbeiterInnen darüber Gedanken machen, wie sie der Kommune auf die Beine helfen können: ob sie die kostenlose gesundheitliche Versorgung unterstützen oder Bildungsprogramme auflegen und wie sie bei all dem vorankommen. Die Arbeit für ein kollektives Interesse sei deutlich etwas anderes, als Sklave eines kapitalistischen Unternehmens zu sein, so eine Arbeiterin. Die Kooperative *Textileros del Táchire* kümmert sich auch um den regionalen Baumwollanbau, damit genügend Baumwolle für die Verarbeitung zur Verfügung steht. Um die Umsatzerlöse aus der Baumwollproduktion zu erhöhen, will das Unternehmen künftig direkt mit den weiterverarbeitenden Produzenten verhandeln – kapitalistische Sektoren der Ökonomie sollen ausgeschaltet und eigene Kooperationsbeziehungen entwickelt werden.

»Harmonischer arbeiten« bei der Ketchupherstellung

Caigua stellt Salsa de Tomate Guarico Ketchup her. Im Juli 2005 besetzten 58 ArbeiterInnen drei Monate lang die Fabrik, berichtet die Arbeiterin Carmen Ortíz. Alle ArbeiterInnen übernachteten und aßen während dieser Zeit mit ihren Familien in der Fabrik. Im Jahr 2000 war der Betrieb wegen fehlender Rohstoffe – Tomaten – geschlossen worden, 2004 erhielt der Unternehmer Salomon Garcia einen Regierungskredit, um die Fabrik wieder zu eröffnen. Der Kredit wurde von Garcia jedoch nicht für die Sanierung des Unternehmens und für notwendige Investitionen verwendet, sondern zweckentfremdet. Gegenüber Hugo Chávez prahlte Garcia, dass er 220 Angestellte und 1.500 Arbeiter in Lohn und Brot gebracht hätte. Im gesamten Betrieb gab es aber nur 60 ArbeiterInnen – und die waren Repressalien ausgesetzt. Nachdem der Lohn der ArbeiterInnen einen Monat ausblieb, besetzten sie den Betrieb und reichten Beschwerde beim Arbeitsministerium wegen des Missmanagements ein. Zur »bolivarischen Revolution« gehört auch, dass schlecht verwaltete Betriebe an die Arbeiter übergehen. Nun betreut das Arbeitsministerium die Tomatenfabrik und unterstützt ihre Betreiber. Ein spezieller Aufsichtsrat wurde gegründet, der die Arbeiter des Unternehmens vertritt. Ziel der neuen Betreiber ist es, einen Kredit vom Arbeitsministerium zu erhalten.

Ein wichtiges Motiv für die Fabrikbesetzung war auch die nur zehnprozentige Auslastung des Betriebs. Da die ArbeiterInnen die volle Auslastung der Produktionskapazität erreichen wollen, setzen sie mittlerweile Maschinen ein, sowohl bei der Aussaat als auch beim Transport der Tomaten zur Fabrik, wo die Tomaten verarbeitet werden. Das Endprodukt Ketchup wird an die Konsumenten über das staatliche Vertriebsnetzwerk CASA weitergeleitet. Wenn es gelinge, die Produktion auszuweiten, wolle man die Fabrik auch zum »sozialen Unternehmen« machen, so das Ziel der ArbeiterInnen.

Ein Unternehmen auf dem Weg zur Mitverwaltung wolle zum Wohl der Gesellschaft beitragen und sich nicht dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt verschließen, erklärt Domingo Meléndez, Berater für Qualität, Forschung und Entwicklung. Die Laboranalystin Aury Arocha erläutert weiter: »Wir versuchen für die Gemeinschaft zu arbeiten, alle sollen etwas davon haben. Was und wie etwas gemacht wird, entscheiden die ArbeiterInnen auf der Arbeiterversammlung mit einer definierten Mehrheit von 50 Prozent plus 1. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass alle entscheiden; die Meinung eines jeden zählt. Vorher haben wir in einer Diktatur gearbeitet, nun sind wir frei, aber nicht um zu tun, was wir wollen, sondern um im Sinne der Gemeinschaft tätig zu sein. Wir sind zwar völlig spontan in unseren Ansichten, arbeiten aber viel harmonischer miteinander.«

Vom »Teil des Maschinenparks« zum »sozialen Unternehmen« in der Kakaoindustrie

Der Produktionskoordinator José Gregorio Moy stellt das agroindustrielle Großprojekt *Unión Cooperativa Agroindustrial del Cacao Cumana* in Sucre vor. Nach einem Stillstand von acht Jahren entsteht hier die Kakaoproduktion und -verarbeitung auf Initiative des Gouverneurs Ramón Martinez und des Präsidenten der Republik neu. Das damalige Lebensmittelunternehmen *La Universal Perugina* war aufgrund von Missmanagement in die Hände einer Bank übergegangen. Die Bank verkaufte es der Regierung mit einem Kredit des Ministeriums für Basisökonomie (MINEB).

Im Augenblick wird lediglich der Rohstoff, also die Kakaobohnen, von den Bauern zu Kakaomasse verarbeitet. Künftig soll die Kakaomasse auch veredelt, und es sollen Fertigprodukte wie Kekse, Waffeln, Schokopralinen u.ä. hergestellt werden. Den Produktionsablauf und die Unternehmensstruktur erklärt die Qualitätskoordinatorin Edith Mendoza: »Zunächst kommen die Kakaosäcke ins Lager. Dort wird jeweils eine Probe genommen und die Qualität der Bohnen analysiert. Anschließend werden die Bohnen geröstet, geschält und gemahlen, daraus wird später die Kakaomasse gewonnen. Mit einer Presse wird die Kakaobutter von der Kakaomasse getrennt.«

Das Projekt besteht aus den Kakaoproduzenten der *Uproca* mit 3.600 Teilhabern und der Verarbeitungskooperative *Chocomar* mit 96 Teilhabern. Gemeinsam haben sie eine Gesellschafterversammlung mit 32 Mitgliedern, jeweils 16 von *Uproca* und 16 von *Chocomar*. Die Gesellschafter werden von den jeweiligen Kooperativen gewählt. Die Leitung besteht aus vier Genossenschaftern von *Urpoca*, vier von *Chocomar* und dem Direktor. In diesem Gremium werden Vorschläge bezüglich der Kakaoproduktion diskutiert und Entscheidungen getroffen. Alle erhalten dieselben Einkommen bzw. dieselben Gesellschafterbezüge.

Juana Ruíz, Verantwortliche für den Verkauf, sieht die Sache so: »Wir werden momentan durch den Staat geschützt. Die Regierung hat den kapitalistischen Unternehmen bedeutet: 'Beeilt Euch, denn wenn Ihr nicht produziert, dann setze ich andere Leute zum Produzieren ein.' Es gibt unter den Arbeitslosen eine hohe Bereitschaft zu arbeiten und genügend staatliches Kapital, um zu handeln.«

Die Eigentumsstruktur des Kakaomasseherstellers sieht wie folgt aus: Die ArbeiterInnen sind zusammen mit acht Produzentenkooperativen und der Verarbeitungskooperative Eigentümer des Kapitals und der Infrastruktur, also der *Agroindustrial Cacao*, ebenso wie der Bohnen und Plantagen. Als Eigentümer haben sie die Verantwortung für mehr als 18.000 Kakaobauern im Bundesstaat Sucre und müssen Antworten finden für mehr als 45 Prozent der Kakaoproduktion in Venezuela. In diesem Kontext stellt es sich als großes Problem dar, dass der Kakaopreis an den Börsen in New York und London festgelegt wird.

Die Kakaofabrik ist das erste »Unternehmen sozialer Produktion« im gesamten Land. Sie hat einen Rahmenvertrag mit dem Ministerium für Basisökonomie und dem venezolanischen Staat unterzeichnet und damit Verantwortung gegenüber der venezolanischen Bevölkerung übernommen. Konkret betreut sie drei Gemeinden in der Nähe mit jeweils einem Projekt. Um die Nahrungs- und Ernährungskette zu verbessern, haben sie eine Hydrokultur für grünes Viehfutter geschaffen, die mit diversen landwirtschaftlichen Kooperativen verknüpft wurde. Auf diese Weise will das Unternehmen die Zucker- und Milchproduk-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 4

tion fördern und für die Leute aus den Gemeinden Arbeitsplätze schaffen.

Der Maschinenarbeiter Alexander Patino sieht den Unterschied der Arbeit im Werk damals und heute so: »Noch vor acht Jahren kamen wir montags zur Arbeit und warteten eigentlich nur auf den Freitag wegen des Lohns. Im Prinzip waren wir Arbeiter Teil des Maschinenparks. Der Unternehmer befahl zu arbeiten, und wir legten los; er sagte 'Stop', und wir hörten auf. Jetzt ist das ganz anders. Wir haben unsere Augen, unsere Köpfe und unsere Herzen geöffnet. Das Unternehmen gehört nicht mehr nur einem Einzigen, sondern uns und den Gemeinden. In unserer Mensa essen täglich 40 Kinder aus der nahe gelegenen Gemeinde, die Ärmsten der Armen.«

Arbeiterkontrolle und gleiche Gehälter für »Papiertiger«

Im Jahr 2003 erkannten die Beschäftigten des damaligen Papierbetriebs *Ex-Venepal*, dass die Schließung kurz bevorstand, berichtet der Produktionskoordinator und Angestellte des Staatsanteils Manrique Gonzales. Die Arbeiter begannen sich zu organisieren und zu kämpfen. Sie schlugen der Regierung vor, ohne Unternehmensleitung selbst Betreiber und Teilhaber von *Venepal* zu sein, hielten eine ganze Reihe von Versammlungen ab und organisierten Demonstrationen, um ihr Ziel zu erreichen. Schließlich unterstützte das Arbeitsministerium sie in ihrem Ansinnen und half ihnen, sich in einer Kooperative zu organisieren. Dies war die Voraussetzung, um den Kredit zu bekommen, den sie zur Sanierung des Unternehmens verlangt hatten. 2004 trat die alte Unternehmensleitung endgültig zurück, und die Regierung begann, den Prozess zur Rettung des Betriebes zu beschleunigen. Für das Vorprojekt, das von Ingenieuren und Verwaltungspersonal vorgelegt wurde, bewilligte die Regierung einen Kredit. Nach Eintreffen des Geldes und der Betriebsgenehmigung durch den Staat wurde sofort Material geordert und mit der Produktion losgelegt. Der Kredit ist außerordentlich günstig. Er ist nur mit vier Prozent verzinst und läuft auf 20 Jahre. Aktuell gehört das Unternehmen zu 51 Prozent dem Staat und zu 49 Prozent den ArbeiterInnen, die in der Kooperative *Covimpa* organisiert sind. Bei sukzessiver Kreditabzahlung übergibt die Regierung Stück für Stück ihre Anteile an die Kooperative und behält sozusagen eine goldene Aktie. Ab 2007 wollen die ArbeiterInnen ihre Abzahlungen beschleunigen und den anderen Teil des Gewinnes für soziale Aufgaben und für die Erneuerung der Technologie verwenden.

Rowan Jiménez, Wartungsarbeiter der Kooperative, erzählt, dass *Ex-Venepal* das erste Unternehmen war, das enteignet wurde. Nach drei Jahren Kampf hatten die ArbeiterInnen in Morón im Bundesstaat Cacabobo den Betrieb »zurückerobert«. Die Regierung gab ihnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wer Betriebsdirektor werden sollte, und die ArbeiterInnen beschlossen, dass diese Aufgabe der Generalsekretär der Gewerkschaft übernehmen solle, damit die Kontrolle über den Betrieb gewährleistet bleibe. Willys Lago, ein Laborarbeiter, meint, dass er persönlich gelernt habe, »mehr Mensch zu sein«. Vor der Enteignung war er Angestellter und verstand sich als Untergebener, so wie ihm dies im Rahmen kapitalistischer Sozialisation vertraut war. Jetzt sähen sich alle als Gleiche an und teilten, was sie haben. Die Beschäftigten seien solidarisch auch mit anderen und hätten von ihren ersten Produktionsergebnissen vielen Schulen in der Gegend Unterrichtsmaterial für die Kinder zur Verfügung gestellt. Sie öffneten eine Schule am Ort, die bis dahin lediglich gegen Bezahlung Kinder unterrichtet hatte, für die Allgemeinheit. Jetzt gibt es eine »bolivarische Schule«, und jeder, der will, kann sich einschreiben und studieren. Die betriebsärztliche Versorgung steht auch den Anwohnern der Gemeinde zur Verfügung.

Aktuell versucht eine Gruppe von ArbeiterInnen aus Covimba, eine Fabrik in Valencia mit Namen *OXI* zu übernehmen. Die Arbeiter von *Invepal* unterstützen sie mit Lebensmitteln, Geld und den Produkten, die sie selbst produzieren. Die Solidarität aller ist erforderlich, um die Unternehmen zurückzugewinnen und Arbeitsplätze zu schaffen – am Anfang waren es 300 Arbeiter, zur Zeit sind 630 beschäftigt. Der Papierbetrieb versteht sich ebenfalls als »Unternehmen sozialer Produktion«. Er hat zur Unterstützung der Bildungsaufgabe verschiedene Missionen engagiert, die der vorherige kapitalistische Unternehmer nicht zugelassen hatte, mit dem Effekt, dass nach wenigen Monaten einhundert ArbeiterInnen ihre Ausbildung abschließen und ein Studium an der Universität aufnehmen konnten. Die ArbeiterInnen wünschen sich darüber hinaus sozialpolitische Bildungsmaßnahmen, um ihren Weg klarer erkennen zu können, und sie wollen die Verwaltung genauer kennen lernen, um die Arbeiterkontrolle gewährleisten zu können.In dem Papierbetrieb erhalten alle das gleiche Einkommen, und alle Ämter werden von der Arbeiterversammlung gewählt, berichtet Eleuerio Córdova, ein Gruppenkoordinator. Auch diejenigen, die im Papierbetrieb eine Arbeit aufnehmen wollen, werden von der Arbeiterversammlung gewählt. Überhaupt werden alle Entscheidungen, die getroffen werden, in der Arbeiterversammlung abgestimmt.

1.100 offene Experimentierfelder

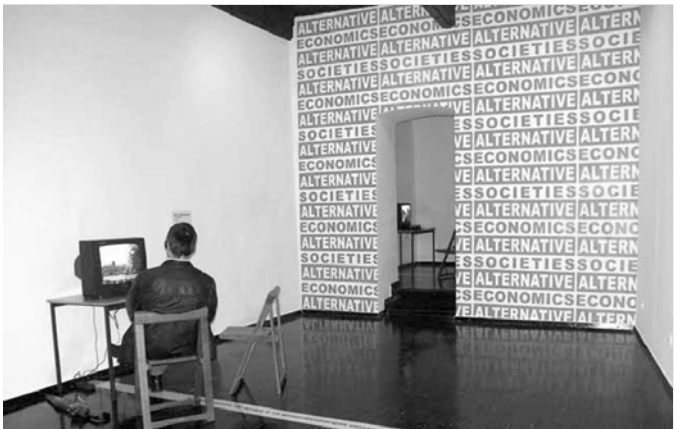
Mit den selbst- und mitverwalteten Fabriken – z. Zt. etwa 100 an der Zahl – soll ein Sozialismus »von unten« entstehen. Den fünf Fabrik-Modellen ist gemeinsam, dass sie ihren Gewinn in die umliegenden Orte, in die soziale, gesundheits- und bildungsfördernde Entwicklung investieren. Aus dem Wirken der FabrikarbeiterInnen heraus sollen neue soziokulturelle und politische Verhältnisse angestoßen werden. Die staatlichen Institutionen und die Verwaltungen von früher gelten als überholt, jetzt gilt es deshalb, »Parallelstrukturen« aufzubauen.

Den Kooperativen geht es bei ihrer Arbeit nicht um die finanzielle Bereicherung der Menschen. Gleichwohl soll aber auch genug Geld für eine gute Lebensqualität verdient werden, und niemand soll ausgebeutet werden. Deshalb verdient in jedem Betrieb jeder soviel wie der andere. Ziel ist ein würdevolles Leben und gesellschaftliche Teilhabe für alle, insbesondere aber die Möglichkeit für Kinder, eine bessere Ausbildung zu erreichen. »Regiert« werden die Kooperativen durch die jeweiligen Arbeiterversammlungen.

Im Kampf der SelbstverwalterInnen spielt die Kritik an den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Wie unter Nestor Kirchner in Argentinien hatte auch die vorherige venezolanische Regierung darauf gesetzt, die Gewerkschaften einzubinden, und eine von ihnen getragene »Partizipation« zu fördern. Auch jetzt noch erhalten die Gewerkschaften staatliche Kontingente an Produktionsbetrieben. Doch bei diesen Betrieben bleiben die pyramidalen Strukturen, der autoritäre Führungsstil und die Unterdrückung der ArbeiterInnen oft genauso wie früher erhalten, und die Arbeitsplätze werden verschachert. Die »bolivarischen Revolutionäre« verlangen von den Gewerkschaftsführungen, ihre einseitige Forderungshaltung aufzugeben und anzuerkennen, dass die ArbeiterInnen die ProtagonistInnen sind, die es zu unterstützen gilt. Ziel ist es, eine neue statt der korrupten alten Arbeiterbewegung herauszubilden. Die Gewerkschaften müssen überzeugt werden, dass die neue Form der Mit- und Selbstverwaltung die Chance in sich trägt, eine neue Gesellschaft aufzubauen und die venezolanischen ArbeiterInnen begonnen haben, ihr eigenes Schicksal zu definieren und zu gestalten.

All das, was jetzt durch die Übernahme der Betriebe in Arbeiterhand passiert, ist neu – die Wahl eigener Führungs-, Verwaltungs- und Kontrollgremien, die selbstorganisierten Besprechungen und Entscheidungen in den Arbeiterversammlungen der Kooperativen, die Form der gleichen Bezahlung bzw. Gewinnbeteiligung für alle. Alle selbst- und mitverwalteten Fabriken wollen so genannte »Unternehmen sozialer Produktion« werden. Insgesamt stehen noch zirka 1.100 Betriebe leer für dieses soziale Experiment.

Videoinstallation zum Film



Die themenspezifische Installation von Oliver Ressler »Alternative Economics, Alternative Societies« fokussiert unterschiedliche Konzepte und Modelle für alternative Ökonomien und Gesellschaften, deren Gemeinsamkeit die Zurückweisung des kapitalistischen Herrschaftssystems ist. Zu jedem Konzept wurde ein Interview geführt, aus dem im Rahmen des Projekts jeweils ein Video in englischer Sprache produziert wurde. Diese 20 bis 37 Minuten langen Einkanalvideos werden in der Ausstellung auf getrennten Monitoren gezeigt und bilden die zentralen Elemente der künstlerischen Installation. Siehe: www.ressler.at/content/view/3/lang,de_DE/

10.000 Chávez nutzen nichts...

In Venezuela gibt es keinen Sozialismus. Das sagen alle Protagonisten im Film. Allerdings wird in den Kooperativen und ihrer Umgebung – ja im gesamten Land und sogar in den Medien – eine rege Debatte darüber geführt, was Sozialismus sein soll, wie man sich Sozialismus vorstellt und wie man dazu kommt in einer kapitalistisch-globalisierten Welt.

Alexander Patino aus dem Kakaoprojekt sagt: »Für mich heißt Sozialismus in wenigen Worten: 'Liebe, Glücklichsein und soziale Gerechtigkeit'. Früher hatten wir so etwas nicht, ja wir wussten nicht einmal etwas davon. Seit Kolumbus hier ankam, haben andere, die uns alles – unser Land, unser Denken – weggenommen haben, über uns die Geschichte geschrieben. Jetzt haben wir im Rahmen unserer Verfassung erstmals die Chance, unsere Geschichte selbst zu schreiben.«

Die ArbeiterInnen, die in dem Film zu Wort kommen, sind sich bewusst, dass die Entwicklung eines Sozialismus im 21. Jahrhundert sehr schwer ist. Viele von ihnen unterstützen deshalb mit all ihrer Kraft die Regierung, die wegen ihres Weges Angriffen der Rechten ausgesetzt ist. Zugleich ist für die Verkaufsleiterin des Kakaoprojektes Juana Ruíz klar: »Der Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann nur gelingen, wenn das Volk glaubt, es kann den Sozialismus wirklich erreichen. Wenn das Volk das nicht glaubt, nützt es auch nichts, wenn 10.000 Chávez kommen.«

Gerade die Beschäftigten in den mit- und selbstverwalteten Betrieben sehen den Weg zum Sozialismus als eine der größten Herausforderungen der »bolivarischen Revolution« an. Sie meinen: »Wenn das Alte noch nicht gestorben und das Neue noch nicht geboren ist, dann müssen wir gemeinsam die neuen Produktionsverhältnisse voranbringen, stärken, begleiten.« Wesentlich ist für sie die Erlangung von Wissen – und eine Wissensgesellschaft im wahrsten Sinn des Wortes.

Die Präsidentschaft von Chávez wird als eine Garantie gesehen, die sie auf ihrem Weg zum Sozialismus begleiten wird, oder, wie es einer der Arbeiter aus der Ketchupfabrik sagt: »Wir denken nicht wie Hugo Chávez. Aber Hugo Chávez denkt wie wir. Deshalb ist er dort, wo er ist. Und dass er da bleibt, dafür werden wir sorgen!« Dies ist eine sehr deutlich Kampfansage an alle Bestrebungen, die venezolanischen ArbeiterInnen auf ihrem Weg aufzuhalten.

Der Dokumentarfilm ist ein wichtiger Beitrag dazu, den arbeitenden Menschen zu zeigen, dass sie genügend Potenziale haben, das Eigentum, die Produktion, die Verteilung und die sozialen Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Der Film gibt den Mut zurück und unterstützt das Selbstvertrauen, dass der Gedanke von einer anderen als der kapitalistischen Gesellschaft in Venezuela und in anderen Ländern nicht ausgeträumt ist, sondern die Menschen überall in der Welt sich zu unterschiedlichen Zeiten auf den Weg machen, weil sie vom menschenfeindlichen System des Kapitalismus einfach genug haben.●

Film: »5 Fabriken. Arbeiterkontrolle in Venezuela« von Dario Azzellini und Oliver Ressler, 81. Min., 2006, DVD mit allen drei Versionen (Original Spanisch, mit englischen, deutschen und katalanischen UT), 35 Euro privat/ 70 Euro für Institutionen.
Bestellung über: dnapress@gmx.net

erschienen im express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7-8/06

ARGENTINIEN – IM GANZEN LAND ENTDECKEN ARBEITERiNNEN DIE SELBSTVERWALTUNG

Eroberte Fabriken

Schokolade, Vanille und Dulce de Leche – es duftet nach Glace. Vierzig VertreterInnen von den »Fabricas Recuperadas«, den zurückeroberten Fabriken, haben sich bei ihren KollegInnen von der Glacefabrik Ghelco versammelt. Zusammen wollen sie vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires die Öffentlichkeit informieren – und Druck auf den Senat ausüben. Denn dieser ist die letzte Hürde auf dem Weg zur Reform des Konkursrechts, das Fabrikbesetzungen legalisieren und die Belegschaft bei einem Firmenkonkurs den KreditgeberInnen gleichstellen soll.

Fotos von Andres D'Elia auf dieser Seite aus »The Take«, Dokumentarfilm 2004, Silva Basmajian, Naomi Klein, Avi Lewis

Von Jürgen Vogt, Buenos Aires ● »Die Genehmigung für die Informationsstände liegt vor. Kommt in Arbeitskleidung und bringt alles mit, was ihr vorzeigen könnt«, sagt Luis Caro, der Präsident der nationalen Bewegung der ArbeiterInnen, die »ihre« Fabriken nach dem Bankrott wieder flottgemacht haben. In Argentinien gibt es gegenwärtig etwa 120 Fabricas Recuperadas, davon sind 80 in einer nationalen Bewegung zusammengeschlossen. Dazu gehören etwa Metallfabriken, Motorenwerke, ein Krankenhaus und eine Zeitung.

Ignacio Gallo von der Fabrik *Cristales San Justo*, einer Produktionsstätte für Autoteile, lächelt. Soll er bei den Ständen wirklich Autoscheinwerfer auslegen? Die Erfolgsgeschichte der Kooperative begann vor vier Jahren. Doch zuerst kam im Jahr 2001 der Zusammenbruch, parallel zum Kollaps der argentinischen Wirtschaft. Über Nacht war die Fabrik stillgelegt worden, der Besitzer tauchte nicht wieder auf. »Im September 2002 haben wir die Fabrik wieder in Betrieb genommen, mit der Erlaubnis des Richters«, sagt Gallo. »Doch vorher mussten wir Papierkram erledigen, um die Kooperative zu gründen.« Mittlerweile hat die Provinz Buenos Aires die Fabrik offiziell enteignet und den ArbeiterInnen übergeben. Doch noch hat die Kooperative sie nicht gekauft.

Mit vierzig MitarbeiterInnen haben sie angefangen, heute arbeiten hier 54 Personen. Alle erhalten den gleichen Lohn, 2000 Pesos monatlich (etwa 500 Euro). Von Montag bis Freitag wird täglich neun Stunden gearbeitet. Einmal im Monat ist Betriebsversammlung. »Uns geht es besser als im vergangenen Jahr«, sagt Gallo. »Wir arbeiten hart und suchen ständig nach neuen Absatzmöglichkeiten im Ausland.« In Frankfurt fand im September die Automechanika statt, die Internationale Messe der Automobilwirtschaft mit 4.500 AusstellerInnen aus 70 Ländern. Mit dabei war *Cristales San Justo – Cooperativa de Trabajo* als weltweit einzige Fabrica Recuperada.

Der Anfang

»Angefangen hat alles im August 2000«, erinnert sich Luis Caro: In Avellaneda machten – wie an vielen Orten im Land – die Fabriken dicht. Die Stadt liegt in der Provinz Buenos Aires, in einer Gegend mit viel Industrie. Unternehmen mit 1.000 oder 1.500 ArbeiterInnen waren hier keine Seltenheit.

Caro war damals Delegierter der Sozialpastorale der katholischen Kirche, seine Frau arbeitete in der Kommunalverwaltung. Die ArbeiterInnen aus den stillgelegten Betrieben gingen zur Kommunalverwaltung und fragten um Rat. Caros Frau schickte sie zu ihrem Mann. »Ich hatte bereits Erfahrungen mit Kooperativen gemacht«, sagt Caro. »Viele Menschen besetzten damals brachliegendes Gelände und bildeten eine Hausbaugenossenschaft. Der Staat enteignete das Gelände und übergab es den Besetzern. Bei den Fabriken wollten wir gleich vorgehen.«

Allerdings konnten sich die ArbeiterInnen anfänglich eine autonome Lösung gar nicht vorstellen. Caro: »Sie glaubten, dass ein neuer Besitzer ihre Fabriken übernehmen würde.« Auch die PolitikerInnen und die Gewerkschaften nahmen diese Haltung ein. »Alle waren damals der Meinung, Kooperativen würden nicht funktionieren.« Doch schon im Frühling 2001 hatten vier Fabriken wieder mit der Produktion begonnen. Und Ende 2001 waren es bereits dreißig. Diese Entwicklung führte schließlich zu einer nationalen Bewegung.

Selbstverwaltung ist lernbar

Aufgeräumt und verlassen wirkt *La Forja*, die ehemals zweitgrößte Schmiede des Landes. Vor dem Eingangstor döst ein Hund. In der Metallfabrik in San Martin waren einst 450 ArbeiterInnen mit der Produktion von Motorteilen beschäftigt, heute sind es noch dreißig. »Wir nannten uns la segunda forja, die zweite Schmiede«, erzählt der sechzigjährige Oscar Andrada, ein ehemaliger Abteilungsleiter. »Unsere Produkte waren international bekannt und wurden nach Europa und in die USA geliefert.« Der Zusammenbruch kam nicht über Nacht: Die Belegschaft – am Ende noch 120 MitarbeiterInnen – war informiert. Als 2001 ein Großkunde wegbrach, war Schluss.

Nach der Pleite 2001 war die Fabrik zunächst verlassen. Dann ging sie an die staatliche Konkursverwaltung. Wachen stellten sicher, dass nichts wegkam. Vor drei Jahren übernahm schließlich die Kooperative *La Forja San Juan* den Betrieb. »Wir hatten damals keinen Peso«, sagt Andrada, »es war vor allem ein Lernen, wie alles geht, von der Buchhaltung bis zum Entwurf eines neuen Eisenteils, von der Analyse der Marktchancen über Behördengänge und die Kundensuche. Manchmal hatten wir Glück und manchmal nicht.«

Formal gehört die selbstverwaltete Fabrik zwar immer noch der Provinz Buenos Aires. Doch der Kooperative wurde während zehn Jahren ein Vorkaufsrecht eingeräumt.

Ein ähnliches Schicksal ereilte die Textilfabrik *Brukman*, die sich heute *Cooperativa de Trabajo 18 Diciembre* nennt. Brukman ist in Argentinien eine renommierte Marke für Herrenbekleidung. Bis zu 400 MitarbeiterInnen produzierten hier einst Anzüge und Hosen. An Weihnachten 2001 machte sich schließlich der Fabrikbesitzer aus dem Staub, die Belegschaft wartete vergeblich auf ihren Lohn. Trotzdem arbeitete sie weiter, bis zur ersten Räumung im März 2002. Ein halbes Jahr später folgte die zweite, auch wieder auf richterliche Anweisung, denn die ArbeiterInnen hielten sich illegal in der Fabrik auf. Als die Behörden Brukman im April 2003 zum dritten Mal räumen wollten, wehrten sich die ArbeiterInnen. Sie blockierten die Fabrik und ließen sich auch nicht durch Schlagstöcke und Tränengas vertreiben. Heute gehören die Maschinen und der Markenname Brukman in Form einer Leihgabe der Kooperative, das Gebäude gehört weiterhin der Regierung. Siebzig Personen zählt die Belegschaft bei Brukman, davon sind knapp die Hälfte Frauen.

»Für viele ArbeiterInnen bedeutete die Selbstverwaltung den Ausweg aus der Misere. In vielen Fällen, in denen die ArbeiterInnen auf staatliche Unterstützung oder einen privaten Investor warteten, standen sie am Schluss mit leeren Händen da«, zieht Caro Bilanz. Doch er bleibt realistisch, was die Bedeutung der selbst verwalteten Betriebe in der argentinischen Wirtschaft betrifft. »Wir werden wohl in der Minderheit bleiben«, sagt Caro. »Doch immerhin gehören die Fabricas in einigen Bereichen zu den Marktführern.« Und wenn man sehe, dass es vor sechs Jahren noch keine Fabrica Recuperada gegeben habe, sei dies eine große Leistung. Die ArbeiterInnen der zurückeroberten Fabriken haben laut Caro eine wichtige Erfahrung gemacht: »Vorher waren sie abhängige Arbeiter und Arbeiterinnen – heute betreten sie den Betrieb als Unabhängige. Früher wurde eine Fabrik zugemacht. Heute gibt es dazu eine Alternative.«

»Die Fabriken gehören uns«

Die Wirtschaftskrise hatte in Argentinien zu einer Aufhebung der Dollarbindung des Pesos und einer starken Kapitalflucht ins Ausland geführt. Auf dem Höhepunkt der Rezession wurden nach dem Jahr 2000 Tausende Fabriken im ganzen Land geschlossen. Betroffene ArbeiterInnen begannen daraufhin ihre Fabriken zu besetzen und in Selbstverwaltung weiter zu produzieren. Bereits kurze Zeit später schlossen sich 80 der 120 Fabrik-Kooperativen zum *Movimiento Nacional de Fabricas Recuperadas por los Trabajadores* (MNFR) zusammen, einer landesweiten Bewegung für instand besetzte Fabriken.

Um Mitglied bei der nichtstaatlichen Organisation MNFR zu werden, müssen die ArbeiterInnen ihre Fabrik zurückgewinnen, wieder in Betrieb nehmen und eine horizontale Organisationsstruktur mit Einheitslöhnen aufbauen. Gemäß Luis Caro, dem Präsidenten der MNFR, setzt die Bewegung sich aber nicht nur gegen Räumungen von besetzten Fabriken zur Wehr, sondern nutzt auch den Rechtsweg. So kann die Regierung, gestützt auf ein Konkurs- und Enteignungsgesetz, die FabrikbesitzerInnen enteignen, ihnen eine Abfindung zahlen, KonkursverwalterInnen einsetzen und auch die Verpflichtungen gegenüber GläubigerInnen übernehmen. Im Anschluss daran überlässt die Regierung die Fabrik dann den ArbeiterInnen. Bis heute hat der Staat aber noch an keine der ehemaligen BesitzerInnen etwas ausbezahlt.

Die Mitglieder der MNFR fordern bereits seit Jahren eine Reform des Konkursrechts. Eine in Konkurs gegangene Firma soll nicht einfach geschlossen, sondern automatisch an die ArbeiterInnen weitergegeben werden. Zudem bevorzugt das geltende Recht zurzeit noch Banken und andere GläubigerInnen, die im Konkursfall einen Anspruch auf hundert Prozent der ausstehenden Schulden plus Verzinsung haben und dies aus der Konkursmasse beziehen dürfen. Ihnen gegenüber stehen die ArbeiterInnen, denen nur die Hälfte ihrer Löhne zusteht, ohne Zinsen. Wird das Gesetz geändert, »hätten viele Kooperativen die Chance, ihre Betriebe zu kaufen«, sagt Luis Caro. Das Abgeordnetenhaus hat der Reformvorlage bereits zugestimmt, der Senat ist die letzte Hürde.

Heute gibt es in Argentinien über 5.000 geschlossene Betriebe. Mit einer Reform der Gesetze könnten so in kurzer Zeit 500.000 Arbeitsplätze entstehen. Das sei ein realistisches Projekt, sagt Caro: »Die Fabriken sind da und die Arbeiter vorhanden.« Das Schwierigste sei jedoch, die ArbeiterInnen selbst davon zu überzeugen, dass sie in der Lage sind, ihre Fabrik in Eigenverantwortung zu betreiben.●

Erschienen in der WOZ vom 19.10.2006, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung

Fragen zur Solidarischen Ökonomie

Solidarische Ökonomie

Reform oder Raiffeisen?

Ist die Solidarökonomie eine »andere Wirtschaft« innerhalb des Kapitalismus? Ist sie der erste Schritt in eine »andere Welt«, die sich nicht länger auf Geldbeziehungen fixiert? Oder bloß ein Kind der Not? Ende November hat der Kongress »Wie wollen wir wirtschaften?« in Berlin solche Fragen aufgeworfen. Der VSA-Verlag publizierte dazu vorab einen Reader.

Andreas Exner ● Der Schluss, dass eins die Solidarische Ökonomie vergessen könne, weil es schon früher Wellen ähnlicher Initiativen gab – und die, wir wissen es doch, sind allesamt gescheitert – ist reichlich kurz. Denn zumindest zweierlei ist heute anders. *Erstens* ist die Solidarische Ökonomie um die Erfahrung ihrer Grenzen und des Scheiterns früherer Ansätze reicher, *zweitens* trifft sie heute auf gänzlich veränderte Umstände. So ist die Solidarische Ökonomie des 21. Jahrhunderts, im Unterschied etwa zu den Alternativbetrieben der 1970er Jahre, selten eine Spielwiese für Leute, die aus freien Stücken einem Normalo-Job den Rücken kehren.

Hinzu kommt, dass sich auch das diskursive Umfeld gehörig gewandelt hat. Das Denken nach dem Motto Tina – *»There is no alternative«* (Margret Thatcher) – knüppelt heute jede Kritik, die mehr und anderes sein will als eine Flaschenpost für bessere Zeiten, nieder. Die Solidarische Ökonomie ist deshalb nichts weniger als der »lebendige Zweifel an der These vom Ende der Geschichte, an dem es 'keine Alternativen' mehr gäbe« (Solidarisches Wirtschaften, S. 19, in: Solidarische Ökonomie, 2006) – Elmar Altvater bringt es auf den Punkt.

Solidarökonomie, was ist das?

Der Begriff der Solidarischen Ökonomie ist unscharf. Im Grunde sind darin alle materiellen Praxen repräsentiert, die den neoliberal-kapitalistischen Imperativen mehr oder weniger widersprechen. Der Kongress-Reader mit dem Titel »Solidarische Ökonomie« behandelt dementsprechend eine Vielzahl ganz unterschiedlich verfasster ökonomischer Strukturen: Mitteleuropäische Genossenschaften und solidarökonomische Betriebe in Lateinamerika werden ebenso dazu gezählt wie Fair-Trade-Unternehmen, selbstverwaltete Betriebe des sozialistischen Jugoslawien und vieles mehr.

Was also ist nun eigentlich Solidarität? Altvater fasst den Begriff primär negativ: »Das Prinzip der *Solidarität* (...) ist den Prinzipien von Äquivalenz (und Reziprozität) (...) entgegengerichtet« (S. 17, a.a.O.). Wir dürfen unter Solidarität demnach eine Beziehung verstehen, die weder auf dem Prinzip äquivalenten, also *gleichwertigen* Tausches beruht wie auf dem Markt – »Ich gebe dir 5 Euro, du gibst mir Waren im Wert von 5 Euro« – noch auf dem Prinzip der reziproken Gegengabe, der Wechselseitigkeit des »Ich gebe dir, du gibst mir« (vgl. E. Altvater, Das Ende des Kapitalismus, 2005, S. 180ff.). Solidarität und Fairness gingen dagegen »vom gesellschaftlichen Kollektiv und nicht von Individuen und ihren marktvermittelten Beziehungen aus« (Solidarisches Wirtschaften, S. 17).

Paul Singer, Staatssekretär für Solidarische Ökonomie in Brasilien und häufiger Gewährsmann in der mitteleuropäischen Debatte, gibt seinerseits folgende Definition: »Das solidarische Unternehmen lehnt die Trennung zwischen Arbeit und Besitz der Produktionsmittel (...) ab« (Solidarische Ökonomie in Brasilien heute, S. 1; Abruf: www.solidarische-oekonomie.de). Nachdem die genannte Trennung laut Paul Singer »anerkanntermaßen die Grundlage des Kapitalismus« (a.a.O.) ist, hält er die Solidarische Ökonomie nicht für kapitalistisch. Das »solidarische Unternehmen besteht grundsätzlich aus Arbeitern, die nur in zweiter Linie auch seine Eigentümer sind« (a.a.O.). Deshalb, so Singer, »ist ihr Zweck auch nicht die Maximierung des Profits, sondern die Maximierung der Menge und der Qualität der Arbeit« (a.a.O.). Die Verwaltung des Unternehmens erfolge gemeinschaftlich. Um gleiche Entscheidungsrechte zu garantieren, sei auch das Eigentum am Betrieb unter den Arbeiterinnen und Arbeitern gleich verteilt.

Nachfragen zur Theorie

Schon allein der Diskurs der Solidarischen Ökonomie verweist darauf, dass einige der realen Bedingungen und tatsächlichen Erfordernisse emanzipativer Praxis mittlerweile breiter wahrgenommen werden. Doch wenn es um das gesellschaftliche *Strukturwissen* geht, um die Frage also, wie jene Produktionsweise zu verstehen ist, von der wir uns emanzipieren wollen, so zeigen sich einige Defizite. Diese wirken auf das Verständnis der Solidarökonomie selbst zurück, darauf also, wie wir ihre Potenziale und Grenzen begreifen, ihre Perspektiven und Gefahren einschätzen.

Deutlich illustriert dies – stellvertretend für andere – der Beitrag von Gabriele Herter, »Die 'unsichtbare Hand' in der Selbstverwaltung« (S. 22ff., in: Solidarische Ökonomie). »Selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften haben andere Ziele als traditionelle Unternehmen«, meint die Autorin, »sie sehen sie nicht in irgendwelchen Ableitungen vom Prinzip der Profitmaximierung wie der Eingliederung in den Weltmarkt, Erhöhung des Exports, Rentabilität usw.« (S. 23). Gleichzeitig verteidigt Herter den Markt als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Sie führt ins Treffen, dass der Staat sich »in der Rolle des idealen Organisators der sozialen und gesellschaftlichen Dienstleistungen (...) nicht als besonders effizient erwiesen« habe (a.a.O.). Den Umkehrschluss, der Markt sei also der bessere Organisator, möchte Herter mit dem Verweis auf Karl Polanyis berühmte Studie »The Great Transformation« (1944) stützen. Darin beschrieb Polanyi die Durchsetzung der Marktwirtschaft als eine »Entbettung des Marktes aus der Gesellschaft«. Voraussetzung dieser Entbettung war laut Polanyi, dass Arbeitskraft, Boden und Geld die Form von Waren annahmen. Dieser Annahme gemäß wäre der Markt als solcher zu begrüßen, abzulehnen hingegen lediglich in jener Form, die er im Zuge seiner »Entbettung« angenommen habe. Weiters meint Herter, dass in genossenschaftlichen Strukturen »der Arbeitsmarkt praktisch abgeschafft« ist (a.a.O.) und behauptet: »Diese theoretischen Überlegungen können anhand jedes kooperativen Dachverbands in der Welt verifiziert werden« (S. 24, a.a.O.). Genossenschaften wie die baskische *Mondragon*, die laut Altvater »außerordentlich wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt operieren« (Solidarisches Wirtschaften, S. 18, a.a.O.), würden die genannten »theoretischen Überlegungen« allerdings nach Herters eigenen Kriterien falsifizieren. Noch krasser gilt dies etwa für den Fall von Fair Trade – *per se* ein Weltmarkt-Akteur.

Herter geht, von Polanyi angeregt, davon aus, dass ein intakter oder doch ohne weiteres rekonstruierbarer menschlicher Zusammenhang einen davon »entbetteten« Markt wieder zähmen und dienstbar machen könne und müsse. Übersehen wird dabei aber, dass die gegenwärtige Form von gesellschaftlichem Zusammenhang gerade in der Vermittlung der Individuen über den Markt besteht, ja dass erst die Durchsetzung des Marktes als der allgemeinen, eigentlich einzig allgemeinen Vermittlungsweise und Beziehungsform »Gesellschaft« im modernen Sinn geschaffen hat. Eine Gesellschaft mit einer spezifischen, allein gesamtgesellschaftlich gültigen Handlungsform – Kauf und Verkauf – sowie einer entsprechenden Handlungsrationalität – Streben nach billigem Kauf, teurem Verkauf und nach monetärem Gewinn.

Die Solidarische Ökonomie will sich zwar am Gebrauchswert orientieren und weist die Profitmaximierung – jedenfalls als Ziel an sich – zurück. Solange jedoch solidarwirtschaftliche Betriebe *Waren* produzieren oder verkaufen, ist das nicht selten ein Spagat. Er wird spätestens dann zur Zerreißprobe, wenn die Konkurrenz zwischen den solidarökonomischen Einheiten objektiv erzwingt, was übliche kapitalistische Unternehmen auch subjektiv wollen; sei es, weil die institutionellen und sozialen Vorkehrungen gegen den harten Trend des abstrakten ökonomischen Werts, sich über die Gebrauchswertorientierung hinwegzusetzen, versagen (was erfahrungsgemäß leicht geschieht); sei es, weil das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachlässt oder einbricht. In einer weitergehenden Perspektive ist deshalb die Frage zweifellos *entscheidend*, wie sich solidarökonomische Betriebe vernetzen können, wie der *gesellschaftliche* Stoffwechsel, zumindest einmal innerhalb des »solidarischen Sektors«, bewusst zu organisieren ist – ohne den Fehlschlag einer staatlich geplanten Warenproduktion zu wiederholen, aber auch ohne die bekannten Probleme der Marktvermittlung zu reproduzieren.

Anne-Britt Arps und Raul Zelik ist daher zuzustimmen: »Das Ende marktförmiger Vergesellschaftung ist Grundlage für jedes sozialistische Projekt. Markt und Geld können jedoch nicht einfach abgeschafft werden, sondern müssen durch alternative Formen von Vergesellschaftung ersetzt werden« (Mit, im und gegen den Staat, S. 124, in: a.a.O.). Dass dies weder mittels Verstaatlichung noch durch einen bloßen »Aufbau von unten« gelingen kann, wie Arps und Zelik vermerken, macht offenbar die besondere Schwierigkeit einer post-kapitalistischen Agenda aus, für deren Umsetzung die Solidarische Ökonomie zu untersuchen und weiter zu entwickeln ist.●

Andreas Exner ist Redakteur der Zeitschrift »Streifzüge« (www.streifzuege.org)

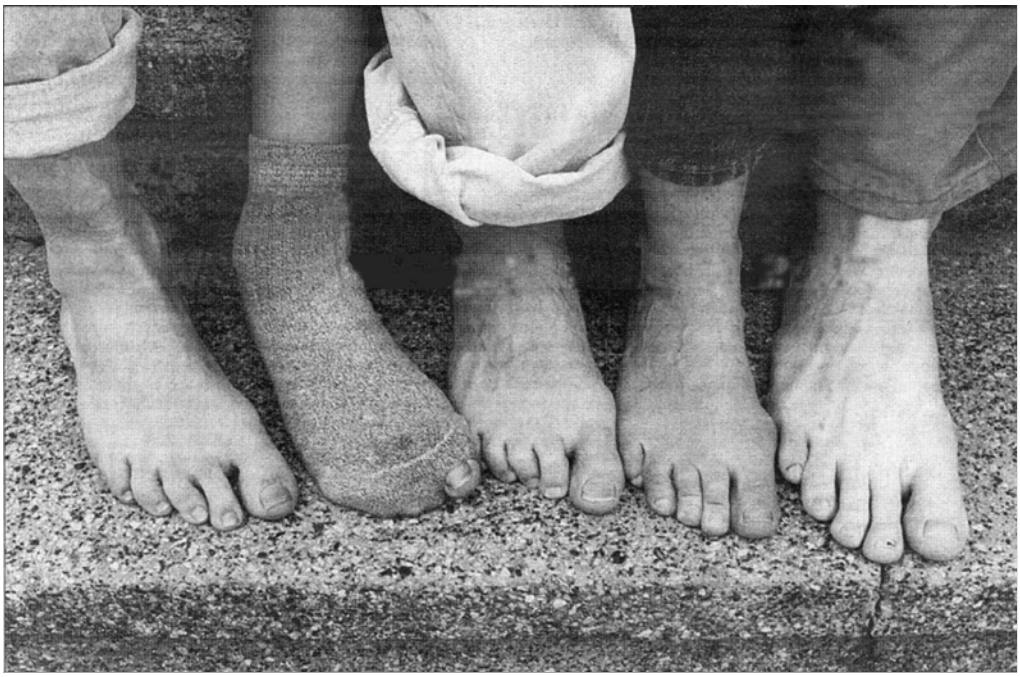


Foto: Detlev Schilke

Kongress »Solidarische Ökonomie« wirkt weiter:

Serviceknoten für ein Kommunikationsnetz von Solidargemeinschaften gebildet!

In einem Workshop mit ca. 30 TeilnehmerInnen wurde auf dem Kongress in Berlin die »Möglichkeit geprüft, einen Serviceknoten herzustellen, der sich für die Kommunikation zwischen bestehenden Solidargemeinschaften verschiedenster Art, sowie einzelnen Personen einsetzt .« (aus dem Kongress-Reader, S..59)

Schnell wurde Einigkeit darüber erzielt, dass es sowohl einen wirklichen Ort der Förderung der Verbindungen, als auch einen Platz im Internet geben solle.

Dieser Ort soll die Kommune Niederkaufungen bei Kassel sein. Es wurde verabredet, dass die dort im Sinne einer landesweiten Koordination Tätigen tatkräftig von allen aktiven Gruppen unterstützt werden. In Niederkaufungen findet Anfang 2007 ein erstes Treffen des »Serviceknotens« statt! Im Internet steht demnächst eine Homepage für alle Interessierten zur Information und zur aktiven Mitgestaltung offen. Auch eine Liste von ReferentInnen für verschiedenste Themen soll dort aufgebaut werden.

Die schon vorhandenen Teilnetzwerke (z.B. Netzwerk politische Kommunen, Lebensgemeinschaften, Wohnprojekte, Umsonstläden, Tauschringe, Genossenschaften usw.) sind herzlich gebeten, sich mit einbringen. Für die Kosten des Serviceknotens sollen Gelder eingeworben werden. Aber möglichst viele der nötigen Aktivitäten (z. B. die Aktualisierung der Infos über die beteiligten Gruppen) sollen dezentral ohne Geld geleistet werden.

Menschen überall im Lande, die sich über eine der bestehenden Initiativen informieren oder selbst eine gründen wollen, können bald in Niederkaufungen und auf der eröffneten Internetseite erste Kontakte und einen Überblick über die schon bestehenden Aktivitätsmöglichkeiten finden.

Die auf dem Kongress sichtbaren Diskussionen (z.B. darüber, wie marktreformerisch oder grundlegend marktkritisch sich der Zusammenhang solidarischer Ökonomie entwickeln soll, könnten in einer freundlich-solidarischen Weise, auf Grundlage praktischer Verbindungen fortgesetzt werden. Das Bedürfnis nach einer alltagspraktischen Wirksamkeit und gesellschaftsweiten, gemeinsamen Sichtbarkeit der vielfältigen Ansätze wurde auf dem Kongress deutlich.

Vorläufiges Kongress-Wiki für den Serviceknoten:
www.solidaroekonomiewiki.de.vu

Adresse:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
E-Mail: info@kommune-niederkaufungen.de

Ein Diskussionsbeitrag

Solidarische Ökonomie

Thesen für eine solidarische Ökonomie

Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg

1. Die Versuche seit der Pariser Commune den Kapitalismus zu überwinden, sind nicht gelungen. Die Aufgabe, eine durch die Menschen aktiv getragene Wirtschaftsweise zu entwickeln, sodass die Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Zusammenhang selbst bestimmen, ist noch nicht ansatzweise gelöst. Das wird vielleicht noch einige Generationen benötigen. Doch die Art und Weise, wie die verschiedenen Versuche an bestimmte Grenzen gestoßen sind, ermöglicht wichtige Erkenntnisse darüber, wie diese Aufgabe gelöst werden kann.

Dort, wo Menschen den bisherigen »Staatsapparat« übernahmen, konnten die wirklichen, lebendigen Menschen ihre Lebensumstände nicht schrittweise in die eigenen Hände nehmen. Die traditionellen »linken« Konzepte und Parteien bauten auf **erziehungsdiktatorischen** Vorstellungen auf. Sie waren nicht auf kritisch-kontroverse, langfristige, **freiwillige** Aktivierung aus. Im »Arbeiter- und Bauernstaat« hatten die hiermit Angesprochenen keinen bestimmenden Einfluss und er war auch gar nicht vorgesehen. Niemand sollte nach diesen Erfahrungen, die bis zum Stalinismus führten, zu seinem vermeintlichen Glück genötigt oder gar gezwungen werden.

2. Auch die Versuche, nichtkapitalistische Lebens- und Wirtschaftsweisen »von unten« zu entwickeln, konnten bisher von der Warenwirtschaft wieder vereinnahmt werden. Gerade deshalb ist es hilfreich, sich die Geschichte dieser Versuche genauer anzusehen. Schon die klassischen Produktiv- und Konsum**genossenschaften** des neunzehnten Jahrhunderts wurden schnell von den Marktkräften aufgesogen. Im Markt hielten sich viele noch Jahrzehnte, teilweise bis in die Gegenwart. Aber die allermeisten Genossenschaften stehen keineswegs für eine »Keimform« einer menschlicheren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie wollen keine andere als die bestehende und haben mit dem Marktbezug, mit Ware, Geld, Kapital und darauf aufbauender Staatlichkeit ihren (oft unausgesprochenen) Frieden geschlossen. Berufsrepräsentanten bestimmen weitgehend den Ablauf dieser Organisationen, egal, ob die »Genossen«, gerade etwas mehr oder weniger »mitbestimmen«. Das liegt aber nicht an der Organisationsform der Genossenschaft. Diese Form könnte auch zur Herausbildung einen gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftssektors mit dienen. Im Gegensatz zu den völlig angepassten Genossenschaften gibt es die **Sozial- und Selbsthilfegenossenschaften** mit einem **reformerisch**-prokapitalistischen Selbstverständnis. Diese gilt es in eine Debatte um einen neuen solidarwirtschaftlichen Sektor herzlich mit einzubeziehen!

3. Die »Alternativbewegung« der 70er bis 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, auch mancher ehemals besetzte und von der Belegschaft übernommene Betrieb, wiederholte in wenigen Jahren die Marktanpassung der traditionellen Genossenschaftsbewegung. Keiner der tausenden von Ansätzen hatte ein waren- und geldkritisches Grundverständnis. Man wollte sich einfach als »Kollektiv«, anfangs ohne innere Hierarchien, »am Markt bewähren«. In ca. zwei bis zehn Jahren waren daraus ganz »normale« Betriebe und Läden geworden. Weil »der Markt« es erforderte und Wertdenken und die Bereitschaft sich unterzuordnen und kaum Verantwortung zu übernehmen ohnehin verinnerlicht waren, entstanden die Hierarchien wieder neu. Die allerwenigsten Beteiligten kümmerten sich um die politischen Ansprüche ihrer Gründungsphase. Die »Alternativbewegten« hatten die Anpassungszwänge ihres eigenen Marktbezuges gewaltig unterschätzt. Trotzdem gibt es auch heute noch massenhaft Leute, die »solidarische Ökonomie« mit dem gemeinsamen Bedienen des ganz gewöhnlichen Warenmarktes verwechseln oder zumindest für problemlos vereinbar halten. Da, wo die Alternativbewegung sich nicht in den Markt integriert hat, wurde sie vom Staat abhängig (staatlich bezahlte Stellen, ABM-Stellen bis zu den 1-Euro-Jobs.), mit ebenso fatalen Konsequenzen (interne Hierarchien, Aufgabe des kritischen Ansatzes). Abhängig von Staatsgeldern wurden die »sozialen« Projekte und Betriebe indirekte »Zuarbeitsvereine« für den »ersten Arbeitsmarkt«, für den sie wieder fit machen sollten.

4. Auch herrscht hier und da die Illusion vor, dass die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte in dieser Gesellschaft für sich genommen die Aufgabe einer neuen Gemeinschafts- und Gesellschaftsbildung »von unten« in ihren Anfängen fördern oder gar lösen könnte. Der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte (gerade in seinen jeweils modernsten Gestalten) ist fest in der Hand des Kapitals. Die »modernen« Technologien sind durch ihre ständige Verwertung mit gestaltet. Der Fabber (ein sich in der Entwicklung befindender, universeller Kleinteile-Herstellungsapparat) bringt keine neuen gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Welt. Erst entwickeltere und miteinander praktisch verbundene waren- und wertkritische Gemeinschaften könnten überhaupt entscheiden, welche Technologien sie wie gestalten wollen. Alles andere dient nur weiter dem Markt und einer fortgesetzten Verselbständigung der menschlichen Wesenskräfte in Form von Arbeitskraft einsaugendem Kapital.

5. Die Dauerkrise der marktbezogenen Erwerbsarbeit (Lohnarbeit) ermöglicht und erzwingt gegenwärtig neue

Foto: Archiv

Initiativen einer bewusst betriebenen Nachbarschaftshilfe, gegenseitiger Hilfe, auch des gemeinschaftlichen Marktbezuges. Jedoch kapitalismusüberwindende keimhafte Ansätze entstehen nur dort, wo **bewusst** versucht wird, einen nicht waren- und wertbezogenen **»Innenraum«** zu schaffen, also einen vom allgemeinen Markt sorgfältig abgetrennten Erfahrungs- und Beziehungsraum. Ob Genossenschaft oder Kommune, ob lose Gruppe oder eingetragener Verein: Die Rechtsform der jeweiligen Vereinigungen kann sich nur sinnvoll auf den anfangs wahrscheinlich noch nötigen Marktbezug dieser experimentellen Gebilde beziehen. Eine wachsend sich selbst kritisch gestaltende Gemeinschaft braucht diese Formen nicht mehr. Wem der Markt »das ganze Leben« bedeutet, der oder die soll sich darin erschöpfen. Wem das jedoch nicht genügt, wer einen praktischen Ausweg aus dieser Wertvergesellschaftung sucht, sollte nicht all ihre/seine Lebenskraft, alle Neigungen auf den Markt werfen, sondern sie ohne Hast und Eile diesem solidarischen »Innenraum« und damit in einem tieferen Sinne sich selbst gönnen.

6. Nötig ist es also, **zweigleisig zu verfahren**: *Einerseits* müssen die allermeisten Menschen noch mit ihrer Arbeitskraft auf den Markt gehen, um sich lebensnotwendige Dinge (Wohnung, Lebensmittel...) kaufen zu können. Auch dabei kann man sich auf verschiedene Weisen helfen. *Andererseits* sollten die verschiedenen Ansätze (egal ob Kommune oder Wohnprojekt, Hausgemeinschaft oder Erwerbslosengruppe, Projektgemeinschaft, Umsonstladen oder Genossenschaft ...) ausdrücklich und bewusst einen Bereich schaffen, in dem sie anfangen, unmittelbar füreinander praktisch-solidarisch zu wirken! Dann können sie, so wie wir es hier in Hamburg angefangen haben, die Früchte dieses Wirkens den Aktiven dieser Gemeinschaften zur direkten Nutzung geben: **Kein Tausch, kein Wert, kein Geld, sondern Nutzen der Dinge und menschliche Kontakte!** Zu Konkretisieren wäre, wie im Bereich der zunächst noch nötigen Erwerbsarbeit ebenfalls eine entlastende gegenseitige Unterstützung organisiert werden könnte (z.B. halbwegs sinnvolle »Teilzeit-Erwerbsarbeit«).

7. In diesen solidarischen Innenräumen der Gruppen können kapitalismus-überschreitende Wirtschaftsbeziehungen entstehen Dort können in einem jahrelangen Prozess die menschlichen Eigenschaften wachsen, die nötig sind, um sich in solchen solidarischen Gruppen aktiv gestaltend einzubringen. Praktische Solidarität im Alltag ist erlernbar. Es ist jedoch nicht sinnvoll, sie einfach idealistisch vorauszusetzen. Die in jedem von uns verinnerlichten Wertverhältnisse können allmählich während vieler Jahre überwunden werden, wenn die auf ihnen beruhenden und von ihnen mit beeinflussten, »verarmten« persönlichen Beziehungen bewusst mit umgestaltet werden. Wir haben die Chance einer Alternative, wenn sich die Beziehungen unter uns im Alltag wirklich nach Jahren erkennbar als menschlicher erweisen, als im allgemeinkapitalistischen Umfeld (»Lebensqualität« in den »Keimformen«).

8. Wenn es den verschiedenen Ansätzen solidarischer, warenkritischer Ökonomie gelingt, praktische, **verabredete arbeitsteilige Beziehungen untereinander zu entwickeln**, kann sich aus »Inseln« der Solidarität in einem Meer von Konkurrenz ein **gesellschaftlicher Sektor** herausbilden, der sich allmählich von den Zwängen des Marktes ablöst.

9. Existenziell für ein Wachstum der verschiedenen Projekte ist u.a. ein **offener und solidarischer Umgang mit den Fehlern, Grenzen, Schwierigkeiten**, auf die die jeweiligen Gruppen stoßen. Wenn eine Teilunternehmung kriselt oder »scheitert«, sind diese Erfahrungen für alle Aktiven wichtig.

Genau zu wissen, warum etwas nicht funktioniert hat, ist **ein** entscheidendes Element, um Lösungswege für einen bewussteren, gemeinschaftlichen und schließlich gesellschaftlichen Zusammenhang entwickeln zu können. Also, **berichtet selbstbewusst und genau von euren**

Internationales Podium auf dem Kongress »Wie wollen wir wirtschaften?«

»Fehlern« und Entwicklungshemmnissen! Diese Grenzen, auf die wir jeweils stoßen, haben Ursachen. Die können wir erkennen, um unsere nächsten Schritte realistisch zu bestimmen, um unser Zusammenwirken zu verbessern. Siehe dazu die Berichte vom Berliner und Hamburger Umsonstladen in dieser CONTRASTE. – **Schickt weitere solche offenen, nicht »geschönten« Berichte über eure Erfahrungen!!**

10. Ein solidarischer Umgang miteinander im Alltag, eine Verbesserung der Lebensumstände durch gegenseitige Unterstützungen kann ein tragfähiger, gemeinsamer Nenner der recht unterschiedlichen Ansätze und Weltbilder sein. Jedoch wird es kaum möglich sein, ohne eine **sorgfältige Analyse dazu, was Waren, Geld und Kapital eigentlich sind**, einen Ausweg aus diesen Beeinflussungen zu finden. Die Vergesellschaftung über den Wert haben wir alle durch die zahllosen Kauf-Verkauf-Aktionen in unserem Alltag so tief verinnerlicht, dass wir diese immer wieder veräußerlichen würden, auch wenn man uns, beispielsweise auf einer vorher unbewohnten Insel, von diesen Umständen trennen würde. Als »Tanz um das goldene Kalb« wurde die Wertorientierung schon ansatzweise im »Alten Testament« der Bibel kritisiert.

Seit auch die menschliche Arbeitskraft global zur Ware geworden ist, hat diese Orientierung eine neue Qualität bekommen. Die Menschheit ist von den Marktbewegungen des Kapitals, des sich verselbständigenden sich selbst verwertenden Wertes, abhängig geworden. Das merken die meisten erst, wenn ihnen diese Art Arbeit dauerhaft entzogen wird. Diese Wertorientierung wächst überall dort wieder neu, wo Menschen ihren gesellschaftlichen Zusammenhang **nicht** bewusst gestalten.

Deshalb ist es eine Illusion, das Kapital »zähmen« zu wollen, ohne die wirkliche Bestimmung des gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhanges langfristig gewaltig zu entwickeln. Dabei spielt auch eine selbstbestimmte, kritische Bildung (vielleicht in Freien Volkshochschulen...) eine große Rolle... Wenn sich den Menschen ihr eigener gesellschaftlicher Zusammenhang in den Gestalten von Kapital, Ware und Geld verselbständigt hat, dann können sie doch anfangen, diesen Zusammenhang, ausgehend von ihrem alltäglichen Leben, direkter zu gestalten. Dann hat schließlich der Wert, das Kapital, auch wenn diese Kraft noch mächtig in dieser Welt ist, keine unmittelbare Bedeutung mehr für sie.

11. Eine **grundlegende, langfristige Demokratisierung der menschlichen Beziehungen**, also eine Bestimmung des gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhanges durch die Menschen selbst, kann sich *als neue Qualität* zuerst nur »mikrologisch« in (Klein-)Gruppen zeigen und sich von dort her allmählich gesellschaftlich auswachsen. Wer und wie viele der jeweiligen Gruppenmitglieder bestimmen wirklich den Ablauf und das Konzept des Gruppenlebens? Wer erledigt auch die nötigen, vielleicht unbeliebten Routinearbeiten? Wer redet nur und tut wenig? Das betrifft auch die Überwindung einseitiger geschlechtlicher Rollenteilungen! Ist es so, dass Männer viel reden und wenig tun? Das müsste nicht so bleiben. Gruppen können sich in einem selbstkritischen Bezug die Aufgabe stellen, die reale Bestimmungsgewalt in ihrem Gruppenleben allmählich auf eine wachsende Anzahl von Aktiven zu verlagern. Alle Versuche einer langfristigen Aktivierung in den Gruppen haben die Ausgangssituation, dass überall in unserer vorgefundenen Gesellschaft die vorherrschende Bestimmungsgewalt bei ganz wenigen faktischen Repräsentanten dieser Gruppen liegt. Erst die *Wahrnehmung und Anerkennung* dieser in fast allen Gruppen vorhandenen Herrschaft, dann die darauf aufbauende bewusste, überwindende Arbeit an dieser fest verankerten Struktur von Repräsentanten und Repräsentierten ermöglicht eine allmähliche Aktivierung und Auflösung dieser versteinerten Verhältnisse in lebendige, menschliche Aktivitäten. Schon B. Brecht kritisierte zielsicher: »Viele stehn im Dunklen und wenige stehn im Licht.« Erst wenn die vielen, welche in der bisherigen Menschheitsgeschichte im Dunkeln stehn, die die eigentliche Arbeit leisteten, durch tätiges Vertrauen auf ihre eigenen Kräfte sich in einem langen Entwicklungsprozess sichtbar machen, zerbricht dieses grundlegende Herrschaftsverhältnis. (Siehe zur weiteren Erklärung das Diskussionspapier im AK Lokale Ökonomie »Zur Kritik des Repräsentativsystems«.)

12. Ein wichtiger Vorläufer für ein Zusammenwachsen verschiedener unterschiedlicher Ansätze ist eine lebendige, kontroverse Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Marktökonomie. Ein **Serviceknoten** für viele verschiedene Projekte solidarischer Ökonomie entstand auf dem Kongress in Berlin. Hier können viele Einzelne, die noch keinen Gruppenansatz gefunden haben,

Fortsetzung nächste Seite

Wasser/Abwasser, Gesundheit & Wohnen

Solidarische Ökonomie

Alternativen zur Privatisierung der Daseinsvorsorge

Welche Erfahrungen mit der Selbstorganisation zur Erstellung lebensnotwendiger Güter und Leistungen gibt es – hier und anderswo? Sichern genossenschaftliche Strukturen nur Lösungen für die aktiv Beteiligten, oder können sie die flächendeckende Versorgung ganzer Bevölkerungen sicher stellen? Wo ist nach wie vor der Staat notwendig?

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Das *NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation* als Mitträger des Kongresses hatte drei Foren organisiert zu den Handlungsfeldern Wasser/Abwasser, Gesundheit und Wohnen. Anhand konkreter Beispiele wurde diskutiert, welche Potentiale selbstorganisierte Daseinsvorsorge beinhaltet, aber auch wo ihre Grenzen liegen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Es geht hier genau genommen nicht in erster Linie um die Frage der Privatisierung. Staatliche Unternehmen bergen das Risiko von Intransparenz und Korruption, so lange sie hinter verschlossenen Türen gemanagt werden. Jedoch gibt es weltweit eine Reihe von Beispielen sowohl für Staatsbetriebe mit Beteiligung von Gewerkschaften und VerbraucherInnen, als auch für öffentliche Kontrolle zum Beispiel durch Bürgerhaushalte wie im brasilianischen Porto Alegre. Die Debatte über öffentliche Alternativen organisiert sich im Netzwerk *»Reclaiming Public Water«*.

Demgegenüber sind selbstverwaltete Unternehmungen wie zum Beispiel Genossenschaften zwar privatwirtschaftlich organisiert, aber in Unternehmensformen, die durch die Interessen der NutzerInnen bestimmt werden, nicht durch die Gewinninteressen der AnteilseignerInnen. Entscheidend für die Qualität der Ver- und Entsorgung und für die Gestaltung der Preise bzw. Nutzungsentgelte ist also nicht, ob es sich um private oder staatliche Unternehmen handelt, sondern durch wen und in wessen Interesse die Wasserver- und Abwasserentsorgung durchgeführt wird.

Privatisierungen in gewinnorientierte Unternehmensformen haben entgegen vollmundiger Beteuerungen nirgends zu den versprochenen Preissenkungen geführt. In Deutschland sind bereits hunderte von Stadtwerken teilweise oder vollständig privatisiert und damit kommerzialisiert worden. Es regt sich bisher viel zu wenig politischer Widerstand. Notwendig wäre die Rekommunalisierung und eine demokratische Umgestaltung der Zweckverbände. Da das Interesse der Investoren am Wasser/Abwasser aktuell sinkt, weil Gas viel mehr Gewinn verspricht, ist die Zeit günstig dafür.

Für Privatisierungen in die Hände der NutzerInnen bietet sich die Rechtsform der Genossenschaft an, sie eignet sich jedoch eher für kleinere, ländliche Gebiete, weniger für große Städte. Und es stellt sich bei solchen Unternehmensmodellen immer die Frage, wie die Mittel für notwendige Investitionen aufgebracht werden können. Genossenschaftliche Lösungen treffen häufig auf erbitterte Widerstände in Politik und Verwaltung, obwohl sie nachweislich preiswerter und auch ökologischer arbeiten als gewinnorientierte Betriebe. So sehen sich ausgerechnet Genossenschaften mitunter dem Vorwurf der Privatisierung ausgesetzt, so zum Beispiel der Bürgerverein im sächsischen Putzkau, der eine gemeinschaftliche Abwasserentsorgung organisieren möchte, oder die Wassergenossenschaft Schönstadt-Schwarzenborn in Hessen.

Es sollte nicht vergessen werden, dass wir hier in Deutschland das Thema aus einer privilegierten Position diskutieren, denn Wasser ist ausreichend vorhanden. Die Politisierung ist in anderen Ländern, wo es ums Überleben geht, viel ausgeprägter. Dort ist deutlich, dass Wasser keine Ware, kein beliebig handelbares Gut sein kann, denn der Zugang zu sauberem Wasser entscheidet über Leben oder Tod.

Gesundheit

Ähnlich verhält es sich mit dem Gesundheitsbereich. Denn von einer »Gesundheit für alle« (Milleniumsziel der Weltgesundheitsorganisation) sind wir weit entfernt. Im Gegenteil verschlechtert sich die weltweite Gesundheitssituation, AIDS/HIV nehmen zu, und der Zugang zu angemessener Behandlung und bezahlbaren Medikamenten für Arme ist erschwert.

Medico international versteht sich als Teil einer solidarischen Ökonomie und führt in Asien und Lateinamerika verschiedene medizinische Projekte durch, so zum Beispiel zur Ausbildung von medizinischem Personal, zum Aufbau von Gesundheitszentren und Krankenversicherungen und teilweise auch zur Herstellung von Medikamenten. Die Rolle der ÄrztInnen wird entmystifiziert, denn in vielen Fällen können zum Beispiel auch Krankenschwestern qualifizierte Hilfe leisten und damit zu einer besseren Versorgungssituation beitragen. Problematisch sind die Vermarktungsstrategien der Pharmakonzerne, die ungeeignete und überteuerte Medikamente propagieren, was zur Folge hat, dass selbst Arme im Glauben, was teuer ist sei auch gut, die kostenlosen Gesundheitsangebote zu wenig schätzen und nutzen.

In der venezolanischen Genossenschaft Cecosesola (*CONTRASTE berichtete in Ausgabe 262/263*) werden durch ein Gesundheitszentrum, das ohne staatliche Unterstützung aufgebaut wurde, monatlich etwa 10.000 Behandlungen durchführt. Dabei spielen naturheilkundliche Verfahren eine große Rolle. Mitglieder der Genossenschaft zahlen einen regelmäßigen Beitrag in einen Gesundheitsfonds und erhalten die Leistungen dafür teilweise gratis (Allgemeinmedizin, Frauen- und Kinderheilkunde), teilweise zu günstigen Konditionen. Innerhalb der Genossenschaft gibt es einen starken Identitätszusammenhang mit dem eigenen Gesundheitszentrum, es wird erwartet, dass die GenossInnen im Gesundheitszentrum mitarbeiten. Nichtmitglieder zahlen mehr, aber auch für sie sind die Preise günstiger als in anderen Einrichtungen.

In Deutschland entsteht mit den aktuell fortschreitenden Umwälzungen des Gesundheitssystems eine Zwei-Klassen-Medizin: Spitzenleistungen der Medizintechnik und Pharmakologie für diejenigen, die private Vorsorge betreiben können, Billigvarianten für Arme. Selbstorganisierte medizinische Einrichtungen sind kaum vorhanden. Die weit verbreiteten Selbsthilfegruppen beschränken sich auf Unterstützung durch Beratung und gegenseitigen Austausch. Ökonomische Selbsthilfe betreibt die 1987 in der Schweiz gegründete, anthroposophisch ausgerichtete *Artabana-Bewegung*. Menschen organisieren sich in lokalen Gruppen, denen zum Beispiel auch Heilpraktiker angehören, die dort ihre Leistungen anbieten. Die Mitglieder zahlen monatliche Beiträge in Gesundheitsfonds ein, auf die sie im Notfall zurückgreifen können, ohne einen Rechtsanspruch auf Zahlung. »Indem Krankheit nicht als Störung angesehen, sondern als Aufgabe und Herausforderung auf dem individuellen Entwicklungsweg angenommen und mit ihrer sozialen Komponente wahrgenommen wird, entstehen aus der bewusst gestalteten Beziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft heilende Kräfte.« Viele Mitglieder sind aus der Krankenkasse ausgetreten, aber eine Alternative zur gesetzlichen Krankenversicherung für breite Bevölkerungskreise kann ich hier nicht erkennen.

Wohnen

Neben den alten Wohnungsgenossenschaften sind seit den 1970er Jahren neue genossenschaftliche Wohnungsunternehmen in unterschiedlichen Rechtsformen entstanden, viele von ihnen durch politisch motivierte Hausbesetzungen. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch, die erkämpften oder erworbenen Ressourcen vor zukünftiger Privatisierung zu schützen. Ein paar Beispiele dieser vielfältigen Szene sind die *Allerwohnen eG* in Verden, die verschiedene autonome Projekte unter ihrem Dach vereint: ein Konversionsprojekt mit Wohn- und Projekträumen, einen Resthof und eine Gemeinschaftssiedlung mit privaten Häusern auf genossenschaftlichem Grund. Oder die bundesweit tätige Stiftung *Trias*, die in der Regel den Boden in ihr Stiftungseigentum übernimmt und Erbbaurechte an die Gruppen der BewohnerInnen vergibt. Und als derzeit wohl erfolgreichstes Modell das aus Freiburg stammende *Mietshäuser Syndikat*, das mit einer geschickten Konstruktion aus GmbHs und Hausvereinen sowohl dauerhafte Sicherheit vor Privatisierung, als auch größtmögliche Autonomie der beteiligten Wohnprojekte bietet.

Foto: Malte Kreuzfeldt

Neben dem Schutz vor Privatisierung ist all diesen Projekten gemeinsam, dass sie ein solidarisches Umfeld und kompetente Beratung und Unterstützung für neue Wohnprojekte anbieten. Die Frage der langfristigen ökonomischen Solidarität, indem Häuser nach der Entschuldung nicht ihre Mieten senken, sondern stattdessen mit den gewonnenen finanziellen Spielräumen Finanzierungshilfen für neue Gruppen zur Verfügung stellen, wird unterschiedlich diskutiert, aber mit der Tendenz zu langfristiger Solidarität.

Das Interesse an gemeinschaftlichem Wohnen nimmt zu, nicht zuletzt wohl durch das Altern einer Generation großteils als Singles lebender Menschen, die in politischen Zusammenhängen Erfahrungen mit vielfältigen Formen von Kollektivität gesammelt haben. Deren Wohnwünsche werden weder durch das Alleinleben noch in herkömmlichen Einrichtungen für Ältere erfüllt. Andererseits entstehen durch die Welle der Privatisierung bisher staatlicher Wohnungsunternehmen (»privare« = lat. »rauben«!) neue politische Notwendigkeiten für alternative Modelle zur Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit sicherem und bezahlbarem Wohnraum.

Die Bandbreite von Projekten gemeinschaftlichen Wohnens reicht von genossenschaftlichen Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen mit individuellen oder gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeiten über Baugemeinschaften mit privatem Wohnungseigentum auf gemeinschaftlichem Boden oder mit gemeinsamen Infrastruktureinrichtungen bis zu Kommuneprojekten, die neben dem gemeinsamen Wohnen auch gemeinsam arbeiten und wirtschaften, oder auch Bauwagenplätzen. Die Vielfalt die BewohnerInnengruppen folgt in ihrer jeweils sozialen Zusammensetzung in der Regel den ökonomischen Erfordernissen der verschiedenen Wohnformen. Gemeinsam ist ihnen ein ausgeprägter Wunsch nach Gemeinschaft.

Für Menschen, denen es »nur« um Wohnraumsicherheit geht, gibt es neben den alten Wohnungsgenossenschaften bislang nur wenige Alternativen. Zu nennen wären hier die in den 1970er Jahren besetzte und später von einer Genossenschaft der BewohnerInnen übernommene *Rheinpreussen-Siedlung* in Duisburg, oder die *Genossenschaft am Beutelweg* in Trier, die seit Anfang der 1990er Jahre sowohl Wohnraum als auch Arbeitsplätze in der Gebäudesanierung in einem benachteiligten Quartier (Soziale Stadt) organisiert. Weitere Beispiele sind die *GeWoGe* (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft) Pinneberg und die *SBV* (Selbsthilfe-Bauverein) Flensburg. In Pinneberg wurde, ausgehend vom Protest gegen den drohenden Verkauf von 2.200 Wohnungen der GeWoGe mbH, im Jahre 2004 diese städtische Gesellschaft in eine Genossenschaft – die *Neue GeWoGe eG* – umgewandelt. In Flensburg verkaufte die städtische Wohnungsgesellschaft in einem zügigen, pragmatisch durchgeführten Verfahren im Mai 2006 ihre 4.800 Wohnungen an eine bestehende Genossenschaft. Nach dem erfolgreichen Freiburger Bürgerentscheid vom November 2006 gegen den Verkauf von fast 8.000 städtischen Wohnungen werden nun auch dort alternative Trägermodelle diskutiert.

Konflikt und Transformation

Die drei genannten Bereiche der Daseinsvorsorge – Wasser/Abwasser, Gesundheit und Wohnen – zielen auf zentrale menschliche Bedürfnisse. Neben dem Menschenrecht auf Wohnung und Gesundheit (Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, UN 1948) haben die Vereinten Nationen 2002 in einem Allgemeinen Kommentar auch das Recht auf Wasser zum Menschenrecht erklärt. Eine politische Mobilisierung gegen Privatisierungen, die diese Menschenrechte zur Ware machen, ist schon schwer genug und erreicht meist nur kleine Kreise -nicht zuletzt durch die Parteilichkeit der Medien für die Starken und Reichen. Noch schwieriger ist es, Menschen zum aktiven Engagement für selbstorganisierte Wege zur Sicherung dieser Menschenrechte zu motivieren.

Selbsthilfe resultiert eher aus der Not als aus politischen Überzeugungen. Solidarität ist notwendig im Umfeld genossenschaftlicher Unternehmungen gegenüber denen, die nicht die Fähigkeit zur Selbsthilfe entwickeln konnten. Auch die Frage der internationalen Solidarität darf nicht ausgespart bleiben angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten in verschiedenen Teilen der Welt. Unabhängig davon, ob sie Ergebnisse einer Geschichte von Gewalt oder unterschiedlicher natürlicher Bedingungen sind – Menschenrechte stehen ausnahmslos allen Menschen zu. Diese flächendeckend sicher zu stellen, ist Aufgabe des Staates, dessen Rolle und Ausgestaltung überall und immer wieder in Frage zu stellen und neu zu verhandeln ist.

Die Diskussionen des Kongress Solidarische Ökonomie werden fortgeführt.●

Dieser Beitrag entstand auf Grundlage der Vorträge der ReferentInnen auf den drei Foren – herzlichen Dank!

INFOS:

Allerwohnen eG: www.allerwohnen.de
Artabana: www.artabana.de
GeWoGe Pinneberg: www.gewoge-pinneberg.de
Kongress Solidarische Ökonomie: www.solidarische-oekonomie.de
medico international: www.medico.de
Mietshäuser Syndikat: www.syndikat.org
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation: www.netz-bund.de
SBV Flensburg: www.sbv-flensburg.de
Stiftung Trias: www.stiftung-trias.de
Wassergenossenschaft Schönstadt-Schwarzenborn: www.wassergenossenschaft-schoenstadt-schwarzenborn.de
Rheinpreussen-Siedlung: www.rheinpreussensiedlung.de
Reclaiming Public Water: www.waterjustice.org
Werner Rügemer: www.werner-ruegemer.de

FORTSETZUNG VON SEITE 8

einen ersten Überblick über vorhandene Initiativen bekommen und erste Kontakte knüpfen. Daraus könnte (bei Respekt der jeweiligen Unterschiede) ein Netzwerk für Erfahrungsaustausch und vielleicht auch für praktische Verabredungen zwischen den Gruppen entstehen. Nötig wäre land-übergreifend, städte-übergreifend **verabredet füreinander etwas herzustellen und sich dieses wechselseitig ohne direkte Abrechnung zur Verfügung zu stellen**. Noch sind diejenigen in den Gruppen, die »über den Tellerrand« hinaus denken und sich praktisch verbinden wollen, eine kleine Minderheit – immerhin, über 1.000 Menschen – waren in Berlin!●

Wenn die vielen Einzelnen und Gruppen sich entschließen, Kontakte aufzunehmen und auszubauen, dann können sie einen Beitrag leisten zu einer gesellschaftsweit wachsenden, praktischen Vereinigung »von unten«, die den Namen »solidarisch« verdient. Dezember 2006

Kritik und Ergänzungen herzlich willkommen!
www.neue-arbeit-hamburg.de/pmwiki.php
E-Mail: neuearbeithamburg@web.de

STIFTUNG FRAUENINITIATIVE

Solidarische Ökonomie

Wie weiter?

Gedankenaustausch zu zukünftigen theoretischen und praktischen Handlungsfeldern für waren- und herrschaftskritisches Wirtschaften – Arbeiten – Leben. Eingeladen hatten Ulla Peters, Friederike Habermann und Carola Möller.

So war der Workshop 28 des Kongresses Solidarische Ökonomie angekündigt. Vorausgegangen war im Herbst 2005 ein internationaler workshop in Köln zum Thema »Prozesse der Selbstorganisation – gemeinsame Selbstversorgung«, initiiert von der *Stiftung Fraueninitiative*, die seit jetzt zehn Jahren Forschung und Praxisreflexionen zum Themenfeld »anderes Wirtschaften – Arbeiten – Leben« fördert (www.stiftung-fraueninitiative.de). Zum Berliner Kongress war die Dokumentation dieses workshops erschienen. (Titel: Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation. Hrsg. Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla, Peters, Irina Vellay. Königstein/T. 2006, siehe auch unsere Besprechung auf Seite 14)

Ein anderes »Wirtschaften – Arbeiten – Leben« wurde in diesem workshop von den Anwesenden ganz überwiegend als ein nicht-warenförmiges bzw. als ein gebrauchsförmiges und herrschaftsfreies, möglichst auf Konsens ausgerichtetes sich reproduzieren, Wirtschaften und Arbeiten verstanden, bei dem die Bedürfnisse der Einzelnen, der Gruppe und ein sinnvoller Umgang mit Ressourcen und Natur den Maßstab geben. Mit dieser Vorgabe sind allerdings die Detailprobleme noch nicht gelöst, wie schnell deutlich wurde.

Wir arbeiteten mit Wandtafeln, auf die die Teilnehmenden ihre Vorstellungen zu den vorgegebenen Themenfeldern aufschreiben konnten. Fragen/Themen waren: Warum sind wir gegen die jetzige Ökonomie? Erfolge und Qualitäten gelebter Dissidenz; Wo wollen wir hin? Gemeinsame Selbstversorgung; Blockaden/Attraktivitäten. Welche Rahmenbedingungen und soziale Regeln sind notwendig? Leben in Widersprüchen. Welchen Forschungsbedarf haben wir? Wie kann es weitergehen?

Die Wandtafeln füllten sich schnell mit unterschiedlichen Themen und Vorschlägen. Probleme des Miteinanders, Konfliktmüdigkeit, Ängste vor Mangel wurden z.B. als »Blockaden« benannt. Sollen wir Geben und Nehmen entkoppeln oder – wie in den Tauschringen üblich – als zweiseitigen Austausch pflegen? Können wir uns von dem in uns allen vorherrschenden Kosten-Nutzen-Denken befreien? Entwickeln wir neue Bewertungskriterien? Wir müssen das Neue üben. Welche Bildung, welche neuen Verhaltensweisen braucht ein nichtkapitalistisches und nicht-patriarchales Wirtschaften?

Wie zu erwarten, blieben die meisten Fragen noch ohne Antworten. Aber einiges kristallisierte sich heraus, entlang dem es sich lohnen könnte, weiter zu denken, denn die heutige Wirtschaftsweise bietet keinerlei Chance, den erarbeiteten Reichtum einigermaßen gleich und bedarfsgerecht auf alle zu verteilen. Ebenso bieten die kapitalistisch/patriarchalen Funktionsmechanismen keine Möglichkeiten, Natur und Umwelt sinnvoll für alle ErdbewohnerInnen zu nutzen und zu erhalten.

- Unser Denken von Wirtschaften und Arbeiten nimmt einen wohlverstandenen Reproduktionsbedarf als Ausgangspunkt für die Produktion von Gütern und Diensten. Wie sich das gestaltet, dazu gibt es sicher Klärungsbedarf, was aber im workshop jetzt nicht Thema war.
- Heute suchen wir Erwerbsarbeit, die selten etwas mit unseren Bedürfnissen zu tun hat. Wir bekommen dafür Geld, mit dem wir dann Sachen und Dienstleistungen kaufen können, auf deren Bedarfseignung wir wenig Einfluß haben. Wir sollten, so ein Teilnehmer, es uns wenigstens gedanklich erlauben, über diese verrückte Form des Wirtschaftens hinaus zu denken und über sinnvollere Formen des Wirtschaftens und Arbeitens nachzudenken, sie vielleicht auch in überschaubaren Formen zu erproben.
- Es gibt inzwischen schon zahlreiche Orte/Projekte, die die Chance bieten, neue Erfahrungen zu machen, z.B. Umsonstläden, Gemeinschaftsgärten, Land- und Stadtkommunen, Fahrradreparaturwerkstätten. Sie werden meist von Projektgemeinschaften getragen, deren primäres Interesse eine gemeinsame Teilselbstversorgung ist. Eine Vernetzung mit anderen Projekten oder die Erweiterung der Projektgemeinschaft durch andere Projekte ist leicht möglich.
- Wir nutzen neue warenfreie selbstentwickelte (und selbst weiter zu entwickelnde) Techniken im Internet-Bereich – Linux, Wikipedia, Wissensallmende – für unsere Kommunikation, Vernetzung, Forschung und Bildung. Wir brauchen mehr solcher sozialen Werkzeuge.
- Die Notwendigkeit, weiterhin auch Geldeinkommen zu benötigen, zwingt uns individuell meist in einen strapaziösen Spagat. Mehrere sprachen sich dafür aus, die gemeinsame Teilselbstversorgung möglichst auszudehnen und damit die Notwendigkeit für Geldeinkommen schrittweise zu minimieren.
- Andere Formen von »Wirtschaften – Arbeiten – Leben« werden nur dann eine breitere Akzeptanz bekommen, wenn die andere Lebensweise eine bessere Lebensqualität hat.

Am Ende unserer Diskussion sammelten wir Forschungsthemen. Die Liste spiegelte ein breites Interessenspektrum wider: von »Keimformen des Neuen suchen«, »Kooperationsformen zwischen Betrieben ausbauen«, »Verwertungsarme Räume schaffen« bis hin zu »Analyse kommunikativer Prozesse«.

Die *Stiftung Fraueninitiative* wird jetzt zwei Jahresstipendien für Frauen ausschreiben (siehe Kasten), die ein konkretes Thema aus dem hier nur angerissenen Komplex »anders Wirtschaften – Arbeiten – Leben« bearbeiten möchten.●

Ulla Peters, Friederike Habermann, Carola Möller
Kontakte zu den Veranstalterinnen:
taking.place@gmx.de

Die Stiftung Frauenininitiative schreibt

zwei Jahresstipendien

aus für Frauen, die kreativ über neue Möglichkeiten des Wirtschaftens und Arbeitens im Kontext eines gewünschten Lebens nachdenken wollen. Gemeint sind Formen von solidarischer Ökonomie, die sich an gebrauchsförmigem und nicht-patriachalem gemeinsamen Wirtschaften und Arbeiten orientieren und dabei unsere Natur sinnvoll nutzen und erhalten. Ein solcher waren- und herrschaftskritischer Ansatz bezieht seine Maßstäbe aus den Notwendigkeiten zur Reproduktion des Lebens, hat also einen ganz anderen Zugang zur Gestaltung des Alltags als heute üblich. Dazu gibt es bereits zahlreiche in- und ausländische Praxisprojekte und erste theoretische Überlegungen, die zu kennen hilfreich sind.

Die Zeit soll zur theoretischen Weiterentwicklung aus feministischer Sicht oder zur Reflexion und theoretischen Interpretation konkreter Praxiserfahrungen genutzt werden.

Die Stiftung Frauenininitiative fördert eine solche Arbeit ein Jahr lang mit monatlich 1.000 EUR. Das Arbeitsergebnis soll in deutscher Sprache verfasst sein. Näheres regelt der Stipendiats- und evtl. Autorinnen-Vertrag.

Erforderliche Bewerbungsunterlagen:
- Vorstellung des gewünschten Themas, der Fragestellung, der Zielvorstellung und der zeitlichen und inhaltlichen Vorgehensweise (ca. 5 Seiten);
- tabellarischer Lebens- und Berufsverlauf,
- Skizzierung bisheriger feministisch-politischer Aktivitäten und der derzeitigen Arbeitssituation,
- möglicher Stipendienbeginn in 2007.

Bewerbungsschluß ist der 15. März 2007
Postfach 190308 in D-50500 Köln
www.stiftung-fraueninitiative.de

REFORMVERSUCHE ZUM SCHEITERN VERURTEILT

»Ist Solidarität im Kapitalismus möglich?«

Dieser Workshop von Aktiven des Wiener Kost-Nix-Ladens war von fast 50 Leuten besucht. Aus wertkritischer Sicht sollten die Möglichkeiten von Projekten untersucht werden, dem allgemeinen Marktanpassungsdruck ihre eigenständige Entwicklung entgegenzusetzen. »Wir gehen davon aus, dass das moderne ökonomische System seinen Gesetzmäßigkeiten nach bestimmte Sachzwänge erzeugt, die punktuelle Reformversuche fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilen.« (aus dem Kongressreader)

Einleitend wurde vorgetragen, dass es vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart kollektiv auf den Markt produzierende Betriebe gegeben habe, die auf kurz oder lang zu ganz gewöhnlichen Betrieben geworden seien. Auch wenn Erfahrungen mit Selbstverwaltung und direkter Demokratie ohne Frage wichtig für einen emanzipatorischen Prozess sind, bedeutet der gemeinsame Besitz auch eine Selbstausbeutung unter denselben privatwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. Selbstverwaltung von Betrieben bedeute nur »kollektive Aneignung der Charaktermaske des Kapitalisten«. Die Kooperation könne zu einem Wettbewerbsvorteil werden, bleibt aber in der zugrunde liegenden Marktkonkurrenz befangen.

Die »Konzentration auf die Eigentumsfrage«, also wer besitzt die Produktionsmittel, reiche nicht hin, um die kapitalistische Warenproduktion zu überwinden. Die Marktkonkurrenz zwingt auch einen kollektiven Betrieb in der Hand der Arbeitenden zu einer entfremdeten Produktion und zu ökonomischer »Rationalisierung«.

Auch die Orientierung an sozialen und ökologischen Zielsetzungen wie zum Beispiel durch fairen Handel, stößt schnell an seine Grenzen. Innerhalb der Marktkonkurrenz tun sich in guten wirtschaftlichen Situationen oder auch in Folge sozialer Kämpfe, immer wieder Freiräume auf, die eine Realisierung solcher Ziele ermöglichen. Doch diese bleiben im strukturellen Widerspruch zur kapitalistischen Produktionsweise und können sich nur marginal und nie von Dauer durchsetzen. Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, schonende Nutzung von Ressourcen, etc. oder kurz, Mensch und Natur, sind in diesem System immer primär ein zu senkender »Kostenfaktor«.

Erweiternd zu diesen Ansätzen gelte es eine »Struktur von Produktion und Konsumtion« ohne Ausbeutung und ohne Tausch zu entwickeln. Aber auch hier hilft viel guter Wille nur begrenzt gegen strukturelle Grenzen und die schleichenden Dynamiken der Anpassung. Jede Produktion in diesen Gruppen benötigt Produktionsmittel. Diese sind jedoch unter vorherrschenden Bedingungen fast ausschließlich am Markt zu erstehen und somit haben sie Warenverkauf als Voraussetzung. Desweiteren müssen Menschen in solchen Projekten ihren Lebensunterhalt ebenfalls weitgehend am Markt bestreiten. Sie stehen somit vor der Wahl, nur wenig Zeit für solche Projekte zu haben oder aber auf eine geringe Entlohnung hinzuarbeiten.

Foto: Umsonstladen Hamburg-Altona

Auch wenn es wichtig ist, sich bezüglich der gesellschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Möglichkeiten nichts vorzumachen, wollte sich niemand mit diesen tristen Perspektiven abgeben und eine interessante Diskussion entstand.

Weitgehend einig war man sich darin, dass es wohl DEN ultimativen Weg der praktischen Kritik nicht gibt, sondern eher etliche Versuche, die von einander lernen könnten und darin, dass ein Versuch, nur weil er fehlschlägt, nicht per se falsch ist.

Eine Kontroverse unter den wertkritischen Stimmen bezog sich auf den Zwang, die Anschaffung von Produktionsmitteln und die Lebenserhaltung über den Markt abwickeln zu müssen. Kann ein tauschfreies Produktionsnetzwerk eine Autonomie aus sich heraus entwickeln und ausweiten? Oder bedarf es zusätzlich einer Bewegung »widerrechtlicher« Aneignung, wie zum Beispiel durch Ladendiebstahl, Fabrik- oder Hausbesetzungen? In dem Zusammenhang wurde auch über die Vermittelbarkeit der eigenen Ansätze gegenüber der »breiten Bevölkerung« diskutiert.

Als ein Problem bestehender Gruppen wurde die noch recht mangelnde Effektivität der gemeinschaftlichen Arbeiten erkannt. Ohne der Weltmarktproduktivität, vermittelt über die Marktzwänge, hinterherzulaufen, bestünde die Aufgabe, wirksamer, also auch mit größerer Arbeitsteilung, füreinander zu produzieren. Davon sind alle Gruppen weit entfernt. Einig war man sich in dem Versuch, Gesellschaftskritik und gegenseitige Hilfen im »persönlichen« Leben zusammenbringen zu wollen.

Andere Anwesende setzen trotz der oben dargelegten Argumente auf »kooperative Märkte«, die sie unterscheiden wollten von »ausbeuterischen Märkten«. Es wurde eher bestritten, dass das eine dynamisch in das andere übergehen könnte, der Markt müsse eben »gezähmt« und den menschlichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Diese Ansicht blieb in diesem Workshop vereinzelt, drückte aber wohl eine Mehrheitsmeinung auf dem gesamten Kongress solidarische Ökonomie aus.

Der Ansicht der Möglichkeit einer erfolgreichen »Marktreform« wurde entgegengehalten, dass selbst Großgenossenschaften, wie das spanische Mondragon, sich den Marktkräften und der damit verbundenen Wiederherausbildung der alten Hierarchien kaum entziehen konnten.

Um größere Widerständigkeit gegenüber dieser Marktanpassung zu erreichen, wurde vorgeschlagen, zweigleisig zu verfahren: In dem Bereich des Gruppen**innen**lebens sollte bewusst versucht werden, die Wertbeziehungen so weit wie möglich »draußen« zu halten, um neue Erfahrungen zu sammeln. Dieser Raum solle ausgebaut und mit ähnlichen Gruppen durch praktische Zusammenarbeit verbunden werden. Andererseits sollte versucht werden, im noch nötigen Bereich der Erwerbsarbeit halbwegs erträgliche Teilzeitarbeit zu bekommen. In jedem Falle sollten die Aktiven sich auch im Bereich der Erwerbsarbeit gegenseitig unterstützen. Betriebe in der Hand von Beschäftigten könnten einen überbetrieblichen direkten Austausch entwickeln, um sich etwas vom Marktzwang zu lösen.

Trotz allem blieb offen, auf welche Weise Ansätze wie die Bremer Commune oder die W.E.G. Wien attraktiver gestaltet werden könnten.●

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Gedanken aus dem Berliner Umsonstladen

Solidarische Ökonomie

Brücken zwischen gesellschaftlichen Milieus

Umsonstläden sind schon sonderbare Chamäleons der Projekteszene. Sie sind in Teilen ihrer Praxis weit abseits der kapitalistischen Normalitäten, andererseits voll integriert und angewiesen auf die Einbindung in eben jene Verhältnisse. Je nachdem aus welchem Blickwinkel mensch auf einen solchen »Verschenk-Laden« schaut, stellt er sich jeweils anders dar, wie auch die einzelnen Exemplare sehr unterschiedlich ausfallen können.

Michael, Umsonstladen Berlin ● Vom subkulturellen Alternativmilieu bis hin zum geordneten Ladenraum im Gemeindehaus der Kirchengemeinde ist alles dabei. Mancher Raum ist gesponsert, andere werden gemietet und wieder andere Räume wurden schlichtweg angeeignet. Ein Umsonstladen kann meist zu Recht als ein milieuübergreifendes Projekt, wie ein Scharnier zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft, gesehen werden. Besucht wird er von Arm und »Reich«, von gebildeten und weniger gebildeten Leuten sowie von Jung und Alt.

Ähnlich wie im Supermarkt treffen sich hier die verschiedensten Menschen und verhalten sich oftmals ganz anders als z.B. im Supermarkt. Es kommt zu Gesprächen, Tipps werden gegeben, Geschichten erzählt. Gerade die grundlegende Kritik an der Tauschlogik, die unsere Gesellschaft so sehr durchzieht, bringt so manchen Gesprächsstoff hervor. Menschen kommen ins Gespräch, die wohl auf der Straße oder im Supermarkt niemals miteinander reden würden. Die Unworte »Kapitalismus« und »Ausbeutung« sind im Umsonstladen öfter zu hören. Mit ihrer Kritik an den Unsinnigkeiten des kapitalistischen Alltags und des Lohnarbeitssystems halten hier viele auch nicht hinterm Berg.

Vielleicht sind Umsonstläden auch deshalb – und nicht nur wegen ihres praktischen Charakters – so beliebt. Viele Umsonstladen-OrganisatorInnen haben das im Laufe ihrer Aktivitäten gemerkt. Die Leute mögen die Läden und verhalten sich meist kooperativ. Immer wieder gibt es Lob für die Idee und Anerkennung für das Wirken der Aktiven. Freilich, deshalb packen noch nicht gleich alle an, aber immerhin bringen sie sehr viele brauchbare Dinge vorbei, sodass es weiter gehen kann.

Diese breite gesellschaftliche Anerkennung hat aber noch einen weiteren, sehr wichtigen Vorzug. Mit einer solchen Vermittlungsfunktion zwischen Alternativ- und Subkultur sowie der bürgerlichen Massenkultur können auch Gräben überwunden werden, an deren Überwindung mensch schon gar nicht mehr geglaubt hatte. In unserem Kampf um den Erhalt des Hausprojektes Brunnenstrasse 183 – und damit auch den Erhalt des dort beheimateten Berliner Umsonstladens – konnten wir interessante Erfahrungen machen. Unweit des Hackeschen Marktes, in der »Neuen Mitte« Berlins wird mit harten Bandagen gekämpft. Ohne gesellschaftlichen Rückhalt kann sich hier kein Projekt halten. Investmentfonds, große Immobilienfirmen und windige Geschäftsleute machen den Menschen hier seit einigen Jahren das Leben schwer. So wechselte auch das Haus Brunnenstr. 183 in den vergangenen Jahren mehrfach den Eigentümer.

Zuletzt wollten wir dem ein Ende bereiten und das Haus selbst kaufen. Doch der Arzt Dr. Manfred Kronawitter aus Passau kam uns zuvor. Er hat »ganz andere Pläne« mit dem Haus als wir ... und wir sollen weg, damit er tun kann, was er kraft der kapitalistischen Eigentumsordnung tun will: aus Geld mehr Geld machen.

Uns blieb nichts anderes übrig, als in die Offensive zu gehen und uns Unterstützung zu holen. Dabei machten wir interessante Erfahrungen. Während (ehemals besetzte) Hausprojekte und Freiräume in der Stadt es sonst schwer haben, über den kleinen Kreis der subkulturellen Linken Szene hinaus Unterstützung zu bekommen, gelang es uns in kurzer Zeit die Unterstützung verschiedenster gesellschaftlicher Milieus zu bekommen. Bis hin zum regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, reicht die Liste der UnterstützerInnen des Ladens. Dieser stattete dem Laden im Wahlkampf sogar einen Besuch ab. Das Bezirksparlament steht nun entschlossen hinter dem Hausprojekt. Auch die Medien verschiedenster Couleur berichteten positiv über das Hausprojekt und lobten den Umsonstladen.

Der neue Hauseigentümer hat es nun schwer, seine Eigentumslogik gegen ein Projekt wie den Umsonstladen wirkungsvoll ins Feld zu führen. Auch wenn diese Unterstützung oftmals noch eher ideeller Weise ist, so zeigt sie jedoch auf, dass die Menschen bereit sind, sich auch mit Entwürfen einer anderen Gesellschaftsordnung jenseits von Markt und Geld zumindest partiell zu identifizieren. Der Umsonstladen ist ein Projekt an einer Bruchstelle des Kapitalismus. Dort kann er erstaunlich viel bewirken, so begrenzt sein Konzept auch sein mag. Durch seine Vernetzungsfunktion bildet er eine wichtige kommunikative Brücke auch zu denen, von deren Wohlwollen wir – angesichts des Weiterbestehen der globalen Herrschaftsverhältnisse – zunächst mal abhängig bleiben, wenn wir denn weiter Freiräume erhalten und aufbauen wollen.●

Bericht aus dem Umsonstladen Hamburg Altona

»Umsonst ist nicht genug«

Wir, einige Aktive aus dem Umsonstladen des Arbeitskreis Lokale Ökonomie in Hamburg-Altona, werden im Folgenden einen kritischen Blick auf unsere eigene Praxis werfen. Wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam mit den anderen Projekten des Arbeitskreises einen Zusammenhang solidarischen Wirtschaftens jenseits des Marktes aufzubauen, werden wir zu einer karitativen Einrichtung verkommen.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion über »die Unterschicht« wurde in einer großen Hamburger Tageszeitung der Umsonstladen in Altona als einer der karitativen Initiativen aufgelistet, in denen Menschen für wenig Geld Dinge des täglichen Bedarfs erstehen können. Der politische Anspruch des Hamburger Umsonstladens – eine Kritik an der Warengesellschaft und der Versuch eines anderen Wirtschaftens – hatte keinen Eingang in den Artikel gefunden.

Diese Wahrnehmung unseres Umsonstladens als eine karitative Einrichtung ist dabei nicht bloß der entsprechenden Journalistin eigen. Auch während unserer Öffnungszeiten werden wir von einigen unserer BesucherInnen derart wahrgenommen. Aus Gesprächen und durch das Verhalten verschiedener BesucherInnen kann man das erfahren: Häufiger werden Menschen von Sozialarbeitern zu uns geschickt, weil man sich hier kostenlos Dinge mitnehmen kann. Manche NutzerInnen tauschen sich darüber aus, wo es noch andere Stellen gibt, in denen man kostenlos etwas erhält. BesucherInnen, die uns Dinge bringen, sind fast empört, wenn mensch ihnen anbietet, sich im Laden umzuschauen, um sich auch Dinge mitzunehmen (»ich hab es nicht nötig, hier etwas mitzunehmen«). Andere BesucherInnen, die etwas bringen, fragen nochmals extra nach, ob die Sachen auch wirklich von armen Menschen mitgenommen werden. Andere BesucherInnen beschweren sich darüber, dass wir Aktiven ebenfalls Dinge mitnehmen und nicht ehrenamtlich tätig sind.

Wir vermuten, dass die zunehmende Wahrnehmung der Öffentlichkeit und auch der Nutzer des Projektes als Versorgungsstation eine gesellschaftliche Entwicklung reflektiert, in der »soziale Supermärkte«, Kleiderkammern und Suppenküchen als Teil eines normalen Lebens angesehen werden. Das Leitbild der »wachsenden Stadt Hamburg« fördert Prestigeprojekte wie die Elbphilharmonie oder die Hafencity, während gleichzeitig staatliche Leistungen gestrichen und damit privaten Initiativen überlassen werden. Das »Angebot« dieser Einrichtung stabilisiert letztlich die sozialen Missstände. Sie fördern eine Individualisierung von Problemen, die von Hilfseinrichtung zu Hilfseinrichtung mitgeschleppt werden. Eine solche Fürsorge erzieht die Menschen dazu, sich durch ein individuelles Durchwursteln durch die Hilfseinrichtungen durchzuschlagen. Solcher Art karitative Fürsorge reproduziert die Armen als solche, sie werden mit den notwendigsten Dingen versorgt. Sie bleiben Unselbständige, die beständig auf die Hilfe angewiesen bleiben.

Als Umsonstladen allein können wir dieser Gefahr, zu einer karitativen Einrichtung zu werden, nicht widerstehen. Unser Umsonstladen läuft seit nunmehr acht Jahren gut, wir haben sehr viele BesucherInnen, die eine ungezählte Mengen an Gebrauchsgegenständen gebracht und mitgenommen haben. Die Praxis eines Umsonstladens hat aber nicht die Eindeutigkeit, die wir ihr stets unterstellt haben. Menschen bringen zu uns Gebrauchsgegenstände und nehmen Gebrauchsgegenstände mit, ohne dass eine Verrechnung stattfindet. Insofern bricht die Praxis eines Umsonstladens mit der für kapitalistische Gesellschaften grundlegenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs qua Tausch von Waren auf dem Markt. Sie ist aber offen für die Wahrnehmung als ein Verschenken, bzw. Geschenke entgegennehmen oder als ein Spenden, bzw. Spenden erhalten. In diesen Formen des Handelns steckt keine Dynamik, um zu einer anderen, demokratischeren Form des Wirtschaftens zu gelangen.

Unser Umsonstladen versucht dahingegen im Zusammenschluss mit den anderen Projekten des Arbeitskreises Lokale Ökonomie Hamburg eine Praxis der gegenseitigen Hilfe zu etablieren, die der Vereinzelung entgegenwirken soll. Im Rahmen unserer selbstorganisierten Projektgemeinschaft können Menschen sich aktiv an den bereits bestehenden Projekten beteiligen oder gemäß ihren Interessen eigene, neue Projekte aufbauen. Dazu ist nicht bloß der Wunsch nach einer sinnvollen Tätigkeit nötig, sondern auch der Wille, sich aktiv an den gemeinsamen Treffen, auf denen die gemeinsamen Angelegenheiten diskutiert und beschlossen werden, zu beteiligen. Die Gegenseitige Hilfe meint dabei, dass die Leistungen der verschiedenen Projekte (z.Zt. neben dem Umsonstladen, ein Kleinmöbellager, eine Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt, Computerkurse und verschiedene Beratungsangebote) den anderen umsonst zur Verfügung stehen. Dadurch können wir einen Teil unserer Bedürfnisse befriedigen, ohne dabei eine Verrechnung von Leistung und Gegenleistung vorzunehmen. Da bei dieser gegenseitigen Hilfe die Übereinstimmung der vorhandenen Bedürfnisse und Tätigkeiten noch weitgehend zufällig bleibt, wollen wir künftig darüber hinaus zu einer Gemeinschaftsarbeit gelangen, die auf gemeinsamen Übereinkünften beruht. In diesem Bereich entwickeln wir uns aber gerade weder qualitativ noch quantitativ weiter. Vielmehr stagniert die Projektgemeinschaft auf dem gegenwärtigen Niveau. Dies hat vermutlich verschiedene Gründe: Einige Aktive haben kein Interesse am Ausbau der Projektgemeinschaft. Anderen fehlt die Zeit und Energie, um sich mehr einzubringen. Wir gewinnen kaum noch neue Aktive.

Viele von uns sind unzufrieden mit dem momentanen Zustand der Projektgemeinschaft. Aus dieser Unzufriedenheit haben sich erste Versuche ergeben, vor allem nach neuen Wegen der Öffentlichkeitsarbeit zu suchen, bei der wir die Inhalte mehr selbst bestimmen und bei der wir mit einem stärkeren Akzent als bisher Menschen zum mitmachen einladen wollen. Auch gibt es erste Ideen künftig vermehrt Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu gestalten und Kontakte zu anderen Projekten solidarischen Wirtschaftens zu knüpfen.

Sollte es uns nicht gelingen, gemeinsam mit den anderen Projekten des Arbeitskreises einen Zusammenhang solidarischen Wirtschaftens jenseits des Marktes aufzubauen, werden wir, so unsere Befürchtung, zu einer karitativen Einrichtung verkommen.●

Fahrradselbsthilfewerkstatt Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg

SCHLUSS MIT DER ROMANTISIERUNG DER WANDERNDEN HANDWERKSGESELLiNNEN!

Weder Gunst noch Verlaub

WandergesellInnen begegnen einem/r immer wieder in linken Strukturen und Häusern. Viele Linke sehen in der Walz die Verwirklichung von Freiheit, Ungebundenheit und Kosmopolitismus und unterstützen daher die WandergesellInnen. Der folgende Text versucht dieses romantisch verklärte Bild zu brechen und eine grobe linksradikale Analyse der GesellInnenschaft zu liefern.

HISTORISCHES

Die GesellInnenvereinigungen gründeten sich gegen Ende des Mittelalters als Kampfgemeinschaft für die GesellInnen gegenüber den Zünften der MeisterInnen und den Städten. Sie sind somit Ursprung der Gewerkschaften, ihr allgemeines Weltbild ist dementsprechend.

Um 1900 wurde die Tradition von einigen Handerwerkergesellen wiederbelebt, nachdem sie in der Industrialisierung fast zu Grunde gegangen war. Neue Gesellenvereinigungen, die sog. Schächte, gründeten sich – im Gegensatz zum Mittelalter jedoch unter Ausschluss von Frauen. Die damals festgelegten Regeln werden heute unhinterfragt als »die Tradition« übernommen. Derzeit gibt es mehrere Schächte – in nur zwei von ihnen sind Frauen akzeptiert – und die informell organisierten Freireisenden.

Die GesellInnen empfinden sich als keinem Regime oder Staat verpflichtet. Durch ihre geheimbündische Organisation haben sie auch die Nazis überlebt. Sie gelten seit Jahrhunderten als aufrührerisch, auch heute werden sie vom Verfassungsschutz beobachtet. Dass dies besonders heutzutage mehr Mythos als tatsächlich gelebte Widerständigkeit ist, wird noch gezeigt werden.

Als Ausdruck ihrer Traditionsverbundenheit tragen die GesellInnen die als historisch empfundene Kluft und sprechen Versatzstücke der Gauner- und Vagabundensprache Rotwelsch.

STRUKTURELLES

Obwohl die WandergesellInnen im Vergleich zu den Studentischen Verbindungen keine nationalistische und faschistische Weltsicht pflegen, gibt es einige Ähnlichkeiten. Diese liegen vor allem in der autoritären Formiertheit und dem Wertkonservativismus. Wie bei den Verbindungen gibt es Initiationsrituale, gruppeninterne Repression, Hierarchien und strenge Regeln. Denken und Handeln sind stark an der Tradition und ihrer korrekten Ausübung ausgerichtet.

Die WandergesellInnen dienen jedoch, im Unterschied zu den Studentischen Verbindungen, nicht der Eliten- oder Lobbybildung. Es gibt jenseits der gewerkschaftsnahen Grundtendenz keine feste politische Ausrichtung. Eine Ausnahme mag der als linksradikal geltende Schacht »Axt und Kelle« darstellen, über den aber nichts genaueres herauszufinden war.

Initiation, Unterwerfung, Rituale

Wer zünftigeR reisendeR HandwerkerIn werden will, muss sich einem Initiationsritual unterwerfen. Zunächst muss mensch eine/n bereits reisende/n Gesellin/en finden, der/die eineN »losbringt«. DieseR »ExportgesellIn« prüft dann, ob mensch es auch ernst meint. Vor dem vereinbarten Losgeh-Termin dringt der Export dann in das Leben des /der Aspirantin/en ein und beginnt mit der Einweisung in die Regeln.

Es gilt die Bannmeile festzusetzen, jenen Kreis um Heimat- und Arbeitsort, den der/die künftige Wandergeselle/in nicht mehr zu betreten hat, bis er/sie wieder »einheimisch« wird, also die Wanderschaft beendet hat. Der »Export« kümmert sich um diverse bürokratische Vorgänge und bestellt die »Kluft«, welche noch »zünftig« umgestaltet wird – bis zum Annähen der Knöpfe gibt es nämlich exakte Vorschriften, wie die Uniform auszusehen hat.

Auf der zu feiernden »Losgehparty« wird dem/der AspirantIn vor versammelter Partymenge die zivile Kleidung aus- und die Uniform angezogen. Anschließend wird ihm/ihr mit Hammer und Nagel ein Ohrloch genagelt, in dem er/sie einen Ohrring zu tragen hat. Dabei geht es nicht ohne demütigende und erniedrigende Spielchen und Trinkrituale ab. Immer wird die Person auf einem Tisch festgenagelt und muss sich mit einem Pfand freikaufen, oft wird die Uniform mit Bier übergossen, was besonders unangenehm ist, da der/die Betroffene ja nun keine andere Kleidung mehr tragen darf. Art und Härtegrad der Erniedrigungsspiele variiert mit den Schächten und dem Charakter des Exportgesellen.

Aufgebrochen wird zu Fuß und meist wird in dieser ersten Woche noch so das eine oder andere Spielchen mit dem Neuling getrieben. Sobald die Bannmeile verlassen ist, bekommt der Neuling vom Export sein/ihr persönliches Wanderbuch ausgehändigt. Es beinhaltet Foto und Personalien des/der Gesellen/in, eine Karte der Bannmeile und Widmungen der Angehörigen. Das Wanderbuch dient der Dokumentation der Reise und ersetzt in Deutschland offiziell den Personalausweis.

Uniformierung

Über die Uniform und die Art, wie sie zu tragen ist, gibt es eine Menge »zünftiger« Regeln. Man darf den Hut nie abnehmen außer im Bett und in der Küche, das Jackett muss zur Begrüßung stets geschlossen sein, die Knöpfe müssen so angenäht sein, dass der Faden ein Z beschreibt, sogar die Schlagweite der Hose ist festgelegt.

Ausriss aus Broschüre: Hinaus in die Ferne (siehe rechts oben)

Freireisende tragen außerdem keine »Ehrbarkeit« genannte Krawatte wie die in Schächten organisierten, und müssen den Kragen ihres Hemdes einschlagen. Diese und einige Regeln mehr werden sehr ernst genommen und sind Gegenstand etlicher Diskussionen und Schwanzvergleiche darüber, wer am besten weiß, was eine zünftige Kluft ist.

Sinn der Uniformierung ist es, von der Normalbevölkerung als »Tippelbruder/-schwester« erkannt zu werden, um in den Genuss der vielen Vorteile, die mit diese Tradition verbunden sind, zu kommen. Gleichzeitig wirkt sie verhaltensnormierend, da durch den Wiedererkennungswert sich ein schlechter Eindruck auf alle auswirken würde. Bei meinen Recherchen wurde mir immer wieder vorgehalten, dass ich nicht alle über einen Kamm scheren dürfe, da jedeR individuell anders sei. So will mensch zwar die Vorteile einer Uniform nutzen, die negativen Auswirkungen aber nicht sehen und auch nicht reflektieren.

Wie bei SoldatInnen, PolizistInnen und anderen UniformträgerInnen hat auch die GesellInnenkluft eine gewisse Eigendynamik. Sie schweißt enger zusammen, was Kritikfähigkeit erschwert (Stichwort: Corpsgeist), erstickt das Individuelle des Menschen, der darin steckt, erhöht so das große Ganze über das scheinbar kleine Individuum und lässt auf alle »ZivilistInnen« hochmütig herabblicken – diese werden denn auch in faschistoider Abwertungsmanier als »Kuhköppe« bezeichnet – was so viel meint wie Nicht-wissende, Nicht-eingeweihte.

Freiheit, Verregelung, Repression

Während die WandergesellInnen sich als unter der Flagge der Freiheit reisende wähnen, ist ihr Leben also von allerlei Verhaltensnormen und Regeln eingeschränkt. Diese sind NICHT an den konkreten Bedürfnissen der Beteiligten ausgerichtet, kommen NICHT durch Konsens zustande und richten sich NICHT an einer allgemeinen Sinnhaftigkeit aus. Sie sind eben da, um eingehalten zu werden. Wer hinterfragt, kann als nicht zur Wanderschaft tauglich ausgeschlossen werden.

Als Beispiele seien noch gegeben, dass wer auf »Tippelei« geht, kein Handy besitzen, nicht verheiratet sein und für Übernachtung und Reise nichts bezahlen darf. Kleinere Unsinnsregeln handeln davon, wie hoch mensch den Wanderstock beim Gehen heben oder wann mensch zu Hause anrufen darf und derlei mehr.

Wer die Regeln nicht achtet, sieht sich bestenfalls mit immer wieder kehrenden Diskussionen und Rechtfertigungszwang konfrontiert. Die Regeln werden im Allgemeinen nicht als verhandelbar wahrgenommen. Extreme TraditionsfetischistInnen betrachten ihre Infragestellung als »Schlag ins Gesicht der Urväter«.

Größere Regelbrüche, wie etwa der Besuch der Bannmeile, werden mit Repression geahndet. Die Person wird gestellt, ihr werden ggf. Wanderbuch und Ohrring (den SchachtgesellInnen auch die »Ehrbarkeit«) abgenommen wenn nicht herausgerissen und der Abbruch der Wanderschaft kann erzwungen werden. Dieser Vorgang nennt sich »Ausrupfen«, es handelt sich um ein Demütigungsritual.

Besonderer Repression sind all jene ausgesetzt, die es wagen, auf Wanderschaft zu gehen, ohne »zünftig losgebracht« worden zu sein. Diese »Wildreisenden« werden, so sie auf zünftige GesellInnen treffen, gerne vor die Wahl »Unterwerfung oder Heimkehr« gestellt. Oft geht dies mit körperlicher Bedrohung und Gewalt einher. Wildreisende gelten als Gesindel, das die Ehre der reisenden HandwerkerInnen bedroht, wenn nicht beschmutzt. Sie sind quasi vogelfrei und die GesellInnen erlauben sich Selbstjustiz inklusive Körperverletzung und Freiheitsberaubung.

Trotzdem wird die Wanderschaft im Denken stets mit enormer Freiheit verknüpft. Die ganze Welt stünde einem/r offen, mensch sei ungebunden, könne jederzeit den Ort wechseln, habe keine Verantwortung außer für sich selbst. Das Unterworfensein unter eine Gemeinschaft wird genausowenig wahrgenommen wie die Tatsache, dass dieser Freiheitsbegriff allein mit kapitalistischer Logik definiert wird. Im Prinzip wird Freiheit mit Egoismus verwechselt. Dass soziale Freiheit nicht ohne soziale Verantwortung, Solidarität und Autonomie jedes Menschen funktioniert, und dass es niemals Freiheit geben kann, wo es Unterwerfung und Repression gibt, entgeht der aus politischer Dummheit geborenen Blindheit einer Gesellenideologie.

Das Fundament der Macht

Um überhaupt Menschen zum mitmachen zu bewegen, müssen die GesellInnen etwas in der Hand haben, für das mensch die Unterwerfung in Kauf nimmt. Also wird um das Wesen der Wanderschaft ein großes Geheimnis gemacht. Ist es vorher schon schwierig genug, Informationen zu bekommen, so erfährt mensch das Wichtigste erst nach der Initiation. Das ist zum Einen der streng geheime Spruch, der aufgesagt wird, um sich für Unterkunft, Essen, Trinken, Kulturveranstaltung oder Transport einzuschnorren. Es handelt sich um ein einfältiges Gedicht, in dem mensch sich mit Namen, Herkunft und Beruf vorstellt, sagt, wie lange sie schon reist und noch reisen wird, worum sie bittet und was sie demjenigen wünscht, der die Bitte gewährt, sowie ein paar ausschmückende Zeilen über Handwerk und Wanderschaft. Das Ganze beginnt mit den Worten »Mit Gunst und Verlaub« und hat nicht mehr literarischen Stil als Hans-und-Hannelore-NormalbürgerIn an einem Abend zusammenreimen kann.

Abreisezeremoniell eines Gesellen Quelle: www.rechtschaffene-maurer.de

Das zweite große Geheimnis ist das sogenannte Reisegeld, dass mensch sich täglich auf den Bürgermeister- und vergleichbaren Ämtern abholt. Dies ist nichts anderes als der jedem obdachlosen Menschen zustehende Sozialhilfe-Tagessatz. Dass die GesellInnen diese Pfründe nur mit denen teilen, die sich ihrer gemeinschaftlichen Kontrolle unterwerfen, wird nun besser verständlich. Es geht um Privilegien, die es zu verteidigen gilt.

»Wanderschaft ist, was Du draus machst«

Dieser Satz wird gebetsmühlenartig wiederholt. JedeR soll angeblich selbst herausfinden, was die drei Jahre für ihn/sie bedeuten. Tatsächlich aber gibt es wenig Spielraum, denn sobald diese Bedeutung außerhalb des festgelegten Rahmens liegt und sich den gängigen, innergesellInnenschaftlichen Diskursen verweigert, endet die Akzeptanz. Dann werden diverse Mantras über das, was Wanderschaft sei und nicht sei, heruntergebetet. Es handelt sich also um einen Double Bind: Wanderschaft ist, was Du draus machst, aber wir sagen Dir, was Du daraus zu machen hast.

Informationsbroschüre für Bauhandwerker über die zünftige Walz

Informationsbroschüre für Handwerker

Die Tradition als Religion

Viele WandergesellInnen betrachten ihre Tradition mit religiöser Überhöhung. Die Walz erscheint als ein größeres Ganzes, vor dem das Individuum mit seinen Bedürfnissen und Eigenheiten nichts zählt. Wichtig ist nur die richtige Einhaltung der Regeln, die Gemeinschaft der WandergesellInnen und die Traditionspflege. Regeln zu verändern oder abweichendes Verhalten zu akzeptieren, wäre Frevel, Betrug am Ganzen, eben jener »Schlag ins Gesicht der Vorväter«.

In diesem engen sozialen Rahmen kontrollieren sich die GesellInnen wie in einer Sekte gegenseitig. Wer etwas anders sieht, hat »es« eben nicht verstanden, taugt nicht für »die Wanderschaft«. Der Glaube an die Tradition und die Unterwerfung unter sie bedingt, dass ihre Aufrechterhaltung auch in sinnlosen Momenten wichtiger ist, als einen einfacheren, bedürfnisorientierten Weg zu finden. Die »Freiheit«, zu machen was mensch will, besteht eben nur innerhalb des religiösen Rahmens.

Autoritäre Formierung

Alles in allem lässt sich eine deutliche autoritäre Formierung erkennen. Die Autonomie des Individuums erfährt keinerlei Achtung. Auf Emanzipation wird keinen Wert gelegt. Mit dem Wort »Freiheit« auf den Lippen werden Gruppenzwänge, Unterwerfungszeremonien, Demütigungsrituale, persönliche Herrschaft, Machtstrukturen und Selbstaufgabe im Namen des höheren Ganzen praktiziert. Sowohl das Kokettieren mit dem hohen Gut »Freiheit« wie auch die dieser völlig entgegengesetzten, archaisch-barbarischen Praxis unterscheidet die WandergesellInnen vom durchschnittlichen deutschen Hobbyverein und rückt sie in die Nähe reaktionärer, faschistoider, patriarchaler oder bestenfalls extrem konservativer Strukturen wie Studentische Verbindungen, dörfliche Burschenschaften, soldatische Vereinigungen und anderen. Dass Frauen partizipieren, ändert den grundsätzlichen Charakter nicht.

POLITISCHES

Auch als politischer Körper lassen die Strukturen der WandergesellInnen einiges zu Wünschen übrig. Emanzipatorisches Ansinnen, Kampfesgeist und politisches Bewusstsein, das den Beginn der GesellInnenschaften vor vielen hundert Jahren auszeichnete, fehlen heute als kollektiver Anspruch.

Es gibt kein klares Bekenntnis zum Antifaschismus, statt dessen herrscht eine radikale Free-Speech-Ideologie vor, gepaart mit dem Imperativ der Freundlichkeit nach außen: solange alle freundlich sind, dürfen sie auch RassistInnen, AntisemitInnen, SexistInnen, homophob oder

Fortsetzung nächste Seite

LANDWEGE EG, LÜBECK – ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT:

Konkurrenten unter einem Dach: geht das?

Die Massenproduktion von Konsumgütern wird das Leben der Menschen nicht verbessern. Ganz im Gegenteil: Dem Produzieren um des Produzierens willen folgt das Konsumieren um des Konsumierens willen.
nach Ébénézer Njoh-Mouelle (Afrika)

Mitte der 70er-Jahre hat sich in Deutschland eine handlungsorientierte Bewegung aufgetan rund um die Themen gesunde Ernährung, ökologische Landwirtschaft, regionale Wirtschaftskreisläufe. Unterschiedlichste Konzepte wurden seitdem erprobt. Eines der Konzepte aus dieser Zeit wurde unter dem Namen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft bekannt. Sie stellt direkte Handelsbeziehungen zwischen regionalen Erzeugerbetrieben und ihren Kunden her. Diese Direktvermarktung kommt ohne Großhandel aus und spart so die Großhandelsmarge. Heute ist das Bio-Segment auf dem Markt heiß umkämpft. Es ist aber abzusehen, dass am Ende nur wenige Konzepte überleben werden. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften haben gute Chancen, dazu zu gehören.

Bernd Wulf, Red. Genossenschaften ● Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft LANDWEGE eG ist eine Genossenschaft. Sie hat ihren Sitz in Lübeck, der zweitgrößten Stadt mit etwas über 200.000 Einwohnern im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein. Sie ist ein Zusammenschluss von Produzenten und Konsumenten biologischer Lebensmittel aus der Region. In diesem Konstrukt verbergen sich einige Besonderheiten, die sehr gut mit der Rechtsform der Genossenschaft harmonieren. Unmittelbarer Gründungsimpuls war die atomare Katastrophe im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl im Jahre 1986. In Lübeck gründete sich die Vereinigung »Eltern für unbelastete Nahrung«. Weitere Initiativen griffen das Thema auf. Aus diesen Kreisen fand sich eine kleine Gruppe zusammen mit dem Ziel, gesunde und unbedenkliche Lebensmittel zu beschaffen. Sie nahmen Kontakte auf zu den wenigen bereits existierenden Bio-Höfen rund um Lübeck.

Sicherheit über die Herkunft

Das Bio-Zertifikat garantierte ihnen die Qualität, die Höfe die Herkunft. Und das wurde fortan zur Devise: die Direktvermarktung ökologischer Produkte aus der Region. Weit entfernt von professioneller Organisation fanden die ersten regionalen Bio-Produkte ihren Weg zu Lübecker Haushalten. Es war die Zeit der Bio-Pioniere. Zu Hunderten kamen die neuen Kunden zusammen, wenn es die Gelegenheit gab, einen der Bio-Höfe zu besichtigen. Bio wurde Trend.

Genügte in den ersten Monaten des Jahres 1987 eine private Garage in der Stadt, die wenigen Produkte an die Haushalte zu verteilen, so gab es schon wenig später eine Verteilstelle mit Kühlraum. 1994 wurde der erste Naturkostladen eingeweiht, damals mit 100 qm Ladenfläche ansehnlich groß. 2002 folgte die Eröffnung eines Naturkostsupermarktes mit über 300 qm Ladenfläche. Und schon wieder stößt die EVG LANDWEGE an Grenzen, sucht nach neuen Standorten. Der erste Laden ist inzwischen viel zu klein und kaum noch wirtschaftlich zu betreiben. Ein drittes Ladengeschäft kommt demnächst dazu und das erste soll bereits vergrößert werden.

Auffälligstes Merkmal der Genossenschaft ist – zumindest auf den ersten Blick – ein Interessengegensatz. In der Gemeinschaft von Erzeugern und Verbrauchern haben sich Marktkonkurrenten vereint. Im Interesse der Erzeuger liegen hohe Erlöse und damit hohe Preise, das Interesse der Verbraucher ist es, Kosten für die Lebenshaltung gering zu halten und damit zu niedrigen Preisen einzukaufen. Mit diesem Konstrukt wurden trotz des Gegensatzes beste Erfahrungen gemacht. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich, dass am Ende beide Seiten profitieren. Es gibt nämlich nicht nur diesen Gegensatz, sondern auch Gemeinsamkeiten, die in der Summe deutlich schwerer wiegen als der vermeintliche Gegensatz.

Die Verbraucher spielen eine wichtige Rolle für die Höfe. Sie bieten ihnen ein sicheres Absatzkontingent. Die Höfe brauchen sie. Aber: Die Verbraucher sind auch auf die Höfe angewiesen, denn sie sind nicht gleichwertig zu ersetzen. Wer regionale Bio-Produkte kaufen will, muss mit den regionalen Bio-Höfen verlässliche Geschäftsbeziehungen aufbauen. In diesem Bewusstsein und mit viel Verhandlungsgeschick der EinkäuferInnen der Genossenschaft wurden bis heute immer Lösungen gefunden, die für beide Seiten positiv oder zumindest akzeptabel sind. Auf diese Weise entstanden dauerhafte und stabile Beziehungen und über das Geschäft hinaus über die Jahre auch persönliche Verbundenheiten und Freundschaften. Diese Beziehungen festigen die Grundlage des Geschäftlichen.

Darüber hinaus ist es gemeinsames Ziel, den Öko-Landbau voranzubringen, insbesondere in der Region selbst. Nicht zuletzt entstehen stabile Strukturen durch die genossenschaftlichen Prinzipien: die gemeinsame Verantwortung, die selbstbestimmten Ziele, das gemeinschaftliche Handeln. Diese Regeln bestimmen den Umgang miteinander, schaffen Verlässlichkeit und Stabilität. Es ist dieses Geflecht von Bindungen und Beziehungen, das diesem außergewöhnlichen Geschäftskonstrukt seine Energie verleiht.

Foto: Landwege eG

Foto: Landwege eG

Raus aus der Nische

Zu Beginn der Bio-Welle in den 80er Jahren fand Bio-Vermarktung in einer gesellschaftlichen Nische statt, oft belächelt wegen der Verschrobenheiten ihrer Akteure und ihres ebenso oft dogmatischen Auftretens. Die meisten Bio-Kunden kaufen heute einen Teil ihrer Lebensmittel biologisch und den Rest konventionell ein. Der Haushaltsetat der Kunden entscheidet den Bio-Anteil am Lebensmitteleinkauf. Im Extremfall sind die Einkaufsquellen Bioladen und Discounter, extrem gut das eine, extrem billig der Rest. An der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft LANDWEGE schätzen die Kunden das konsequent biologische und soweit möglich regionale Warenangebot. Gleich, welcher Artikel im Einkaufskorb landet, er stammt aus ökologischer Produktion. Diese Besonderheit verleiht den Läden der Genossenschaft eine Glaubwürdigkeit, die Bio-Produkten im konventionellen Supermarkt abgeht. Doch die Supermärkte holen auf mit hohen Umsatzzuwachsraten im Bio-Sektor.

Die Naturkostläden werden sich auf eine härtere Gangart einstellen müssen. Nur ein klares und unterscheidbares Profil vom Bio-Mainstream sichert ihnen auf längere Zeit eine Überlebenschance gegenüber der Bio-Billig-Konkurrenz der Supermarktketten. Der Erfolg der EVG LANDWEGE in dieser Auseinandersetzung entscheidet auch über das Überleben ihrer Mitgliedsbetriebe. Bei ihnen handelt es sich durchweg um Familienbetriebe oder Betriebsgemeinschaften, zu denen sich mehrere Familien zusammengeschlossen haben. Die Arbeitsweise dieser Höfe hat Manufakturcharakter. Sie produzieren Vielfalt in kleinen Mengen. Viele Höfe backen eigenes Brot, stellen Käse und Wurstspezialitäten her. Als Folge tragen sie hohe Arbeitskosten, sowohl bei der Produktion als auch bei der Aufbereitung und Vermarktung ihrer Produkte.

Starke Wechselwirkungen

Überregional aktive Bio-Großproduzenten monopolisieren dagegen ihre Produktpalette. Industrielle Arbeitsverfahren halten Lohnkosten gering, verkraften Marktdruck auf die Erzeugerpreise. Diese Produkte greifen die konventionelle Alternative im Supermarktregal frontal an. Produkttests zeigen, dass es allerdings die Qualität ist, die hierbei auf der Strecke bleibt. Wer Frische will, kommt an Regionalität nicht vorbei. Parallel dazu werden verwässerte Bio-Standards eingeführt. Die Naturkostbranche wird kräftig gegenhalten müssen, um Unterschiede herauszustellen. Der Markt spaltet sich in Produkte mit Mindeststandards in den Regalen der Supermarktketten und in solche mit Premium-Qualität in ausgewählten Naturkostläden. Die EVG LANDWEGE setzt auf Premium-Ware. Und die Erzeugerbetriebe der EVG tun dies sowieso.

Für die EVG ist Belieferung durch die regionalen Mitgliedsbetriebe – es sind zurzeit knapp 20 Betriebe – aufwändig: viele Lieferanten kleiner Mengen, viele Rechnungen, viele Überweisungen, hoher Buchhaltungsaufwand. Kunden wissen dieses Angebot zu schätzen: der Kunde kann wählen, von welchen Höfen seine Einkäufe stammen. Viele Kunden haben ihre Treue zu bestimmten Höfen entwickelt. So entstehen Bindungen nicht nur zwischen Konsumenten und der Genossenschaft, sondern ebenso zwischen Konsumenten und Erzeugerbetrieben. Die Genossenschaft erfüllt die Wünsche ihrer Mitglieder, indem sie diesen Aufwand betreibt. Sie nimmt die damit verbundenen wirtschaftlichen Belastungen durch Mehraufwand in Kauf, da sie nicht den größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg zum Ziel hat, sondern die Tätigkeit zum Nutzen ihrer Mitglieder. Bei kapitalgesteuerten Unternehmen hätte dieses Prinzip keine Chance.

Gemeinsam zum Erfolg

Als Lieferanten für Supermarktketten hätten die beteiligten Bio-Betriebe schon heute aufgegeben. Sie sind auf ein höheres Preisniveau angewiesen. Und das bietet ihnen die Genossenschaft. Sie verfolgt als Ziel, Erzeugerpreise zu zahlen, die den regionalen biologischen Landbau unterstützen, seine Existenz sichern und für die Zukunft stabilisieren. Das ist Wirtschaften zum Nutzen ihrer Mitglieder, wie es das Genossenschaftsgesetz vorsieht. Renditeerwartungen sind demgegenüber nachrangig. Allerdings finden Ausschüttungen in kleinerem Umfang statt: Es sind Dividenden an die vielen Mitglieder aus dem Kreis der Erzeuger und Verbraucher. Mit diesen Dividenden sichert sich die Genossenschaft das notwendige Eigenkapital. Zurzeit hat die EVG LANDWEGE rund 350 Mitglieder. Wirtschaftliche Überschüsse bleiben zum größten Teil in der Genossenschaft. Mit ihnen wird die Expansion vorangebracht. So vergrößert sie den Nutzen für die Mitglieder stetig.

Kommunikation ist wesentliches Handlungsprinzip gemeinschaftlichen Arbeitens im Team und wird nach Kräften gefördert. Die Geschäftsführung betreibt der Vorstand. Ihm unterliegt die Verantwortung. Entscheidungen des Vorstandes werden in Teamsitzungen vorbereitet, anschließend besprochen und begründet. Das schafft Transparenz und Vertrauen. Darüber hinaus motiviert der Vorstand zur Übernahme von Verantwortung. Schulungen unterstützen die Entwicklung professioneller Strukturen innerhalb der Genossenschaft. All dies bewirkt eine starke Bindung der Mitglieder des Teams an die Genossenschaft. Sie lernen die Besonderheiten gemeinschaftlichen Arbeitens schätzen. Die Zufriedenheit mit der Arbeitssituation überträgt sich auf den Umgang mit den Kunden. Der Kunde spürt die freundliche und offene Grundstimmung. Für Viele ist dies ein wesentlicher Grund, regelmäßig bei der EVG einzukaufen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 12

eben autoritär und herrschsüchtig sein.

Eine verlässliche Entscheidungsstruktur mit für alle verbindlichen Ergebnissen gibt es bei den »Freien« nicht. Die Schächte sind überwiegend autoritär-hierarchisch organisiert. Freireisende sind daher mit dem Problem der persönlich-willkürlichen Auslegung dessen konfrontiert, was als geltende Regel ausgegeben ist.

Wie für das Handwerk im Allgemeinen immer noch üblich, ist auch die WandergesellInnenszene gründlich mit Sexismus durchsetzt. Frauen gelten vielen als »unzünftig«. Sie würden die männliche Bruderschaft stören, sie gehörten nicht ins Handwerk, sie würden nur Zwist und Unfrieden sähen.

PERSÖNLICHES

Die vorliegenden Betrachtungen sind das Ergebnis persönlicher Erfahrungen. In der Auseinandersetzung mit einem Freund, seinem Export und diversen anderen reisenden und »einheimischen« GesellInnen wurden all jene Kenntnisse gesammelt, die die Basis dieses Textes bilden. Statt drei Jahren dauerte die Walz des Freundes nur einige Wochen. Er kehrte heim, kurz bevor sie ihn dazu zwingen konnten. Wanderbuch und Ohrring wurden ihm abgenommen und er wurde bis zur Haustür seiner Eltern zwangsbegleitet.

Der für Vieles verachtenswerte Staat BRD hat Gesetze, um Menschen vor solcher Behandlung zu schützen: Nötigung, Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Raub sind Straftaten nach dem StGB.

OUTRO

Wer »die Freiheit« unablässig im Munde führt, muss sich auch an ihr messen lassen; aber hier versagen die WandergesellInnen auf ganzer Linie. Die derzeit vorherrschende zünftige Traditionspflege ist stark autoritär formiert, überwiegend sexistisch und hat unübersehbaren Sektencharakter. Dies sollte allen bewusst sein, die mit wandernden HandwerkerInnen in Kontakt treten oder sich für die Walz interessieren.●

AK A-fem

Po Po Postoperaismus

Mit dem Aufstand der ZapatistInnen 1994 in Mexiko und der weltweiten Protestbewegung gegen die Globalisierung hat die Debatte um neue politische Konzepte wieder an Fahrt gewonnen: Was ist heute »Arbeit«, wie konfiguriert sich das internationale politische System und die globale Wirtschaft neu? Wer sind die Subjekte der Befreiung und wie organisieren sie sich? Wie soll und kann die Linke gesellschaftliche Verhältnisse verändern, ohne in Staatlichkeit und Bürokratie zu erstarren?

Eine besondere Bedeutung erlangten bei diesen Diskussionen die 2002 und 2004 auf deutsch erschienenen Bücher *Empire* und *Multitude* von Michael Hardt und Antonio Negri sowie *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen* des in Mexiko lebenden John Holloway. Alle drei werden mehr oder weniger der politischen Tradition des sogenannten Postoperaismus zugeschlagen, der die in Italien vor allem in den 1960er und 1970er Jahren entstandene Theorie des Operaismus weiterentwickelt. Von dieser Spannung lebt auch das Buch: Was kann noch als Weiterentwicklung, was muss schon als neuer grundlegender Ansatz angesehen werden. Ist zum Beispiel das Konzept der Multitude in eine historische Kontinuität zum Konzept der Arbeiterautonomie und des gesellschaftlichen Arbeiters zu stellen? Wird heute Herrschaft durch Disziplinierung oder durch Kontrolle hergestellt? Ist »Wissen« heute wirklich Produktivkraft wie gleichzeitig Werkzeug der Organisation der Klasse?

Die beiden Autoren sind Redakteure der erst Anfang 2002 gegründeten und in Wien seitdem vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *grundrisse*. Sie ist im linken Diskurs etabliert und ein kleiner, dafür aber umso soliderer Beitrag für eine Erneuerung radikaler Politik. Birkner und Foltin liefern eine ideengeschichtliche Herleitung des Postoperaismus, der vor allem durch Einflüsse der französischen postmodernen Philosophie entstand, und geben eine Übersicht über zentrale Texte.

Damit verwoben ist immer die realgeschichtliche Darstellung gesellschaftlicher Kämpfe und wie diese ihren Niederschlag in theoretischen Analysen finden. Hier reicht die Zeitspanne von den Arbeiterkämpfen in Italien und Westdeutschland über Selbstorganisationsprozesse in Argentinien und antirassistische Kampagnen bis hin zu neusten vielfältigen Aktivitäten gegen Prekarisierung in Westeuropa, die vor allem unter dem Stichwort Euro-Mayday bekannt sind.

Texte, die sich als Einführung in eine politische Theorie verstehen, haben es immer schwer. Sind sie den einen schon zu anstrengend und voraussetzungsvoll, so sind sie für andere zu oberflächlich oder setzen in ihren Augen falsche Schwerpunkte. Beide potentiellen Kritiken treffen auch für den hier vorliegenden Band zu. Die Autoren verlieren manchmal etwas die Distanz zu den von ihnen vorgestellten AutorInnen, haben aber mit ihrem Buch einen bemerkenswerten Anreiz verfasst, sich weiter mit dem doch etwas sperrigen Gegenstand weiterzubeschäftigen.●

Bernd Hüttner

Martin Birkner/Robert Foltin: »(Post-)operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Mulitude«, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2006; 10 EUR
www.theorie.org

Neue Wochenzeitung für die Schweizer Linke

Von der linken Zeitungskrise und der Debatte um die schwindende Bedeutung gedruckter Nachrichten unbeeindruckt, organisiert sich derzeit in der Deutschschweiz eine neue linke Wochenzeitung. Sie soll von und für die »widerständige Linke«, so die Eigenbezeichnung und Abgrenzung gegen die gar zu arg angepasste Linke, da sein. Unter dem Namen »antidot« wird das neue Projekt ab Mai 2007 wöchentlich erscheinen.

Die Vorgeschichte zu diesem konzeptionell etwas an der deutschen *jungle world* orientierten Versuch ist lange. Seit 1981 erscheint wöchentlich die *WOZ* als überregionale linke Zeitung der Deutschschweiz. Sie hat in der Zwischenzeit eine ähnliche Entwicklung wie die *taz* hinter sich: gegründet als Gegenöffentlichkeitsprojekt der 1980er Jahre wurde man zusehendens zur linksliberalen Zweitzeitung, die ihre Auflage einfach nicht steigern kann. Hinzu kommt die ökonomische Problematik, so hat die *WOZ* eine Auflage von weit unter 15.000 Exemplaren und der aus Anzeigen erwirtschaftete Betrag ist, wie auch bei der taz, relativ gering. Herausgeberin der *WOZ* ist die Genossenschaft *infolink*, der alle *WOZ*-MitarbeiterInnen angehören (siehe auch CONTRASTE Nr. 261).

Gleichzeitig gab es noch mit dem 1945 gegründeten *vorwärts* die Zeitung der Partei der Arbeit (PdA). Die PdA ist mittlerweile eine dogmatisch post-kommunistische Partei, die im Nationalrat und auch in kommunalen Parlamenten mit Sitzen vertreten ist.

Im Herbst 2005 hatten die Vorwärts-MacherInnen, unterstützt von anderen, einen Schritt zur Öffnung der Zeitung hin zur außerparlamentarischen Linken gemacht, der sich vor allem aus den gemeinsamen Erfahrungen aus den seit mehreren Jahren stattfindenden Mobilisierungen gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos speiste. Dieses Experiment wurde im Frühjahr 2006 von einer knappen Mehrheit der Trägerschaft des Vorwärts gestoppt und die Zeitung wieder enger an die PdA angebunden, der Redaktion im gegenseitigen Einvernehmen gekündigt. Diese Entwicklung stieß in der undogmatischen Linken der Schweiz, die gerade ein offeneres Verhältnis zum Vorwärts entwickelte, auf Unverständnis und scharfe Kritik.

Unter dem Titel *zwischenberichte* sind vom Sommer bis Dezember vier Nullnummern einer Zeitung aus den Bewegungen für die Bewegungen erschienen und ein Trägerverein gegründet worden. Die vorliegenden Ausgaben sind noch etwas dünn und stark vom Glauben an die Wirksamkeit von Gegenöffentlichkeit getragen. Diskussionsbeiträge, was denn nun die neue widerständige Linke sei und was sie denn nun politisch – grade im Unterschied zu anderen Linken Strömungen – wollen könnte, fehlen bislang. Eine Plattform der Auseinandersetzung für emanzipative Bewegungen in der Schweiz, wie es auf der website steht, sind die *zwischenberichte* noch nicht. Aber das kann ja noch werden.

Ökonomisch scheint die Redaktionsgruppe und der Trägerverein sehr optimistisch zu sein und die alternativmediale Mangelökonomie, wie sie in Deutschland vorherrscht, nicht zu kennen.●

Bernd Hüttner

www.antidot.ch, www.vorwaerts.ch

Dissidente Praktiken

Hannah Arendt sagt, dass das »Wunder der Freiheit« darin besteht, dass Menschen Prozesse unterbrechen und einen Neuanfang machen können. Jede Krise ist Niedergang und Erneuerung. Am Anfang des Sammelbands dokumentieren zwei Berichte über lokale und nachbarschaftsbasierte Initiativen in Detroit, einer Stadt auf dem Tiefpunkt industrieller und sozialer Zerstörung, diese Freiheit in einer Weise, die unter die Haut der Zeit geht. Neuanfänge von Menschlichkeit und Sozialem entstehen, indem Jugendliche in sichtbare Projekte einbezogen, öffentliche Räume z.B. durch Kultur wiederangeeignet und humane Beziehungen zwischen Menschen und zur Natur wiederhergestellt werden.

Nahezu alle Beispiele und Ansätze von Selbstorganisierung in dem Sammelband sind aus gesellschaftlichen Krisen geboren. Sie versuchen soziale und ökonomische Zusammenhänge neu zu erfinden und Kooperation als Form der Vergesellschaftung zu entwickeln. Sie stehen in dem Widerspruch, subversiv und herrschaftskritisch sein zu wollen, aber als Selbsthilfe und Eigeninitiative für den Sozialabbau und das Armutsmanagement äußerst funktional, ja herrschaftssichernd zu sein. Stephan Lanz analysiert in einem Vergleich von Fabrikbesetzungen, Kooperativen und einer Reggae-Gruppe in Argentinien und Brasilien, wie unterschiedlich die herrschaftskritischen und emanzipatorischen Potentiale sind. Alle bewegen sich in dem Dilemma, Elemente einer solidarischen Alternative vorwegzunehmen und gleichzeitig aber verflochten mit dem kapitalistischen Markt zu wirtschaften.

Ulla Peters unterscheidet drei Handlungsorientierungen in Wirtschaftsalternativen: »Integration (verbessern, mit denselben Methoden arbeiten), Alternative (Vision einer anders strukturierten Gesellschaft) und Dissidenz (dem Gegenwärtigen Energie entziehen, stören)«. Dissidente Praktiken verschieben – im Sinne Holloways – Machtverhältnisse, erweitern die Zwischenräume innerhalb kapitalistischer Herrschaft – ohne nach der Staatsmacht zu greifen. Verschiebung von Kräfteverhältnissen schafft Raum für praktische Erkundungen, für kleine Schritte ohne gleich große Gegenentwürfe von alternativer Ökonomie herstellen zu wollen.

In der Krise, so Irina Vellay, gewinnt die Gebrauchssphäre jenseits der Kapitalverwertung und Warenform an Bedeutung. Selbstorganisation und Selbsthilfe auf der Grundlage von Zugangsrechten zu »Gemeinheiten« wie öffentlichen Gütern ermöglichen dissidente Praktiken, die sich der Verwertungslogik zumindest teilweise entziehen. In den Rissen der neoliberalen Verhältnisse lässt sich so »von unten... Verfügungsmacht über die eigenen Existenzbedingungen« aufbauen.

Der Sammelband löst einen wichtigen Anspruch von Selbstorganisation ein: sie braucht eine ständige Reflektion und selbst-kritische Debatte. Auch wenn die Risiken der Kooptation und der Nischenexistenz groß sind, macht er mit den Worten von Friederike Habermann deutlich: »Glokale Inseln einer emanzipatorischen Lebensweise zu schaffen, ist unabdingbar bei der Suche nach der neuen Welt.«●

Christa Wichterich

Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters, Irina Vellay (Hg.): Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus 2006, 287 Seiten 19,90 EUR

KonsumKids

Wer den Einsatz der bildgebenden Verfahren wie PET oder MRT bislang nur aus der Medizin kannte, sieht sich mittlerweile eines Besseren belehrt. Viele Unternehmen wollen wissen, wie das Gehirn des Konsumenten auf Werbebotschaften und Produkte reagiert – und scheuen dazu keine Mühen. Neuromarketing heißt das neue Zauberwort, bei der die Konzerne auf das Know-how von Hirnforschern setzen. Der Clou: Durch Messung der Blutströmungen im Gehirn der Konsumenten erkennen die Forscher, welche Hirnregionen bei visuellen oder geschmacklichen Reizen reagieren. Entscheidend für die Akzeptanz eines Produktes durch unser Gehirn ist nämlich, ob die entsprechenden emotionalen Zentren auf die auferlegten Reize positiv reagieren. Einfacher ausgedrückt: Das Gehirn muss auf die angebotene Ware mit einem Gefühl der Belohnung antworten. Hinzu kommt eine weitere Finesse unseres Gehirns. Das Gefühl des eigenen Ich, unsere Selbstidentifizierung also, wird vom sogenannten medialen prefrontalen Cortex bestimmt. Bei Testpersonen, die sich während einer Magnetresonanztomographie (fMRT) verschiedene Markenprodukte ansehen mussten, zeigte sich in eben dieser Hirngegend eine erhöhte Blutströmung – aber nur dann, wenn sich die Probanden mit dem Produkt identifizierten. Jetzt nimmt sich das im S. Fischer Verlag erschienene Sachbuch »KonsumKids – Wie Marken unseren Kindern den Kopf verdrehen« der Thematik an.

Dass Neuromarketing einen massiven Einfluss auf das Gehirn des Menschen zu haben scheint, fanden auch Mediziner am Baylor College of Medicine in Houston, Texas, heraus. Nahezu alle Testpersonen bevorzugten im Blindversuch, also ohne Kenntnis der probierten Marke, Pepsi als Colagetränk. Der Konkurrent Coca Cola hingegen blieb als getarnte Version in der geschmacklichen Beliebtheit weit zurück. Entsprechenden fMRT-Bilder verdeutlichten, warum das so war: Pepsi löste im Belohnungszentrum des Gehirns, dem sogenannten ventral putamen, entsprechende Signale aus – Coke hingegen schaffte das in weitaus wenigeren Fällen. Daraufhin änderten die Forscher die Versuchsanordnung – und kamen zu einem sensationellen Ergebnis. Jene Menschen, denen Pepsi im Blindversuch besser schmeckte, fanden bei Nennung der Marken vor dem Verkosten mit einem Mal Coke leckerer. Denn das Produkt verfügte offenbar über das bessere Marken-Branding, und aktivierte dadurch den bereits erwähnten prefrontalen Cortex massiv. Anders ausgedrückt: Die Probanden identifizierten sich mit der Marke, bevor das Belohnungszentrum reagieren konnte. Dadurch suggerierten das Gehirn den besseren Geschmack – obwohl es ohne Markennennung eigentlich eine andere Geschmacksrichtung favorisierte. Dass Marketing »bereits tief in die Pathologie« des Menschen eingreift, meint auf Grund solcher Ergebnisse Gary Ruskin vom US-amerikanischen Verbraucherschutzverband *Commercial alert*, der in Portland seinen Sitz hat. Ruskin zufolge machen sich gerade bei Kindern mit Diabetes-Typ-2 oder Übergewicht die »epidemischen Folgen des Marketings« bemerkbar. Und: »Neuromarketing ist ein Tool, um diese Trends zu verstärken«.

Wer seine Kinder vor den dramatischen Folgen und Tücken der Marketingstrategien schützen will, muss sich auf eine Reise in die Funktionsweise des kindlichen Gehirns wagen. Am Ende dieser Reise wird der Leser des Buches »KonsumKids« verstehen, welches Entwicklungspotenzial Kinder haben – und wie leicht man sie nachhaltig prägen und formen kann.●

Quelle: www.lifegen.de

Marita Vollborn, Vlad Georgescu: KonsumKids – Wie Marken unseren Kindern den Kopf verdrehen S.Fischer Verlag, Frankfurt/M, 2006 ISBN: 3100278178, 13,90 EUR

Eine Camorra-Geschichte

Der Roman ist am Anfang zunächst gewöhnungsbedürftig, kommt der Text doch ohne Satzzeichen aus. Die Freunde von Rufzeichen, Beistrichen, Schlusspunkten etc. werden enttäuscht sein. Gewöhnt man sich aber an die unkonventionelle Schreibweise, taucht man in eine Erzählung ein, deren Fluss den / die LeserIn nicht mehr lässt. Der Autor führt in die Welt der süditalienischen Camorra, wobei nicht Action und wilde Verfolgungsjagden den Stoff der Story bilden, sondern die tristen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Jugendliche oft wegen der allgegenwärtigen Perspektivenlosigkeit in die Kriminalität drängen. Die verschiedenen Camorraclans bieten da Verdienstmöglichkeiten, Identität, eine eigene große Familie. Gleichzeitig wird Abweichung tödlich bestraft, Bandenkriege dezimieren die Bevölkerung. Und die schweigt, sobald polizeiliche Nachforschungen einsetzen. Viele Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft arbeiten mit der Camorra zusammen – sei es aus Angst, sei es aus Profitsucht. Immer wieder treten die Camorraclans auch als Rassisten auf. Denn Fremde und Asylanten, so fürchten sie, gefährden »ihre« soziale Ordnung in den Dörfern. Aber es gibt auch Gegenaktionen. Der Autor lässt keinen Zweifel offen, dass er zum Widerstand dazugehört.

Der Roman malt soziale Bilder der süditalienischen ländlichen Gesellschaft. Er lässt Ereignisse sprechen, moralisiert (fast) nicht. Er geht unter die Haut. Denn das alles passiert jetzt. Und ist nicht erfunden.●

Roman Schweidlenka

Nanni Balestrini: Sandokan. Eine Camorra-Geschichte, Assoziation A, Berlin / Hamburg 2006, 142 Seiten, ISBN 3-935936-55-9, 13 EUR

Mut machen zum alternativen Leben

Dass das sogenannte »alternative Leben« nicht freudlos sein muss, sondern mit lebendiger Fülle zu tun hat, zeigt eine ungewöhnliche Porträtbroschüre. Sie heißt »Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen«. Die Mosbacher Autorin Christine Denz hat zehn Interviews mit elf Menschen geführt, mit Frauen und Männern verschiedener Generationen aus ganz Deutschland. Sie hat Fragen gestellt, die viel Einfühlungsgabe verraten, aber auch kritische Distanz bewahren.

Allen Interviewpartnern ist gemeinsam, dass sie eines Tages einfach angefangen haben. Ernährung aus der Biokiste, ökologisches Bauen und Wohnen, Leben in Gemeinschaft, mit vielen Kindern, Fortbewegung ohne Auto, Teilen wichtiger Gebrauchsgegenstände: all das kann klappen, wenn man es richtig anpackt. Und das Erstaunliche: es entsteht daraus nicht Verlust, sondern Reichtum. An Beziehungen, an Sensibilität, an innerer Weite. Wir sehen Menschen, die so sind wie Du und Ich – und doch ganz schön anders, mit einer Ausstrahlung, die im besten Sinn »ansteckend« wirkt.

Schön ist auch die reich bebilderte Broschüre. Sie hat 72 Seiten. Die großartigen Porträtfotos von Tim Krieger rücken die Personen nahe, das farbige Layout wirkt plastisch und dennoch ruhig. Neben den Porträts findet man zahlreiche Anregungen und Mitmachprojekte, die den Einstieg ins andere Leben geradezu verlockend erscheinen lassen, dazu sorgfältig recherchierte Adressen und Literatur.

Eine ungewöhnliche Lektüre mit nachhaltiger Wirkung, die sich auch ausgezeichnet als Geschenk eignet.●

Dorothee Roos

Christine Denz: »Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen«. Bezug über die Ökumenische Initiative Eine Welt e.V., D-34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: (0 56 94) 14 17, 15 32
Email: info@oeiew.de
www.oeiew.de/oi-cms/publikationen.php
oder über den Buchhandel
ISBN-13: 978-3-00-019879-3

Die Politisierung der Lust

Die Autorin wagt in ihrem Buch den streitbaren Versuch, deutsche Geschichte unter Einbeziehung von Sexualität zu beleuchteten – sichtlich beeinflusst von Focaults These, dass Sexualität ein vermachteter Ort ist, an dem ganz andere Dinge »verhandelt« werden.

Ein Schwerpunkt dabei ist die Aufarbeitung von Mythen über das Dritte Reich; vehement widerspricht sie der vorherrschenden Annahme (auch in linken Theorien), der NS-Faschismus sei auf sexuelle Repression gestützt. Herzog sieht Anzeichen dafür, dass das Regime heterosexuelle Aktivitäten »arischer« Personen sogar gefördert hat. Die nachträgliche Umdefinierung des Dritten Reich's als sexuell repressiv sei mehr ein Ablenkungsmanöver, um Kontinuitäten nach dem Systemwechsel zu verdecken: Anhand zahlreicher Belege macht die Autorin deutlich, dass beispielsweise eugenische Vorstellung oder die Verfolgung Homosexueller nach dem Ende des Faschismus nahtlos fortgesetzt wurden.

Das Buch ist damit zugleich Kritik an Geschichtsschreibung, die je nach politischer Interessenslage ausfällt und verändert werden kann – belegt anhand vielfältiger Quellen. Kritische Blicke werden auch auf die Rolle der Kirchen geworfen, die sich während des NS-Faschismus mehr über sexuelle Ausschweifungen empörten als über Antisemitismus und Eugenik. Zudem werden die Sexualpolitik der DDR und die sexualpolitischen Debatten der 68er kritisch analysiert. Fazit: Ein sehr spannendes Buch mit Thesen, die für interessante Diskussionen sorgen könnten – unabhängig davon, ob mensch die Meinung der Autorin teilt.●

Espi

Dagmar Herzog: Die Politisierung der Lust. 2005, Siedler in München, 432 S., 24,90 EUR

»Blood Diamond«

»Blood Diamond«, ein Hollywoodthriller mit Leonardo di Caprio in der Hauptrolle, sorgt bereits vor dem deutschen Filmstart im Januar 2007 für Diskussion. Er rückt die Opfer der Kriege in Westafrika ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit, was bei dem internationalen Diamantenkonzern De Beers für Unruhe sorgt. »De Beers beteuert zwar, während des Bürgerkrieges keine Geschäfte mit sierra leonischen Diamanten gemacht zu haben. Es ist aber ein offenes Geheimnis, dass der Konzern über seine Verkaufs-Büros in den Nachbarländern Guinea und Liberia Diamanten gekauft hat, die aus Sierra Leone stammten« so Anne Jung Öffentlichkeitsreferentin bei der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Damit war De Beers und die internationale Diamantenindustrie mitverantwortlich für die Verlängerung des Krieges.

Für die Opfer des sierra leonischen Bürgerkrieges ist der Krieg auch nach dem Ende der Kampfhandlungen nicht vorbei. »Die Menschen leiden auch bis heute unter den Folgen des Krieges, darunter Tausende Kindersoldaten und Menschen, denen im Krieg Gliedmaßen abgeschlagen wurden« so Anne Jung. medico international fördert Versöhnungsprojekte in Sierra Leone. Zur Versorgung der Bürgerkriegsopfer fordert medico international zusammen mit sierra leonischen Partnerorganisationen die Einrichtung eines Kriegsopferfonds. In diesen Fonds soll neben der Regierung Sierra Leones auch die internationale Diamantenindustrie einzahlen. Diese Forderung richtet sich damit auch an den Diamantenkonzern De Beers.

medico international gehört zu den Gründungsorganisationen der Kampagne Fatal Transactions, die seit 1999 auf die Folgen des Handels mit Konfliktdiamanten aufmerksam macht. Die Kampagne hat zum Zustandekommen des Kimberleyabkommens zum Handelsstopp mit sog. Konfliktdiamanten durch die Erarbeitung und Implementierung eines globalen Zertifizierungssystems von Rohdiamanten beigetragen. medico international kritisiert im Rahmen der Kampagne Fatal Transactions das Abkommen, weil die Kontrollen völlig unzureichend sind.●

diego

www.medico.de

PROJEKTE

Will in Berlin eine **Genossenschaft** im Sinne der Solidarischen Ökonomie, aber mit moderner Technologie gründen. Folgende Dienstleistungen wollen wir für den allgm. Markt und für den Solidarischen Markt erbringen: Handwerkliche Arbeiten, Programmierarbeiten, Büroarbeiten, Buchhaltung, Marketing, Werbung u.a. Suche Selbständige Mitstreiter: Horst.Seiffert@t-online.de
☎(0 30) 30 36 22 44

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26jährigen möglich ab 9/07, Nds bietet 155 Euro Taschen- & das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird ein Waldgartengelände zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha aufgebaut.
☎(0 42 31) 90 50 30

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland wird es für jeden arbeitslosen Bewerber zukünftig immer schwerer, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Eine merkliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist weitsichtig gesehen kaum zu erkennen. Zunehmend besorgniserregend ist außerdem die Erweiterung der EU in Richtung Ostblockstaaten. Arbeitslose Billigarbeitskräfte werden den deutschen Arbeitsmarkt zusätzlich belasten und die deutsche Regierung vor eine fast schier aussichtslose Situation stellen.
Daher liegt es an jedem arbeitslosen Bewerber/in selbst, sich gegenüber zukünftigen Firmenvertretern sowie Mitbewerbern zu behaupten. ... Warum sollte auch weiterhin von der deutschen Bevölkerung akzeptiert werden, dass gestandene Handwerker und Professoren zum Spargelstechen oder Bügelkursen geschickt werden ? Wo bleibt hier die Objektivität einer Vermittlung ?
... Aus diesem Grund möchte ich an alle Personen appellieren, mich in meinen zukünftigen Bemühungen bei der Integrierung von langzeitarbeitslosen Fachkräften (u.a. allein erziehende Elternteile, ausländische Mitbürger, sowie sonstige langzeitarbeitslose Mitbürger über 25 Jahre) in den Arbeitsmarkt zu unterstützen – beim Aufbau des 1. Kibbutz in Europa! SIEHE DAHER:
www.kibbutz-neuezukunft.de
Achtung! Die Page ist noch im Aufbau. Also bitte nicht wundern über evtl. Schreibfehler.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail:** contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail:** nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2007

Wer an Gemeinschaft, Kommune und kollektivem Leben interessiert ist, möge sich schon mal diese frühe Ankündigung in den Kalender 2007 eintragen.

Wir laden herzlich ein zum Los geht's 2007! Gründungsgruppen und einzelne Interessierte können sich Pfingsten vom 25. bis 28. Mai ausgiebig zusammenfinden, um Gleichgesinnte kennen zu lernen und um Projekte zu gründen oder aber auch schon mit bestehenden Gemeinschaften in Kontakt zu kommen.
Austragungsort der Los Geht's-Festspiele 2007 ist die Kommune Waltershausen in der Nähe von Gotha.
VeranstalterInnen:
Kommune Niederkaufungen, Villa Locomuna, Kommune Waltershausen

BREMEN

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Unbezahlbar?
Vortrag und Diskussion mit Ute Fischer
Ist das bedingungslose Grundeinkommen nur eine utopistische Spinnerei, weil es weit ab von jeder vernünftigen Finanzierung liegt oder ist es machbar mit einer anderen Verteilung der bisher fließenden Mittel? Oder sind zusätzlichen Steuern nötig? Ideen und Methoden zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens werden von Ute Fischer vorgetragen und wir wollen mit ihr diskutieren.
Dr. Ute L. Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Arbeitssoziologie der Universität Dortmund. Sie ist Mitbegründerin der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung«, die sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger einsetzt. Seit einigen Jahren arbeitet sie mit Prof. Helmut Pelzer am Transfergrenzenmodell zur Finanzierung eines solchen Einkommens.
Veranstalter: Bremer Treffen Grundeinkommen und soziale Sicherheit
Termin: Mittwoch, 17.01. 2007, 19 Uhr
Villa Ichon, Goetheplatz 4, Bremen

BERUFSVERBOT

Aufruf zur Demonstration am 27.01.2007 in Mannheim, 13 Uhr, Paradeplatz
Weg mit den Berufsverboten! Grundrechte verteidigen!
Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim in einer Berufungsverhandlung über das mittlerweile seit drei Jahren andauernde Berufsverbot gegen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy entscheiden.
Seit Anfang des Jahres 2004 wird Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Im September 2005 hat sich Hessen dieser Maßnahme angeschlossen und Csaszkóczy eine bereits zugesagte Stelle verweigert.
Über mehr als 14 Jahre hinweg wird Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren.
Im Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe wird das Berufsverbot mit der Behauptung begründet, die Antifaschistische Initiative zeichne ein diffamierendes Bild unseres Staates. Dies wird vor allem mit der Feststellung der AIHD untermauert, zwischen Nationalsozialismus und BRD habe es Kontinuitäten gegeben. 74 Jahre nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wird damit sowohl Antifaschismus kriminalisiert als auch das Benennen der historischen Wahrheit bestraft.
Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 als Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt hat. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Berufsverbote verstoßen gegen die Menschenrechte und schaffen ein Klima der politischen Einschüchterung.
Wir fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Csaszkóczys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.
Es rufen auf:
GEW Hessen, GEW Baden-Württemberg, VVN/BdA, Rote Hilfe e.V., DGB Rhein-Neckar, Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Überall wo Menschen zusammen leben und/oder arbeiten, müssen Entscheidungen und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden oft als blockierend erlebt, Konflikte eher als Krise, denn als Chance wahrgenommen.
Der Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg vermittelt grundlegende Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen, auch in angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen. So lassen sich viel leichter Lösungen finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.
Einführungsseminare
In diesen Seminaren geht es darum, den Prozess der Gewaltfreien Kommunikation kennen zu lernen und auszuprobieren.
Termine: 23.-25.2., 27.-29.4., 29.6.-1.7., 24.-26.8.2007
Vertiefungsseminar
Termin: 15.-19.2.2007
Weitere Seminare zum Thema, auch als Bildungsurlaub und zusätzlich als Jahreskurs als Ausbildungsbaustein unter: www.kommune-niederkaufungen.de
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: info@kommune-niederkaufungen.de

JUNGE LINKE

Karl Marx' Kritik gesellschaftlicher Herrschaft
Grundlagenseminar zu Karl Marx
Wer wissen will, wie globaler Kapitalismus, staatliche Politik, ökonomische Ausbeutung, bürgerliche Ideologie, soziale Gewalt und psychisches Leid zusammenhängen, wie der Zwang zu einem Leben in Konkurrenz in Nationalismus übergeht, und warum Menschen diesen unmenschlichen Verhältnissen immer wieder ihre Stimme geben, kommt an Marx nicht vorbei. Die verbreitete Strategie, seine Schriften in einen »humanistischen« und einen »dogmatisch-ökonomistischen« Anteil zu zerlegen, ersteren anzuerkennen und letzteren für »historisch gescheitert« zu erklären, vergibt von vornherein ihren wichtigsten theoretischen Ertrag: einen angemessenen Begriff gesellschaftlicher Herrschaft, der zugleich deren Kritik ist: Gegen die naive, gerade in Deutschland traditionsreiche Auffassung, dass Ausbeutung ein Problem unmäßiger Profitgier verantwortungsloser Unternehmer sei, kann Marx zeigen, wie Ausbeutung jenseits aller guten oder schlechten Absichten in der Struktur gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse selbst angelegt ist.
Es ist also unsinnig, humanistisch von der »Entfremdung menschlicher Bedürfnisse« zu sprechen, ohne über deren geschichtliche Beziehung zur ökonomischen Reproduktionsordnung nachzudenken. Um ein subjektives Unbehagen in eine richtige Kritik der Gesellschaft zu übersetzen, bedarf es also angemessener Begriffe, die den ökonomischen Reproduktionsprozess (samt seiner ideologischen Vermittlungsmomente) als ganzen fassen.
Für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die uns nach wie vor belästigt, hat Marx die wichtigsten bestimmt. In unserem Grundlagenseminar wollen wir eine breite Auswahl der Marxschen Schriften diskutieren, von den sog. »ökonomisch-philosophischen Manuskripten« des Frühwerks bis zum Hauptwerk »Das Kapital«. Dabei soll erkennbar werden, wie Marx seinen ursprünglich philosophischen Standpunkt angesichts der Übermacht des ökonomischen Prozesses abstreift und das selbstgestellte Programm einer materialistischen Kritik gesellschaftlicher Herrschaft Schritt für Schritt erfüllt.
Termin: 26.-28.1.2007, Berlin

Von alten Hüten und neuen Freiheiten
Wochenendseminar zur Kritik des Neoliberalismus
Unter dem Namen Neoliberalismus wird heute nicht nur von der Antiglobalisierungs-Bewegung so ziemlich alles zusammengefasst, was wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch in der Welt passiert. Ökonomisch wird dabei der immer größere Einfluss von multinationalen Unternehmen und von freiem Währungs- und Kapitalhandel für entscheidend gehalten, politisch ein neues Paradigma der Staatenführung, das ungehinderte Kapitalbewegungen zur Grundlage seines Erfolgs und damit zum obersten Zweck erklärt.
Wir werden darstellen, inwieweit diesem Namen ein Begriff korrespondiert, und was dessen Wesen ausmacht, soweit es ihn gibt. Dazu werden wir darstellen, wie politische Entscheidungen – etwa das System von Bretton Woods und dann insbesondere seine Auflösung – tatsächlich das Kapitalverhältnis entscheidend verändert haben, aber auch, warum es keine Frage bloß willkürlicher Entscheidungen ist, wie mit diesem veränderten System wirtschaftspolitisch umzugehen ist. Interessant ist dabei, dass die meiste gegenwärtige Politik, die dem zu entsprechen versucht, sich nicht neoliberal nennt, sondern häufig im Fall der Sozialdemokratie des »dritten Wegs« selbst eine Kritik am Neoliberalismus hat. Positiv beziehen sich auf den Neoliberalismus eher Wirtschaftstheoretiker im Gefolge von u.a. Hayek oder in den USA Friedman und den Chicago Boys. Wir werden herausarbeiten inwiefern deren Wirken nicht allem entspricht, was häufig als Vorurteil über den Neoliberalismus herumgeistert, zum Beispiel der Idee der immer schwächeren Staaten.
Wir werden also den Neoliberalismus und seine Vertreter kritisieren. Genauso aber werden wir uns andere geläufige Kritiken am Neoliberalismus besonders aus der globalisierungskritischen Bewegung ansehen und deren Probleme und Fehler herausarbeiten.
Termin: 9.-11.2.2007, Bremen

Du denkst Dein Hirn lenkt
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung und des Konstruktivismus
Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können.
Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn. Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität.
Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik. Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen.
Wir wollen anhand von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 16.-18.2.2007, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

MEDIEN

Headlines, Teaser, Nachrichten
Informativ texten und aktuelle Webseiten erstellen
Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sie Ihre Inhalte auf den Punkt bringen. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmenden: Newsletter-Planung, redaktionelle Kriterien für das Webkonzept, Internet-Recht.
Termin: 27.01.-28.01.2007, München

HTML für Redaktionen
Intensiv-Seminar am Wochenende
Wir zeigen Ihnen Möglichkeiten und Grenzen der Internetseitengestaltung mit HTML. Sie erlernen den Aufbau von HTML und gestalten schnell und wirkungsvoll einen eigenen Webauftritt. Sie formatieren Texte, setzen Farbakzente, binden Bilder und Grafiken ein und erstellen Links. Mit Tabellen positionieren Sie die Elemente Ihrer Internetseite wirkungsvoll. Voraussetzung: Internet-Grundkenntnisse.
Termin: 09.02.-11.02.2007, München

Pressearbeit:
So bekommen Sie eine gute Presse
Ihr Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit Ihren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Ihre Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die Ihre Pressearbeit in Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf?
Termin: 31.01.-01.02.2007,München
Weitere Seminare unter:
www.journalistenakademie.de
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 190418, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax: 13 14 06

KRISIS

Kreuzzug und Jihad – Der gefährliche Mythos vom Kampf der Kulturen
Spätestens seit den monströsen Selbstmordattentaten vom 11. September 2001 hat die in neokonservativen Kreisen ausgebrütete Weltdeutung vom »Clash of Civilisations« in den westlichen Ländern weitgehend hegemonialen Charakter erlangt und bestimmt dort in erheblichem Maße sowohl den gesellschaftlichen Diskurs wie auch das innen- und außenpolitische Handeln. Während der islamistische Terrorismus immer fanatischer und rücksichtsloser durch die Weltgeschichte bombt, reden nicht wenige Vordenker des Westens von einem »Dritten Weltkrieg«, der zu führen sei oder bereits geführt wird (etwa im Irak und in Afghanistan), um den »Islamofaschismus« niederzuschlagen, der angeblich nach der Weltherrschaft greift. Auf der anderen Seite formiert sich eine schaurige Allianz von verwilderten »Antiimperialisten« unterschiedlicher Coleur, die sich nach dem Scheitern der nationalstaatlichen Projekte nachholender Modernisierung im Kern über einen mit antisemitischen Elementen durchsetzten Anti-Amerikanismus oder Anti-Okzidentialismus definieren. Der Islam wird dabei zum Träger einer selber postmodernen Identität umfunktioniert, die ihren Anhängern die Sicherheit imaginärer Gemeinschaftlichkeit und Erlösung von den Ohnmachtserfahrungen im globalisierten Kapitalismus verspricht. Genau in dieser Identitätspolitik liegt aber auch das negativ Verbindende beider Seiten. Mit umgekehrten Vorzeichen gerät so die fortschreitende Ethnisierung bzw. (religiös-) fundamentalistische Besetzung der sozialen, ökonomischen und postpolitischen Konflikte und Widersprüche selber zu einem beschleunigenden Moment im globalen Krisenprozess der Warengesellschaft.
Die bedrohliche Dynamik, die sich hier entfesselt, dürfte die weitere Entwicklung auf absehbare Zeit auf entscheidende Weise bestimmen und prägen. Grund genug also, nach ihren Ursachen und Hintergründen zu fragen und danach, wie eine emanzipatorische Gegenposition zu diesem um sich greifenden Wahnsinn aussehen kann, die sich den falschen Polarisierungen verweigert.
Termin: 30.3.-1.4.2007
in der Jugendbildungsstätte
Burg Hoheneck, D-91472 Ipsheim
Textvorschläge zur Vorbereitung unter: www.balzix.de/termin.html
Anmeldungen bitte an:
Förderverein Krisis, Obere Seitenstr. 8, D-90429 Nürnberg
E-Mail: krisisweb@yahoo.kr
www.krisis.org

REISEPAVILLON

Hoch hinauf und weit hinaus: In die Alpen, nach Afrika und zu vielen anderen Traumzielen nimmt der 17. Reisepavillon –Internationale Messe für anderes Reisen die Besucherinnen und Besucher mit. Vom **02. bis 04. Februar 2007** präsentieren wieder rund 300 Aussteller aus dem In- und Ausland eine große Zahl alternativer Reiseangebote und laden zu einem Kurzurlaub in die Halle 2 der Messe Hannover ein. Fachbesucher wie Urlaubshungrige finden in Fachveranstaltungen, Vorträgen und Seminaren praktische Tipps, Hintergrundinformationen zu ihren Traumzielen und Wissenswertes über die Bedingungen für nachhaltiges Reisen.
Beim Schwerpunktthema »Umweltfreundlich Reisen in den Alpen« dreht sich alles um geschützte Gipfel und Gletscher, Urlaub auf dem Bauernhof und Bergwandern im Einklang mit Natur und Menschen. Gemeinden und Regionen der Alpenländer, auf naturnahe Erholung und kulturelles Erleben spezialisierte Anbieter, Naturschutzverbände, -organisationen und Schutzgebiete in den Alpen zeigen Alternativen zum zerstörerischen Massentourismus der letzten Jahrzehnte. Schon einen Tag vor der eigentlichen Messe diskutieren Fachleute von Destinationen, Schutzgebieten, Verkehrsanbietern und Reiseveranstaltern über Angebote, mit denen Alpenfreunde umweltfreundlich in ihr Urlaubsgebiet reisen und sich auch dort sanft-mobil bewegen können.
An Beispielen aus Afrika sollen beim zweiten Schwerpunktthema die Chancen und Probleme des Tourismus in Entwicklungs- und Transformationsländern deutlich werden. Dabei soll es auch um die Neugier auf andere Kulturen und den Kontakt mit Menschen und Natur in verschiedenen Regionen Afrikas gehen. In Zusammenarbeit mit Entwicklungshilfeorganisationen, regionalen Tourismusinstitutionen und Reiseveranstaltern haben die Veranstalter eine spannende und informative Palette von Diavorträgen, Reiseberichten, Fachveranstaltungen zu Fairem Handel und zum Ökotourismus-Marketing zusammengestellt.
Mehr Information im Internet unter www.reisepavillon-online.de
oder bei Stattreisen Hannover e. V., Hausmannstraße 9 -10, D-30159 Hannover
☎(0511)169 41 67, Fax: 164 03 91
E-Mail: info@reisepavillon-online.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg